

Löwenstein, Wilhelm (Ed.)

**Working Paper**

**Beiträge zur zeitgenössischen Afghanistanforschung:  
Vorträge auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft  
Afghanistan am 6. und 7. Juli 1995 in Bochum**

Materialien und kleine Schriften, No. 163

**Provided in Cooperation with:**

Institute of Development Research and Development Policy (IEE), Ruhr University Bochum

*Suggested Citation:* Löwenstein, Wilhelm (Ed.) (1997) : Beiträge zur zeitgenössischen Afghanistanforschung: Vorträge auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan am 6. und 7. Juli 1995 in Bochum, Materialien und kleine Schriften, No. 163, ISBN 3-927276-49-9, Ruhr-Universität Bochum, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE), Bochum

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/183517>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**MATERIALIEN UND KLEINE SCHRIFTEN**

**163**

**Wilhelm Löwenstein (Hrsg.)**

**Beiträge zur zeitgenössischen Afghanistanforschung**

**– Vorträge auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan  
am 6. und 7. Juli 1995 in Bochum –**

**Bochum 1997**

### **Hinweis:**

Bei der Umsetzung der Bände der Reihe „Materialien und kleine Schriften des IEE“ ins PDF-Format kommt es hin und wieder zu Verschiebungen in den Seitenumbrüchen. Deshalb wird empfohlen, bei einem Zitat aus diesen Bänden immer anzugeben, wenn es sich um die PDF-Version des Bandes handelt.

Die URL der PDF-Datei dieses Bandes lautet:  
[http://www.ruhr-uni-bochum.de/iee/publ/mat/pdf/mat\\_163.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/iee/publ/mat/pdf/mat_163.pdf)

Copyright 1997

Herausgeber:

Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik  
der Ruhr-Universität Bochum  
Postfach 10 21 48, D-44780 Bochum

E-Mail: [ieeoffice@ruhr-uni-bochum.de](mailto:ieeoffice@ruhr-uni-bochum.de)  
URL: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/iee>

ISSN 0934-6058  
ISBN 3-927276-49-9

## Vorwort

Die zehnte wissenschaftliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan (AGA), die am 6. und 7. Juli 1995 im Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität-Bochum stattfand, beschäftigte sich mit einem breiten Themenspektrum, das in diesem Tagungsband durch Beiträge zu den kulturellen und politischen Beziehungen Afghanistans (Kapitel I), zu Ethnizitätsaspekten innerafghanischer Konflikte (Kapitel II) sowie zu ökonomischen und soziokulturellen Aspekten des Aufbaus und Wiederaufbaus in Afghanistan (Kapitel III) repräsentiert wird. Die einzelnen Themengebiete werden im folgenden kurz beleuchtet.

Das erste Kapitel des Tagungsbandes ist den **kulturellen und politischen Beziehungen Afghanistans** gewidmet, wobei Bucherer-Dietschi in einem personenzentrierten geschichtlichen Abriss über die vergangenen zwei Jahrhunderte zeigt, daß das um 1800 im Entstehen begriffene Interesse europäischer Staaten an Afghanistan machtpolitisch begründet war. Dieses machtpolitische Staateninteresse wurde später - seit Ende des 19. Jahrhunderts - durch wissenschaftliche Interessen einzelner Europäer ergänzt, die sich motiviert fühlten, das Land zu bereisen und sich in Afghanistan zu engagieren.

Die machtpolitischen Motive des Afghanistan-Engagements untersucht Schlagintweit am Beispiel der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan. Die Kernthese seines Beitrags postuliert als notwendige Bedingung für das Entstehen zwischenstaatlicher politischer Beziehungen die Existenz gemeinsamer Ziele, bei deren Verfolgung die Staaten einander unterstützen können und deren Realisierung für beide Seiten Nutzen stiftet. Als hinreichende Bedingung für die Aufnahme politischer Beziehungen setzt Schlagintweit handlungsfähige souveräne Staaten voraus. Vor diesem Hintergrund identifiziert er als gemeinsame deutsch-afghanische Ziele im ausgehenden 19. Jahrhundert die Schwächung Großbritanniens, später die Eindämmung des Kommunismus und der Macht der Sowjetunion sowie - seit den fünfziger Jahren - wirtschaftliche Entwicklung.

Mit dem Einmarsch der Sowjetunion im Jahr 1979 war die hinreichende Bedingung deutsch-afghanischer politischer Beziehungen nicht mehr erfüllt, Afghanistans Handlungsfähigkeit und Souveränität nicht mehr gegeben. 1979 markiert somit das Ende dieser Beziehungen. In seinem Ausblick unterstreicht Schlagintweit, daß neue gemeinsame Ziele, fernab machtpolitischer deutscher Interessen, neben entwicklungspolitischen auch andere Felder der Gemeinsamkeiten, wie die Bekämpfung von internationaler Kriminalität und Terrorismus umfassen können, so daß in Zukunft, nach Beendigung des Staatszerfalls in Afghanistan, eine Wiedergeburt deutsch-afghanischer Beziehungen möglich erscheint. Als wichtigen fördernden Faktor identifiziert er dabei das noch heute existierende kulturelle Einverständnis zwischen beiden Völkern, von dem Schlagintweit hofft, daß es auch die Politik einer künftigen, sicherlich vom konservativen Islam dominierten Regierung überdauert.

Dieser kulturelle Konsens, den Schlagintweit auch als emotionales Moment der politischen Beziehungen bezeichnet, stellt Kraus an den Beginn seines Beitrags, in dem er aus deutscher Sicht die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen beider Länder analysiert. Dabei würdigt er ausführlich die Beiträge deutscher Wissenschaftler zur multidisziplinären Afghanistanforschung seit Beginn des 19. Jahrhunderts und weist darauf hin, daß die deutsch-afghanischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen, trotz vieler Umbrüche, im Zeitverlauf Bestand hatten. Eine

Fortsetzung dieser Beziehungen muß allerdings den veränderten Realitäten in Afghanistan Rechnung tragen; so dem Entstehen neuer Eliten, die die auswärtigen Kulturbeziehungen des Landes federführend mitgestalten werden; so das Entstehen neuer geistiger Zentren u.a. in Herat, Mazar-i-Sharif und Jalalabad im Rahmen einer föderalen Neugliederung und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust Kabuls als geistigem und wissenschaftlichem Nukleus des Landes.

Den Schlußpunkt dieses Kapitels setzt Sarabi, der vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen nach dem Einmarsch der UdSSR die durch sowjetischen Einfluß gekennzeichneten bildungspolitischen Experimente in Afghanistan untersucht. Sarabi zeigt die große Bedeutung der 'Kulturpolitik' für die Invasoren anhand deren Bemühungen auf, regimekritische Kräfte aus den Lehreinrichtungen zu entfernen und diese durch regimefreundliche Gruppen kontrollieren zu lassen sowie die Lehrinhalte nach ideologischen Maßstäben zu bestimmen.

Dem 2. Kapitel **Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan** ist der Beitrag von Schetter gewidmet, der die These vertritt, daß inner-afghanische Konflikte von historisch gewachsenen Strukturen bestimmt werden und sich nun entlang ethnischen Grenzen entladen. Ausgehend von seiner Ethnizitätsdefinition, die das auf den Glauben an gemeinsame Herkunft, an gemeinsame Kultur, Geschichte und aktuelle Erfahrungen basierende Identitäts- und Selbstbewußtsein einer relativ großen Gruppe von Menschen meint, untersucht Schetter den Einfluß von Ethnizität auf die gesellschaftliche Ordnung Afghanistans. Er verdeutlicht, daß die willkürlichen, ethnische Siedlungsgebiete unberücksichtigt lassenden Grenzziehungen der Kolonialmächte Britisch-Indien und Rußland für den neugeschaffenen Staat Afghanistan ein erhebliches ethnisches Konfliktpotential bergen. Dieses Konfliktpotential verschärfte sich durch Versuche, mit der Quasidefinition der sunnitischen Konfession als Staatsreligion und der Gleichsetzung des Stammes der Paschtunen mit dem Staatsvolk sowie deren Förderung in allen Bereichen, einen afghanischen Nationalstaat zu schaffen. Diese Politik grenzte Ethnien aus und benachteiligte sie beim Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und anderen Ressourcen. Seine Thesen stützt Schetter durch Angaben über die Anteile der Ethnien des Landes an unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Die ethnischen Gegensätze verschärfen sich während der sowjetischen Invasion, traten aber wegen der gemeinsamen Bemühungen der unterschiedlichen Gruppen zum Widerstand gegen die Besetzer nicht offen zu Tage. Mit dem Ende der Besetzung im Jahr 1989 fiel die ideologische Klammer unter den ehemaligen Widerstandsgruppen gegen die Besetzung weg und der Bürgerkrieg setzte ein. Dessen Parteien reklamierten die Interessenvertretung für ethnische Gruppen - wie Usbeken, Tadschiken und Hazara - oder für Teilstämme, wie die unterschiedlichen paschtunischen Fraktionen, für sich. Im Ergebnis zerfällt das Land heute in ethnisch dominierte Territorien, die teilweise bereits Züge autonomer Staatsgebiete tragen.

Dieser Analyse des inner-afghanischen Konflikts, dessen Abschwächung die Voraussetzung für die möglichen Ansatzpunkte des **Aufbaus und Wiederaufbaus Afghanistans** liefert, schließt sich der erste Beitrag des gleichnamigen dritten Kapitels an. Wiederum aus historischer Perspektive untersucht Ghaussy das afghanische Geld- und Kreditsystem.

Seine Betrachtung beginnt mit der Zeit vor der Gründung der ersten afghanischen Banken im Jahre 1931. Daran schließt sich eine Analyse der Entwicklung des Bankensystems unter mehr oder weniger marktwirtschaftlichen Bedingungen bis 1975 und danach unter staatlicher, seit 1978/80 sowjetisch beeinflusster Regie an, die Anfang der 90er Jahre in einem nahezu voll-

ständigen Zusammenbruch des Sektors mündete. Perspektivisch untersucht Ghaussy schließlich Optionen der künftigen Ausgestaltung des Kredit- und Banksystems in Abhängigkeit möglicher alternativer Rechtssysteme, wobei zwischen säkularisiertem Recht einerseits und durch die Scharia dominiertem Rechtssystem andererseits unterschieden wird.

Die Leistungen der Kabuler Wirtschaftsfakultät für die Modernisierung von Wirtschaft und staatlicher Verwaltung in Afghanistan beleuchtet der ehemalige Dekan dieser Fakultät, Sharif Sharaf. Der zeitliche Horizont dieses Beitrags erstreckt sich von der Gründung des Fachbereichs im Jahr 1957 über die Aufnahme der Partnerschaft mit den Wirtschaftsfakultäten der Universitäten Köln und Bonn (1962) sowie Bochum (1966) bis zu deren durch politische Umwälzungen bedingten Unterbrechung im Jahr 1978. Sharaf zeichnet für diesen Zeitraum die Absolventenzahlen nach und erläutert die Erträge der Zusammenarbeit mit den Partnerschaftsuniversitäten. Insgesamt kommt Sharaf zu dem Schluß, daß der Mitteleinsatz für den Aufbau der Fakultät gerechtfertigt war.

Im abschließenden Beitrag dieses Bandes untersucht Noor unterschiedliche Ausprägungen von Food-for-Work-Programmen (FFW) und erläutert die spezifischen Probleme, die bei der Umsetzung der Programme entstehen. Diese Analyse stützt sich auf die Erfahrungen, die der Autor bei der Implementierung von FFW-Projekten in Afghanistan gesammelt hat und auf die am Schluß der Arbeit summarisch eingegangen wird.

Mit der Herausgabe dieses Tagungsbandes ist der Wunsch verbunden, einerseits zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Afghanistan anzuregen und andererseits Praktikern, die in den auswärtigen Beziehungen zu und der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan engagiert sind, vertiefende Einblicke in einige historisch gewachsene Spezifika des Landes zu vermitteln.

Der Herausgeber möchte es nicht versäumen, den Autoren für die Überlassung der Manuskripte, Fotos und Karten zu danken. Last but not least gilt der Dank auch Frau Dagmar Gausepohl, Mitarbeiterin am IEE, für die geduldige Erfassung der nicht immer einfachen Textvorlagen und für die Bewältigung der mit der Einbindung historischer Aufnahmen verbundenen technischen Schwierigkeiten.

Bochum, im Sommer 1997

Wilhelm Löwenstein



## **Inhalt**

	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b>	III
<b>Einleitung: Die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan im Kontext der Wissenschafts- und Kulturbeziehungen</b> Siegmar-W. Breckle	1
<b>1 Kulturelle und politische Beziehungen</b>	5
1.1 Europäische Reisende des 19. und 20. Jahrhunderts in Afghanistan Paul <b>Bucherer-Dietschi</b>	
1.2 Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan - Rückblick und Ausblick Reinhard <b>Schlagintweit</b>	23
1.3 Deutsch-afghanische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen aus deutscher Sicht Willy <b>Kraus</b>	37
1.4 Bildungspolitische Experimente in Afghanistan unter sowjetischem Einfluß Abdul Wahed <b>Sarabi</b>	47
<b>2 Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan</b> Conrad <b>Schetter</b>	51



<b>3</b>	<b>Aufbau und Wiederaufbau</b>	
3.1	Zur Entwicklung des afghanischen Bank- und Kreditsystems und seine Perspektiven unter den Bedingungen der islamistischen Ideologie	69
	A. Ghanie <b>Ghaussy</b>	
3.2	Leistungen der Wirtschaftsfakultät der Universität Kabul für die Modernisierung der afghanischen Wirtschaft und der Staatsverwaltung	81
	Said Sharif <b>Sharaf</b>	
3.3	Nahrungsmittelhilfe als Instrument der Entwicklungs- zusammenarbeit	85
	Sami <b>Noor</b>	
	<b>Die Autoren</b>	97

## **Einleitung: Die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan (AGA) im Kontext der deutsch-afghanischen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen**

Siegmar-W. Breckle

Ich habe die große Freude hiermit die 10. wissenschaftliche Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan eröffnen zu können. Ich begrüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen allen erfreuliche Gespräche und Begegnungen, einen interessanten Informationsaustausch, kurzum Ihnen allen eine erfolgreiche Tagung.

Die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan (AGA) ist jetzt nahezu 30 Jahre alt. Sie wurde am 11. und 12. Februar 1966 während eines Koordinierungsgespräches am Südasieninstitut in Heidelberg gegründet. Damals wurde zum Vorsitzenden Herr Prof. Kraus aus Bochum gewählt. Neben diesem kleinen Fast-Jubiläum muß man aber auch hervorheben, daß nach der ersten jetzt die 10. Arbeitstagung wieder in Bochum stattfindet. Noch eine runde Zahl kennzeichnet die deutsch-afghanischen Kulturbeziehungen: nämlich 80 Jahre. Seit 80 Jahren besteht ein deutsch-afghanisches Kulturabkommen.

Die erste Arbeitstagung der AGA wurde am 14. und 15. Juli 1967 an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) veranstaltet. Es war zugleich ein Expertengespräch der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer. Dementsprechend war das Rahmenthema dieser ersten Arbeitstagung: „Das Nomadenproblem in einer sich entwickelnden Wirtschaft“. Die Referate wurden als Tagungsband publiziert: Band 5 der Schriftenreihe des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der RUB: „Nomadismus als Entwicklungsproblem“.

Es ist nach fast dreißig Jahren sehr erfreulich, hier am IEE wieder eine Arbeitstagung, diese 10. Jubiläumstagung, durchführen zu können. Dem Institut und den Organisatoren, allen voran Herrn v. Renesse sei dafür besonders gedankt. Und es ist erfreulich, daß Herr Prof. Kraus an dieser jetzigen Tagung teilnehmen kann.

Im folgenden werden die Arbeitstagungen chronologisch kurz aufgelistet. Die Arbeitstagungen stellen eine der wesentlichen Funktionen der Arbeitsgemeinschaft dar, nämlich neue Forschungsergebnisse über das Land auszutauschen und allgemeine Informationen über Afghanistan der Öffentlichkeit zu vermitteln.

- |                |  |
|----------------|--|
| 7./8.11. 1969: | 2. Arbeitstagung in Bonn mit dem Rahmenthema: „Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und ihre Weiterverarbeitung in Afghanistan“                                |
| 13.+14.10.1972 | 3. Jahrestagung an der Universität Tübingen am SFB „Orientalistik mit besonderer Berücksichtigung des Vorderen Orients“; Oberthema: „Deutsche Afghanistanforschung 1972“ |
| 18.+19.10.1974 | 4. Arbeitstagung in Saarbrücken; Oberthema: „Bevölkerung und Lebensraum“.  |

- 1.-3. 2.1979                    5. Arbeitstagung an der Universität Mannheim; Oberthema: „Gegenwartsbezogene Orientforschung“; Publikation: Neue Forschungen in Afghanistan. - Leske Verlag, Opladen 1981, 245.
- 4.-6.2.1982                    6. Arbeitstagung an der Universität Bielefeld; Publikation: Forschungen in und über Afghanistan (Hrsg. Breckle & Naumann). Mitt. Dtsch. Orient-Inst. Nr. 22, 230pp.
- 13.+14.11.1987                7. Arbeitstagung an der Universität Eichstätt, Oberthema: „Neue Beiträge zur Afghanistanforschung; Publikation: Schriftenreihe „Bibliotheca Afghanica“ Band 6
- 18.+19.5.1990                8. Arbeitstagung an der Universität Trier (und Afghanistan-Ausstellung in der Uni-Bibliothek)
- 24.+25.5.1994                9. Wissenschaftliche Arbeitstagung an der Evang. Akademie in Iserlohn, verzahnt mit den Gesprächen über Wiederaufbau Afghanistans (gemeinsam mit den Iserlohner Gesprächen)
- 6./7.7.1995                    10. Arbeitstagung an der Universität Bochum, mit Ausstellung in der Bibliothek des Instituts

Zahlreiche weitere Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft können hier nur sehr kursorisch genannt werden. Stellvertretend soll herausgehoben werden:

17.-20.10.1985 / 30.1.-1.2.1986 Aktionstage Afghanistan in München (Staatliches Museum für Völkerkunde, Arbeitsgemeinschaft Afghanistan, Bibliotheca Afghanica.)

Eine besondere Rolle im Zuge der deutsch-afghanischen Beziehungen spiel(t)en die Universitätspartnerschaften. Die Universität Bonn stellte teilweise bis zu 14 Dozenten (zwischen 1962 und 1978) zum Aufbau der Faculty of Science an der Universität Kabul, die Universitäten Bonn, Köln und Bochum waren im gleichen Zeitraum aktiv beim Aufbau der Faculty of Economics beteiligt. Zahlreiche Absolventen beider Fakultäten spiel(t)en im öffentlichen Leben des Landes eine herausragende Rolle. Aber auch heute stellt das große und umfangreiche „know-how“ der leider sehr weit verstreuten Auslandsafghanen ein sicherlich sehr großes Reservoir an Wissen dar, das dem Land bei einem der Zukunft vorbehaltenen Wiederaufbau von besonderem Wert sein wird.

Ein weiteres Reservoir für einen zukünftigen Wiederaufbau könnten über den „Senior Experten Service“- trotz der Änderungen, denen die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durch den Wandel in Afghanistan unterworfen werden mußten - die Fachkräfte sein, die früher in der Zusammenarbeit mit Afghanistan engagiert waren und von denen viele in der AGA versammelt sind.

Die Arbeitsgemeinschaft hat durch ihre Mitglieder natürlich auch eine Fülle von Publikationen über Afghanistan herausgebracht. Auch hier ist wieder das sehr breite Spektrum an Fachgebieten zu erwähnen, das durch zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften, durch Buchbeiträge und Bücher abgedeckt wird.

Auch die beiden großen Dokumentationszentren in Bochum (IEE) und in Liestal in der Schweiz (Bibliotheca Afghanica) arbeiten seit ihrem Bestehen eng und für beide Teile sehr förderlich mit der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan zusammen.

Selbst eine quasi eigene Zeitschrift, das Afghanistan-Journal der Akademischen Druck- und Verlagsgesellschaft in Graz, hat (immerhin oder leider nur) 9 Jahre Bestand gehabt (von 1974 bis 1982). Es war das Sprachrohr der Arbeitsgemeinschaft. Dies war zu einer Zeit, als auch ein starker Aufschwung des Tourismus nach Afghanistan erfolgt war. Es gab damals nicht nur eine Hippie-Welle oder einen gewissen Drogentourismus, vielmehr hatte sich auch ein ausgesprochenen Kulturtourismus zu den zahlreichen landschaftlichen und historischen Sehenswürdigkeiten entwickelt. Zahlreiche Forschungsarbeiten, daneben auch bergsteigerische Expeditionen, wurden unter zunehmender Beteiligung afghanischer Partner in dieser Zeit durchgeführt.

Die Rahmenbedingungen haben sich seither drastisch verschlechtert: durch die Invasion der Sowjets an Weihnachten 1979, schließlich die Niederlage und der Rückzug der Sowjets nach vielen Jahren eines zermürbenden und opferreichen Zerstörungskampfes nun der noch andauernde aber noch deprimierendere Bürgerkrieg. Die Interessenlage an Afghanistan hat sich damit ebenfalls völlig verändert. Die Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan war, „die bei der Feldforschung in Afghanistan gewonnenen Erfahrungen auszutauschen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und ihre Arbeitsergebnisse in Tagungen und Publikationen einer breiteren Öffentlichkeit, den Regierungen und zuständigen Behörden beider Länder und bei der Entwicklungsplanung zugänglich zu machen“ (RATHJENS, 1982 Afghan. Journal 9: 93-94). Diese Zielsetzung besteht nach wie vor, ihre Verwirklichung ist aber fast unmöglich geworden. Trotzdem, auch in Zukunft bleibt die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan ein wissenschaftliches Forum für Afghanistankunde. Dem dienen wissenschaftliche und andere Arbeitstagungen, Publikationen, Förderung von Dokumentationen, Hilfestellung bei der Herausgabe von Büchern, kurzum: Förderung der Kenntnisse über Afghanistan.

Humanitäre Hilfe kann nicht das Ziel der AGA sein, obwohl diese natürlich - heute mehr denn je - noch immer erforderlich ist. Aber hierfür sind andere Wege gegeben und jeder ist individuell engagiert.

Auch in Zukunft sollte die AGA eine lose, korporationsrechtlich eigentlich gar nicht existierende Institution (da ohne Satzung und ohne Mitgliedsbeiträge) bleiben, um aktiv, flexibel und lebendig ihren Zielen zu dienen. Die Eigeninitiative und die eigene Motivation der Mitglieder trägt die AGA. Dies sollte auch in der Zukunft so bleiben können. Dies war bisher einhellige Meinung des Vorstands. Der jeweilige Vorsitzende ist vor allem auch bei der Organisation der Arbeitstagungen behilflich.

Die bisherigen Vorsitzenden:

1966 - 1974: Prof. Dr. Willy Kraus / Bochum

1974 - 1981: Prof. Dr. Carl Rathjens / Saarbrücken

1981 - 1986: Prof. Dr. Christoph Jentsch / Mannheim

1986 - 1991: Prof. Dr. Erwin Grötzbach / Eichstätt

seit 1991: Prof. Dr. Siegmund-W. Breckle / Bielefeld

Der Vorstand tagt unregelmäßig nach Bedarf, mindestens einmal im Jahr. Dabei wird jeweils eine Bestandsaufnahme der Entwicklung in Afghanistan versucht, und es werden die für Information und Zusammenarbeit wichtigen möglichen Maßnahmen besprochen, Hilfen für Publikationsvorhaben oder Tagungen usw. Die Mitglieder werden jährlich durch einen Rundbrief informiert. Aber: das Thema Afghanistan ist für den kommerziellen Büchermarkt nicht mehr interessant genug. So schloß sich daher die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan mit der befreundeten eidgenössischen Stiftung Bibliotheca Afghana zusammen, um beispielsweise die überarbeitete Ländermonographie herauszubringen (BUCHERER-DIETSCHI & JENTSCH, hrsg. 1986, Stiftung Bibl. Afgh. Band 4). Für die Zukunft sind viele kleine Schritte notwendig. Sollte in absehbarer Zeit wieder eine Lage eintreten, bei der die Sicherheit auch für größere Projekte gewährleistet ist, dann sind medizinische und veterinärmedizinische Hilfe auch flächendeckend aufbaubar, dann sind Joint-Venture-Projekte der Industrie in sehr kurzer Zeit zu erwarten, ebenso wird dann über die heute verfügbaren Methoden der Fernerkundung eine rasche Planung einer tragfähigen Land- und Forstwirtschaft anlaufen können, insbesondere wenn die Landminenräumung weiter Fortschritte macht. Ein Wiederaufbau und eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur, Voraussetzung für einen in der Zukunft denkbaren Tourismus erfordern aber genau wie die grundlegende Friedenssicherung die Wiedergewinnung einer breiten Vertrauensbasis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen, gleich in welcher Staatsform, wie auch zwischen vertraglich gebundenen und kooperierenden Teilstaaten. Für alle diese denkbaren Fortschritte in der Zukunft stellt, wie schon betont, das riesige know-how der Auslandsafghanen eine unschätzbare Reserve für einen Wiederaufbau dar.

Möge diese 10. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan, bei der mehr als 70 Teilnehmer registriert sind und wodurch das Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik geradezu aus den Nähten platzt, möge diese Tagung, für die nochmals der Universität Bochum gedankt werden soll, uns neue Informationen über die derzeitige Lage bringen, Erweiterung der Kontakte und Vertiefung der Freundschaften bedeuten und Ausstrahlung in eine friedliche Zukunft haben.

# 1 Kulturelle und politische Beziehungen

## 1.1 Reisende des 19. und 20. Jahrhunderts in Afghanistan

Paul Bucherer-Dietschi

Die folgenden Ausführungen über europäische Reisende des 19. und frühen 20. Jahrhundert in Afghanistan vernachlässigen die Angehörigen der beiden Kontrahenten des *Great Game*. Einen Schwerpunkt bilden dagegen diejenigen Reisenden, deren Nachlässe in der Stiftung Bibliotheca Afghonica vorhanden sind und hier auf eine weitere Bearbeitung warten.



Abb. 1: Die berühmt-berüchtigte Verbotstafel am indisch-afghanischen Grenzübergang in Torkham (Aufnahme aus der Sammlung Emil Rybitschka)

Dieses Verbotsschild errichteten die Engländer am Khyber-Pass nach dem 2. anglo-afghanischen Krieg von 1878-80. Durch eine englisch-russische Kommission war um 1885 die Grenze Afghanistans im Norden festgelegt worden, und die sogenannte *Durand-Line* trennte im Süden den afghanischen vom englischen Einflußbereich. Afghanistan war im sogenannten *Great Game* zum Pufferstaat zwischen Russisch-Zentralasien und Englisch-Indien geworden.

Mit Argusaugen wachten beide Mächte darüber, daß Afghanistan ein verschlossenes Land blieb. Nur ein indischer Moslem, Monshi Bakhtyar, lebte lange Jahre als Vertreter Englands in Kabul. Kein anderes Land - nicht einmal Rußland - war in Afghanistan offiziell präsent.

Doch gehen wir chronologisch vor. Seit Marco Polo im 13. Jahrhundert auf seiner Reise nach China durch Afghanistan gezogen war, hatte sich der Handel mit Asien vom Land- auf den Seeweg verlagert. Die Seidenstraße verfiel, und Zentralasien wurde zum bedeutungslosen Hinterland für die seefahrenden europäischen Kolonialmächte. Dies änderte sich erst wieder zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Nach Napoleons Ägypten-Feldzug von 1798 befürchtete England eine Ausweitung des Krieges nach Asien und glaubte sich von Frankreich über Persien und Afghanistan in Indien bedroht.

Im Jahre 1808 entsandte deshalb die britische Regierung in Indien unter der Leitung von Mountstuart Elphinstone eine Gesandtschaft an den König von Kabul. Elphinstone selbst kam allerdings nie bis nach Kabul. Seine Verhandlungen mit Shah Shuja fanden alle in Peshawar statt, das damals noch zum Königreich Kabul gehörte. Von Ende Februar bis Mitte Juni 1809 blieb seine Delegation in dieser Stadt und hier wurden auch die Informationen gesammelt, die Elphinstone 1815 in der ersten modernen Monographie über Afghanistan publizierte. Sein *An Account of the Kingdom of Caubul* ist noch heute, nach bald zwei Jahrhunderten, ein Grundlagenwerk über Afghanistan und die Afghanen.

1812 waren die napoleonischen Kriege in Europa beendet, und Frankreich bildete keine Bedrohung mehr für die britischen Besitzungen in Indien. Dafür drang das zaristische Rußland von Norden her nach Zentralasien vor. England seinerseits dehnte sein indisches Kolonialreich immer weiter nach Nordwesten aus. Erst im Punjab stieß es dabei auf nennenswerten Widerstand. Unter Maharaja Ranjit Singh hatte sich das Reich der Sikh seit 1800 gefestigt und ausgedehnt. Als sich um 1813 der gestürzte afghanische Emir Shah Shuja nach Lahore flüchtete, wurde ihm vom Herrscher der Sikh der berühmte Diamant Koh-e Noor abgenommen und 1835 fiel auch Peshawar endgültig in die Hände der Sikhs.

In Ranjit Singhs Diensten standen eine ganze Reihe von napoleonischen Offizieren und Abenteurern, die zum Teil durch Afghanistan reisend nach Nordindien gekommen waren. Ein guter Bekannter dieser französischen Offiziere war der Kronstädter Apotheker und Arzt Johann Martin Honigberger, der einige Jahre als Leibarzt Ranjit Singhs am Hof in Lahore lebte. Um 1832 reiste er von hier aus nach Jalalabad und Kabul, wo er sich während zwei Jahren 'archäologisch' betätigte, d.h. buddhistische Stupen aufbrach und plünderte.



Abb. 2: Dr. Martin Honigberger plünderte buddhistische Kultstätten in Afghanistan  
(aus: Früchte aus dem Morgenlande. Wien , 1851)

Er war ein Zeitgenosse und wohl auch Konkurrent des bekannteren James Lewis, eines Deserteurs aus der anglo-indischen Armee, der von 1826 bis 1838 während 12 Jahren als angeblicher „Amerikaner“ Charles Masson in Afghanistan lebte. Masson war der erste Europäer, der weite Teile im Süden Afghanistans und seine Nachbargebiete bereiste und es dabei ebenfalls auf die in buddhistischen Kultstätten verborgenen Schätze abgesehen hatte. 1842 publizierte er in *Narrative of Various Journeys in Balochistan, Afghanistan, and the Panjab* seine Erlebnisse.

Ein echter Amerikaner war dagegen General Josiah Harlan, 1799 in einer Quäker-Familie in Philadelphia geboren. Zuerst stand er im Dienste des gestürzten afghanischen Emirs Shah Shuja, dann wechselte er zu Ranjit Singh und 1836 zum afghanischen Emir Dost Mohammad Khan, dessen militärischer Berater er wurde. 1839 kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück und propagierte den Einsatz afghanischer Kamele für die Eroberung des 'Wilden Westens', - eine Idee, die später in Australien erfolgreich verwirklicht worden ist.

Eine recht skurrile Persönlichkeit muß der zuerst zum Katholizismus und später zur anglikanischen Kirche konvertierte Jude, Reverend Joseph Wolff gewesen sein, der von 1831 bis 1834 als christlicher Missionar durch Westasien pilgerte. Auf seiner Reise durch



Afghanistan wurde er buchstäblich bis auf die nackte Haut ausgeraubt. In Kabul traf er zufälligerweise auf den wohl bekanntesten aller Afghanistan-Reisenden, den Engländer Alexander Burnes, der ihn wieder neu einkleidete.



Abb. 3: Reverend Joseph Wolff versuchte, Emir Dost Mohammad zum Christentum zu bekehren (aus: Narrative of a Mission to Bokhara, London, 1846)

Am 4. Mai 1832 waren die beiden Europäer beim afghanischen Emir Dost Mohammad eingeladen und Joseph Wolff nützte prompt die Gelegenheit, für seinen christlichen Glauben zu werben. Vielleicht stammt aus dieser Zeit das strikte Verbot christlicher Missionierung in Afghanistan - und damit auch die völlige Absenz der üblicherweise sehr ausführlichen Berichte von Missionaren.

1845, zwei Jahre nach dem Ende des ersten anglo-afghanischen Krieges, versuchte der französische General J.-P. Ferrier von Persien aus durch Afghanistan nach Nordindien zu reisen. Wegen der im ganzen Land herrschenden Unruhen gelang es ihm jedoch nicht.

Große Berühmtheit erlangte ein weiterer jüdischer Reisender, der Ungar Hermann oder Arminius Vambéry. Um 1860 bereiste er zunächst Persien und 1864 wanderte er als bettelnder Derwisch verkleidet nach Bokhara in Zentralasien. Auf dem Rückweg zog er von Maimana bis Herat durch afghanisches Gebiet. Offiziell war er als Linguist unterwegs, um die Wurzeln der ungarischen Sprache zu finden, als Jude war er aber auch auf der Suche nach dem 13. Stamm Israels.

Viel bedeutender für Afghanistan wurde er jedoch als *Derwish of Windsor Castle*, persönlicher Freund der englischen Königsfamilie und einflußreicher Warner vor einem russischen Vorstoß durch Afghanistan nach Indien.



Abb. 4: Arminius Vambery während einer Audienz bei Sardar Ya`qub Khan in Herat

(aus: Reise in Mittelasien. Leipzig, 1865)

Der 'eiserne' Emir Abdur Rahman, der Afghanistan von 1880 bis 1901 regierte, war immer darauf bedacht, zumindest die innere Selbständigkeit seines Landes zu wahren und zu festigen, indem er eine schlagkräftige Armee aufbaute. Dazu richtete er in der Hauptstadt unter der Bezeichnung *mashin khana* eine Waffenfabrik ein. Er betraute zunächst englische und später auch deutsche Ingenieure mit deren Leitung.

Besonders bekannt wurden die Engländer Mr. Pyne und Frank A. Martin, sowie der deutsche Werkmeister Gebhard Fleischer von der Firma Krupp.

Auch einige andere frühe 'Entwicklungshelfer' wurden nach Afghanistan gebeten, so der englische Arzt Dr. John Alfred Gray, der von 1889 bis 1894 fünf Jahre als Leibarzt des Emirs in Kabul verbrachte und die Ärztin Lillias Hamilton mit der Krankenschwester Kate Daly, die sich sogar acht Jahre lang um den Harem des Emirs sorgte.

Der österreichische Geologe Carl Ludolf Griesbach, der später zum Direktor des 'Geological Survey of India' ernannt wurde, war vermutlich der erste Ausländer, der 1888-89 das Zentrum und den Westen Afghanistans frei bereisen durfte. Leider sind seine persönlichen Aufzeichnungen und fotografischen Aufnahmen verschollen.

Einer der wenigen Europäer, die eine zweite Arbeitsperiode in Kabul wagten, war der Engländer Ernest Thornton. Unter Abdur Rahman hatte er 1892/93 eine Ledergerberei aufgebaut, die er 1903 bis 1909 nochmals leitete und ihr eine Schuhfabrik angliederte. Diese Schuhfabrik

wurde übrigens später privatisiert und existierte als afghanisch-schweizerische *Joint-Venture*-Unternehmung bis in die jüngste Zeit.

1901 trat Emir Habibullah, der Sohn Abdur Rahmans, die Nachfolge als afghanischer Emir an. Er war modernen Errungenschaften gegenüber sehr aufgeschlossen, gründete 1906 das Habibia College als erste öffentliche Schule, an der auch Englisch unterrichtet wurde und betraute 1911 den amerikanischen Ingenieur Jewett mit dem Bau eines Wasserkraftwerks in Jabal us-Seraj zur Stromversorgung von Kabul.

Der Emir gestattete auch zahlreichen Afghanen, die von seinem Vater aus der Heimat verbannt worden waren, die Rückkehr nach Kabul. Diese brachten neue Ideen und Erfahrungen in die afghanische Hauptstadt. Der führende Kopf unter ihnen war Mahmud Tarzi, der jahrelang in Damaskus und Istanbul gelebt hatte und mit einer emanzipierten syrischen Frau verheiratet war. Zusammen mit Nasrullah, dem Bruder des Emirs, trat er für eine größere Unabhängigkeit von England ein. Zu dieser anti-britischen Gruppe gehörte auch der junge Prinz Amanullah.

Auf diese Tendenz am afghanischen Königshof waren zu Beginn des Ersten Weltkrieges einige Führer der indischen Freiheitsbewegung aufmerksam geworden. Sie empfahlen der deutschen Regierung, eine Mission nach Kabul zu entsenden, die den Emir zum Eintritt in den 'Heiligen Krieg' gegen die Engländer, an der Seite der Achsenmächte und des osmanischen Reiches, auffordern sollte.

Damit kommen wir zu einem ersten Schwerpunkt der Nachlässe von Reisenden, die im Afghanistan-Archiv vorhanden sind und hier auf eine weitere Bearbeitung warten.

Am 21. Juni 1980 stand der 94-jährige Werner Otto von Hentig vor meiner Türe. Er hatte bereits mehrere Dokumentations-Zentren besucht um anhand einer Checkliste abzuklären, wo er seinen Afghanistan betreffenden Nachlaß deponieren wollte. Nun stellte er mir dieselben Fragen und prüfte akribisch die Organisation und Ausrichtung des damals noch rein privaten Archivs. Schon eine Woche nach seinem Besuch teilte er mir mit, daß er sich entschlossen habe, der Bibliotheca Afghantica seine Materialien zu vermachen.

Der erst 29jährige Legationssekretär von Hentig war 1915 vom deutschen Auswärtigen Amt zum Leiter einer diplomatischen Mission nach Afghanistan ernannt worden. Fast gleichzeitig rüstete der deutsche Generalstab auch eine militärische Mission nach Afghanistan aus, an deren Spitze der später wegen seiner Tätigkeit in Südpersien als deutscher Lawrence bekannt gewordene Wilhelm Wassmuss gesetzt wurde. Wegen interner Querelen verließ Wassmuss die militärische Mission in Aleppo und Oberleutnant Oskar Niedermayer übernahm aus eigener Initiative die Führung der Gruppe. Nachdem sich Hentig und Niedermayer in Teheran mehr oder weniger zufällig getroffen hatten, zogen die beiden Missionen von Isfahan aus gemeinsam quer durch Persien und erreichten, in Gewaltmärschen die feindlichen Linien durchbrechend, die afghanische Grenze. Der berühmte Asienforscher Sven Hedin bezeichnete diese Unternehmung als „die gefährlichste Reise“ die je nach Afghanistan unternommen worden sei. Bis zum Frühjahr 1916 hielten sich die Deutschen in Kabul auf. Trotz zahlreichen Unterredungen mit dem Emir gelang es nicht, ihn zum Kriegseintritt gegen die Engländer zu bewegen.

Dieser deutsche Besuch öffnete für Afghanistan aber ein Fenster zur Welt und stellte de facto einen ersten Schritt zur Unabhängigkeit von Großbritannien dar. Er legte zudem die Grundlage für eine jahrzehntelange gegenseitige Freundschaft zwischen Afghanistan und Deutschland,

deren 80. Jahrestag wir mit dieser Veranstaltung feiern. Anlässlich meines Besuchs in Afghanistan im April 1995 konnte ich feststellen, daß Deutschland - neben der Schweiz - auch heute noch der Wunschpartner Afghanistans ist und man große Hoffnungen auf deutsche Hilfe beim Wiederaufbau der Nation hegt.

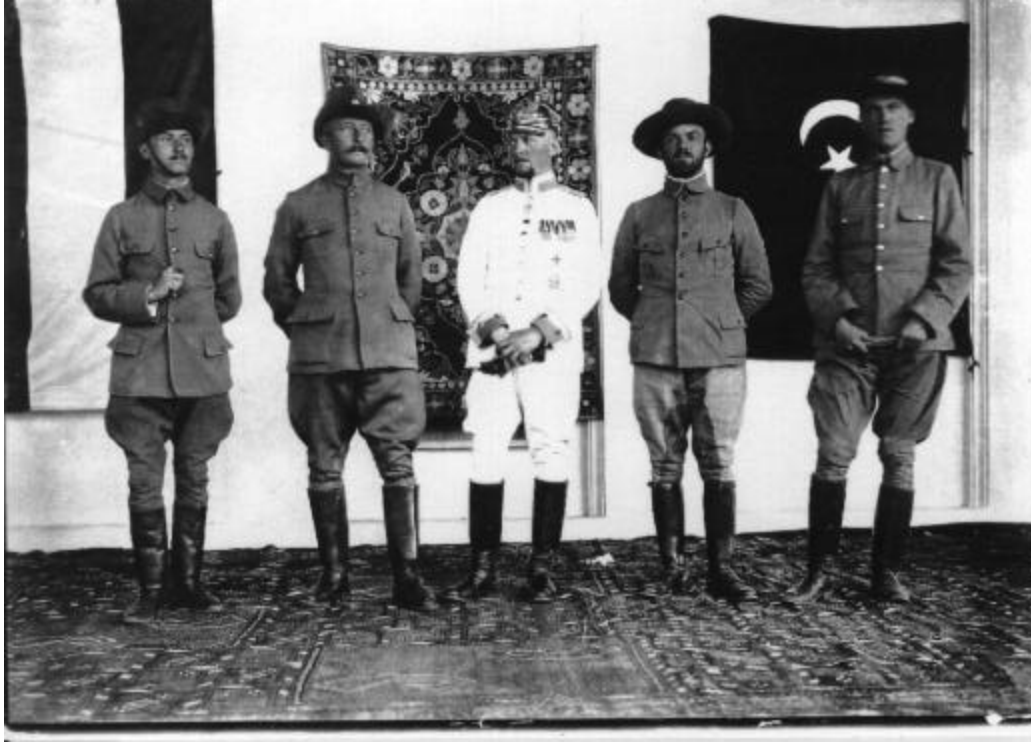


Abb. 5: Die Offiziere der deutschen Afghanistan-Missionen

V.l.n.r.: **Dr. Günther Voigt**, Leutnant im 4. Garde-Feldartillerie-Regiment, Adjutant Niedermayers;

**Kurt Wagner**, Kapitänleutnant d.R., 1. Offizier der HAPAG;

**Dr. Werner Otto von Hentig**, Kaiserlicher Legationssekretär, Oberleutnant im 3. Kürassier-Regiment Graf Wrangel, Leiter der Diplomatischen Mission;

**Oskar Niedermayer**, Oberleutnant im 10. Bayerischen Feldartillerie-Regiment  
Leiter der Militärischen Mission;

**Walter Röhr**, sprachkundiger Orient-Kaufmann, Begleiter v. Hentigs.

(Aufnahme aus der Sammlung Botschafter Werner Otto von Hentig)

Im vergangenen Jahr erschien das neueste Buch des bekannten englischen Zentralasien-Autors Peter Hopkirk: *On Secret Service East of Constantinople*, das sich mit der Tätigkeit deutscher Agenten in Persien und Afghanistan während des Ersten Weltkrieges befaßt. Leider beschreibt er das Geschehen ausschließlich aus englischer Sicht und aufgrund englischer Quellen, denn Hopkirk spricht und liest kein Wort Deutsch.

Es wäre äußerst interessant und verdienstvoll, wenn zu dieser Studie ein Gegenstück unter Berücksichtigung der bisher unveröffentlichten deutschsprachigen Quellen erarbeitet würde. Im Hinblick auf eine solche Arbeit konnten wir auch die Aufzeichnungen von Günther Voigt, des Begleiters und Adjutanten von Oskar Niedermayer beschaffen. Zudem liegen in

unserem Archiv die Papiere und zahlreiche Fotos von Emil Rybitschka, einem österreichischen Offizier. Er geriet gleich zu Beginn des Krieges in russische Gefangenschaft, wurde nach Turkestan deportiert, von wo er nach Afghanistan flüchtete und dort mit den deutschen Missionen zusammentraf. Rybitschka lebte bis 1920 in Afghanistan und wurde so auch Zeuge der Ermordung Emir Habibullahs, der Thronbesteigung seines Freundes Amanullah und des Unabhängigkeitskrieges gegen die Engländer.



Abb. 6: Der österreichische Oberleutnant Emil Rybitschka floh aus russischer Kriegsgefangenschaft ins *gottgegebene* Afghanistan

(Aufnahme aus der Sammlung Emil Rybitschka)

Unter König Amanullah begann in den 20er Jahren die Öffnung Afghanistans. Aus dieser Zeit stammt das charmante Tagebuch und die Fotokollektion der ersten europäischen Touristin in Afghanistan, der römischen Prinzessin Nives Ruffo della Scaletta - von den Afghanen liebevoll *Bibi Barf* genannt, die 1922 in Begleitung des ersten italienischen Botschafters nach Kabul kam.



Abb. 7: Fest in der Sommerresidenz Paghman im August 1922

V.l.n.r.: **Sardar Enayatullah**, der ältere Bruder von König Amanullah;  
**König Amanullah**, Sohn von Emir Habibullah;  
**Prinzessin Nives Ruffo della Scaletta**, genannt Bibi barf;  
**Larissa Reissner-Raskolnikowa**, Schriftstellerin;  
**F. Raskolnikow**, russischer Gesandter, 1921-24.

(Aufnahme aus der Sammlung Botschafter Werner Otto von Hentig)

Zur selben Zeit lebte in Kabul die bekannte Schriftstellerin Larissa Reissner als Frau des sowjetischen Botschafters Raskolnikow. Ihr verdanken wir die Beschreibung der Reise des amerikanischen Ölmilliardärs Vanderlip nach Afghanistan:

„Seine Hast versinkt im Flugsand der östlich-gewundenen Redekunst. Mit unerschütterlicher Liebenswürdigkeit werden ihm Tee, Melonen und Süßigkeiten angeboten und man erkundigt sich unter Zuhilfenahme einer schimmernden Strophe des großen Dichters Saadi nach der unschätzbaren Gesundheit des amerikanischen Freundes. Vanderlip, bei dem sich alles kursbuchartig abspulen muß, ohne Zeitverlust, ohne überflüssige Worte, macht das krank. „

Zusammen mit zahlreichen anderen deutschen Fachleuten - Entwicklungshilfeexperten, wie man heute sagen würde - kamen 1923 der Regierungsbaumeister Dr. Alfred Gerber, der Arzt Dr. F. Börnstein-Bosta und der Geograph Dr. Emil Trinkler nach Afghanistan, die später ihre Erlebnisse in Buchform veröffentlichten.



Abb. 8: Dr. Emil Trinkler erforschte die Geologie Zentralafghanistans

(Legat von Prof. Dr. Erwin Grötzbach)

1924 folgte der österreichische Geograph Dr. Gustav Stratil-Sauer, dessen Motorradfahrt von Leipzig nach Afghanistan diplomatische Verwicklungen auslöste, da er fälschlicherweise angeklagt wurde, einen Afghanen erschossen zu haben und deshalb die meiste Zeit seines Aufenthaltes in Kabul im Gefängnis verbrachte.

Die Modernisierungsbestrebungen König Amanullahs stießen 1928, nach der Rückkehr von seiner Europareise, auf immer größeren Widerstand. 1929 wurde er durch den Tajiken *Bacha-e Saqqaw* gestürzt, der sich als Emir Habibullah II. ausrufen ließ. Damals richteten die Engländer zwischen Kabul und Peshawar die allererste Luftbrücke ein, mit der man sämtliche Europäer und Angehörige der Königsfamilie evakuierte.

Nur einige wenige Ausländer blieben in Kabul, darunter Dr. Bauschhardt, der Arzt der deutschen Botschaft, und die französischen Archäologen Joseph und Ria Hackin und Jean Carl. Die unerschrockene französische Journalistin Andree Viollis wurde dann im Oktober 1929 Augenzeugin des Einzugs der paschtunischen Krieger unter General Wali und Nader Khan in Kabul.

1930 wurde Mohammad Nader Khan als neuer afghanischer König eingesetzt. Nur drei ausländische Journalisten waren bei den Feierlichkeiten zu seiner Inthronisation zugegen: der Schweizer Walter Bosshard, der Amerikaner William Shirer und der Österreicher Harald Lechenperg. Glücklicherweise waren alle drei von ähnlicher Statur, denn nur Bosshard hatte seinen schwarzen Anzug dabei, in dem nun einer nach dem anderen zur persönlichen Audienz beim neuen König empfangen wurde.

Einzig Harald Lechenperg hat sein Interesse an Afghanistan über Jahrzehnte hinweg bewahrt. Als Dokumentarfilmer bereiste er in den 60er Jahren Nuristan, den Wakhan und Pamir, aber auch Seistan und die Pashtunengebiete. Großzügig hat er der Stiftung Bibliotheca Afghana Kopien seiner Aufnahmen zur späteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt. Anfang 1994 ist er im hohen Alter von 90 Jahren verstorben - nur wenige Tage nach dem Amerikaner William Shirer.



Abb. 9: Audienz von Harald Lechenperg bei König Mohammad Zahir Shah

(Aufnahme aus der Sammlung Harald Lechenperg)



1935 fand die Deutsche Hindukusch-Expedition statt, die insbesondere in Nuristan und bei den Kalash landwirtschaftliche, linguistische und anthropologische Untersuchungen durchführte. Leider ging fast das gesamte von der Expedition gesammelte Material während des Zweiten Weltkrieges verloren. Die Witwe des Expeditionsleiters Professor Arnold Scheibe hat dem Archiv seine erhalten gebliebenen privaten Aufnahmen vermacht. Auch dieses Material wartet auf eine Auswertung.



Abb. 10: Deutsche im Hindukusch trafen 1935 noch auf Nuristani in traditioneller ‘Siah-posh’-Kleidung (Aufnahme aus der Sammlung Arnold Scheibe)

Von besonders hoher Qualität sind die über 400 Aufnahmen von Hermann und Luise von Segnitz. Oberpostdirektor Dr. v. Segnitz wurde 1936 nach Kabul berufen um die afghanische Postverwaltung zu reorganisieren. Zu dieser Zeit lebten um die 500 deutsche Experten mit ihren Familien in Afghanistan. Nur wenige haben ihre Erlebnisse aufgezeichnet und veröffentlicht. Ausnahmen sind der deutsche Botschafter Kurt Ziemke, der Flugzeugmechaniker Fred Schwarz und der erste Direktor der deutschen Lufthansa Freiherr von Gablenz, der 1937 mit seiner D-ANOY die Flugverbindung von Berlin nach Kabul eröffnete und den ersten Flug über den Pamir wagte.



Abb. 11: Luise von Segnitz und Eris Hellmann, Oberschwester im Frauenkrankenhaus, vor der berühmten Junkers D-ANOY des Freiherrn von Gablenz

(Aufnahme aus der Sammlung Dr. Hermann und Luise von Segnitz)

Damit kommen wir zu einem zweiten Schwerpunkt der Nachlässe in unserem Archiv. Es sind Aufzeichnungen und Bilddokumente von Schweizern, die Afghanistan kurz vor und während des zweiten Weltkrieges kennengelernt haben.

Nachdem auf Druck der Alliierten sämtliche deutschen 'Entwicklungshelfer' nach Beginn des Krieges Afghanistan verlassen mußten, übernahmen z.T. schweizerische Fachleute deren Aufgaben. Unter ihnen waren auch zwei Architekten, der Schaffhauser Rudolf Stuckert und der Basler Albert E. Engler, die von 1940 bis 1946 resp. 1944, in Afghanistan lebten. Während Engler dem Kriegsministerium, insbesondere dem späteren Premier und Präsidenten Mohammad Daud, zugeteilt wurde und dadurch fast die ganze Zeit seines Aufenthaltes in Kabul verbrachte, wurde Stuckert als Provinzarchitekt eingesetzt und war verantwortlich für die Neugestaltung der Zentren der nordafghanischen Städte Pul-e Khumri, Baghlan, Kunduz, Taloqan, Sar-e Pul, Sheberghan und insbesondere Aqcha. Außerdem verbrachte Stuckert mehrere Monate in Herat, wo er unter anderem exakte Aufnahmepläne der großen Moschee anfertigte. Beide Architekten waren begeisterte Fotografen und Ruedi Stuckert auch ein talentierter Zeichner. Beide haben ihre Afghanistan-Materialien der Stiftung Bibliotheca Afghanica vermacht, damit sie für zukünftige Forschungen zugänglich gehalten werden. Als ersten Schritt in dieser Richtung haben wir 1994 in unserer Schriftenreihe einen Band mit Auszügen aus dem Tagebuch von Rudolf Stuckert herausgegeben, der mit 210 Federzeichnungen und Holzschnitten illustriert ist.

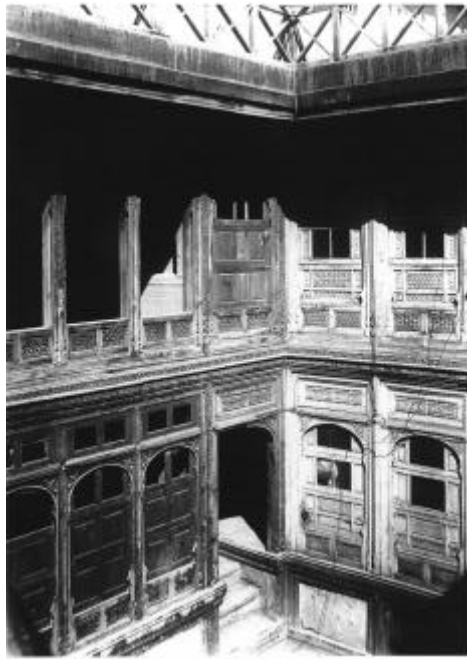


Abb. 12: Der Schweizer Architekt Albert E. Engler fertigte in den 40er Jahren Hunderte von Aufnahmen in der Altstadt Kabuls an

(Aufnahme aus der Sammlung Albert E. Engler)

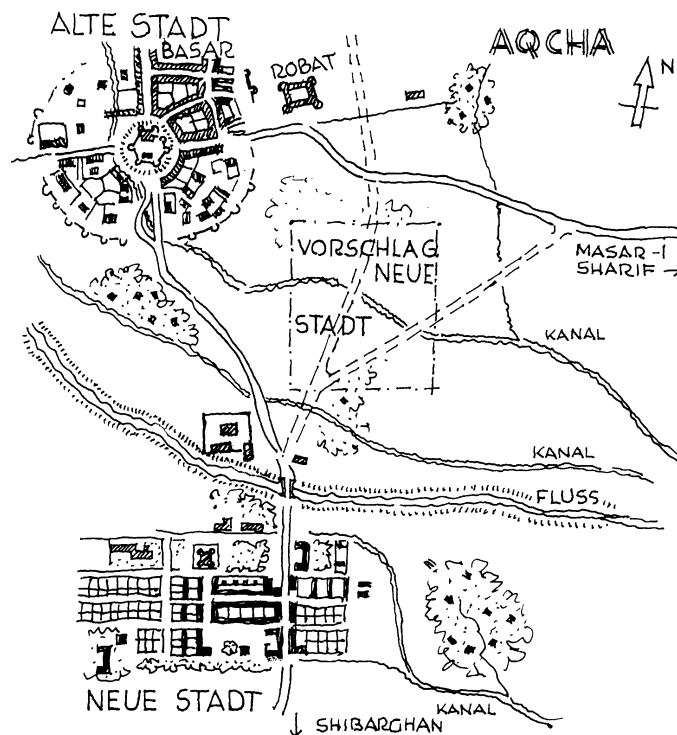


Abb. 13: Rudolf Stuckert plante als 'Provinz-Architekt' während des Zweiten Weltkriegs die Neuanlage der nordafghanischen Städte

(Zeichnung aus der Sammlung R. Stuckert)

Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unternahmen die beiden Schweizer Journalistinnen Ella Maillart und Annemarie Clarac-Schwarzenbach eine Reise nach Afghanistan. Mit ihrem kräftigen Ford wagten sie es, von Herat aus der selten befahrenen Nordroute zu folgen. Rund 300 eindruckliche Aufnahmen und das bekannte Buch von Ella Maillart, das nach dem Krieg zuerst in England unter dem Titel „The Cruel Way“ erschien, berichten von ihrer Reise, die sie nicht nur durch ein fremdes Land führte, sondern für die beiden Frauen ebenso eine Reise zu sich selbst wurde.

Die Negative dieser Aufnahmen werden in der Schweizerischen Landesbibliothek im Nachlaß von Annemarie Schwarzenbach aufbewahrt. Dort lagen sie während Jahren ungeordnet und unbeschriftet in einem Dossier. Auf Wunsch der Landesbibliothek haben wir zusammen mit anderen Afghanistan-Kennern vor einiger Zeit versucht, die Bilder zu ordnen und zu beschreiben. Dies wurde zum Ausgangspunkt der PHOTOTHECA AFGHANICA, in deren Rahmen wir bis heute mit Unterstützung älterer Afghanen, zusammen mit französischen, italienischen, deutschen und englischen Spezialisten hunderte von alten Aufnahmen identifiziert und beschrieben haben. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie anregen: nehmen Sie sich die Zeit, Ihre Fotografien zu beschriften, mit Ort und Datum zu versehen und vielleicht sogar die Namen der dargestellten Personen aufzuschreiben. Sie erleichtern dadurch eine spätere Bearbeitung ganz beträchtlich.

Aus eigener Erfahrung kam ich sagen, daß die Beschäftigung mit solchen Materialien eine gute Möglichkeit darstellt, sich in ein neues Gebiet einzuarbeiten. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich junge Orientalisten oder Ethnologen bereitfänden, im Rahmen ihres Studiums eine solche Aufgabe zu lösen.

Nach all den Zerstörungen und Plünderungen, die in afghanischen Museen, Archiven und Bibliotheken im Rahmen der politischen und militärischen Ereignisse der vergangenen 15 Jahre stattfanden, ist die Bewahrung und Aufbereitung der Aufzeichnungen und fotografischen Nachlässe europäischer Reisender ein wichtiger Beitrag, den wir hier im sicheren Europa für die Zukunft Afghanistans leisten können. Dies nützt sowohl der weiteren Forschung in und über Afghanistan, dem Wiederaufbau des Landes, als auch zukünftigen Generationen junger Afghanen und Afghaninnen, denen wir damit zumindest die Erinnerung an ein einst friedliches Afghanistan erhalten können.

Schlimme Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber, daß auch hier in Europa solche Materialien verloren gehen, wenn die Eigentümer nicht rechtzeitig Vorsorge treffen - wie dies in exemplarischer Weise Herr von Hentig getan hat. Ich rufe Sie deshalb ganz konkret auf, über die Zukunft Ihrer Afghanistan-Materialien schon zu Lebzeiten zu bestimmen, damit sie nicht in der Hektik einer Wohnungsauflösung 'entsorgt' werden. Mit dem Afghanistan-Archiv der Ruhr-Universität und mit der Stiftung Bibliotheca Afghana stehen Ihnen heute zwei Orte zur Verfügung, wo Afghanistan-Nachlässe entgegengenommen und bewahrt werden und damit auch für die zukünftige Forschung zur Verfügung stehen.

## **Auswahlbibliographie der im Referat erwähnten Reiseberichte**

- Börnstein-Bosta, F.: Mandana Baschi. Berlin, 1925.
- Burnes, Alexander: Cabool. London, 1842.
- Curzon, George Nathaniel: Tales of Travel. London, 1923.
- Elphinstone, Mountstuart: An Account of the Kingdom of Caubul. London, 1815.
- Ferrier, J. -P.: Caravan Journeys and Wanderings. London, 1856.
- Gablenz, Carl August Freiherr von: D-ANOY bezwingt den Pamir. Berlin, 1937.
- Gerber, Alfred: Afghanische Mosaiken. Berlin, 1942.
- Gray, John Alfred: At the Court of the Amir. London, 1895.
- Grey, C.: European Adventurers of Northern India, 1785-1849. Lahore, 1929.
- Harlan, Josiah: A Memoir of India and Avghanistaun. Philadelphia, 1842.
- Hentig, Werner Otto von: Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land. Berlin, 1918.
- Hentig, Werner Otto von: Ins verschlossene Land. Potsdam, 1928.
- Hentig, Werner Otto von: Mein Leben - eine Dienstreise. Göttingen, 1962.
- Honigberger, Johann Martin: Früchte aus dem Morgenlande. Wien, 1851.
- Hopkirk, Peter: The Great Game - on Secret Service in High Asia. London, 1990.
- Hopkirk, Peter: On Secret Service East of Constantinople. London, 1994.
- Jan, Michel: Le voyage en Asie centrale et au Tibet. Paris, 1992.
- Jaworskij, J. L.: Reise der Russischen Gesandtschaft. Jena, 1885.
- Jewett Bell, Marjorie: An American Engineer in Afghanistan. Minneapolis, 1948.
- Key, John: When Men and Mountains Meet. London, 1977.
- Kordon, Franz: Afghanistan. in: Die Grenzboten, Jg. 64. Leipzig, 1905.
- Lal, Mohan: Life of the Amir Dost Mohammed Khan. London, 1846.
- Maillart, Ella K.: The Cruel Way. London, 1947.
- Maillart, Ella K.: Flüchtige Idylle. Zürich, 1988.
- Martin, Frank A. : Under the Absolute Amir. London, 1907.
- Masson, Charles: Narrative of Various Journeys. London, 1842.
- Moorcroft, William; Trebeck, George: Travels in the Himalayan Provinces, 1841.
- Niedermayer, Oskar von; Diez, Ernst: Afghanistan. Leipzig, 1924.
- Niedermayer, Oskar von: Unter der Glutsonne Irans. München, 1925.
- Niedermayer, Oskar von: Im Weltkrieg vor Indiens Toren. Hamburg, 1936.
- Niedermayer, Oskar von: Krieg in Irans Wüsten. Hamburg, 1940.
- Reissner, Larissa: Oktober. Berlin, 1932.
- Rybitschka, Emil: Im gottgegebenen Afghanistan. Leipzig, 1927.
- Scheibe, Arnold; u.a.: Deutsche im Hindukusch. Berlin, 1937.
- Schinasi, May: Afghanistan at the Beginning of the 20th Century. Naples, 1979.
- Schwarz, Fred: Bakschisch und Feidah. Erinnerungen an Afghanistan. München, 1949.
- Stratil-Sauer, G.: Fahrt und Fessel. Berlin, 1927.
- Sultan Mhd Khan: The Life of Abdur Rahman. London, 1900.
- Thornton, Ernest: Leaves from an Afghan Scrapbook. London, 1910.
- Trinkler, Emil: Quer durch Afghanistan nach Indien. Berlin, 1925.
- Vambery, Arminius: Travels in Central Asia. London, 1864.
- Vambery, Hermann: Russlands Machtstellung in Asien. Leipzig, 1871.
- Vambery, Arminius: Central Asia and the Anglo-Russian Frontier Question. 1874.
- Vambery, Arminius: The Coming Struggle for India. London, 1885.
- Vambery; Alder: The Dervish of Windsor Castle. London, 1979.
- Viollis, Andree: Tourmente sur l'Afghanistan. Paris, 1930.
- Wassmuss; Mikusch, Dagobert: Wassmuss, der deutsche Lawrence. Berlin, 1938.
- Wolff, Joseph: Researches and Missionary Labours. London, 1835.
- Yule, Henry: The Book of Ser Marco Polo. New York, 1926.
- Ziemke, Kurt: Als Deutscher Gesandter in Afghanistan. Stuttgart, 1939.

## Beispiel einer Bildbeschreibung der PHOTOTHECA AFGHANICA:

---

P. Bucherer-Dietschi

### PHOTOTHECA AFGHANICA

May Schinasi

H. W. von Hentig

S. Q. Reshtia

---

#### Sammlung: **Botschafter WERNER OTTO VON HENTIG**

Photo-No. : **vH 17**      Negativ-No. : **II-10**  
Format : 155/205 mm  
Qualität : sehr gut, leicht verblasst, rechts oben geknickt  
Ort, Datum : Kabul, *Bâgh-e Bâbor*, Okt.1915 - Mai 1916  
Orig.Lergende: [verso:] -  
Sujet : Gruppenaufnahme der Offiziere der deutschen Afghanistan-  
Unternehmungen im Ersten Weltkrieg. v.l. n. r.:  
1 **Dr.Günther Voigt**, Leutnant im 4.Garde-Feldartillerie-Regiment,  
Adjutant Niedermayers  
2 **Kurt Wagner**, Kapitänleutnant d.R.,1.Offizier der HAPAG  
3 **Dr.Werner Otto von Hentig**, Kaiserlicher Legationssekretär, Ober-  
leutnant im 3. Kürassierregiment Graf Wrangel, Leiter der Diploma-  
tischen Mission  
4 **Oskar Niedermayer**, Oberleutnant im 10. Bayerischen Feldartillerie-  
Regiment, Leiter der Militärischen Mission  
5 **Walter Röhr**, sprachkundiger Orient-Kaufmann, Begleiter v. Hentigs

Deskriptoren : 1.56 / 2.126 / 3.141 / 4.366 / 4.416 BRD

Referenzen: - Hentig (1918): Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land.  
- Hentig (1962): Mein Leben eine Dienstreise.  
- Niedermayer (1924): Afghanistan. (Bildband)  
- Niedermayer (1925): unter der Glutsonne Irans.  
- Rybitschka (1927): Im gottgegebenen Afghanistan. Als Gäste des  
Emirs. Diese Aufnahme wurde publiziert in:  
- Mohm (1990): Afghanistan. Eine grosse Vergangenheit..., S. 193  
- Der Spiegel 6/1980, Seite 130



## **1.2 Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan - Rückblick und Ausblick**

Reinhard **Schlagintweit**

### **Politische Beziehungen**

Politische Beziehungen unterhalten Staaten, die gemeinsame Ziele haben, Ziele, die über Gemeinplätze wie „Frieden bewahren“, „Güter austauschen“ oder „Botschaften unterhalten“ hinausgehen. Echte politische Beziehungen setzen voraus, daß die Partner handlungsfähige souveräne Staaten sind, und daß es Anliegen gibt, bei deren Verfolgung ein Partner den anderen unterstützen kann und dies tut, weil er sich dabei auch Nutzen für sich selbst verspricht.

Politische Ziele müssen meist gegen Widerstand durchgesetzt werden. Politische Beziehungen liegen vor allem dann vor, wenn die Partner gemeinsame Gegner oder gemeinsame Probleme haben. Fällt diese Gemeinsamkeit weg, oder gibt es keine Aussicht, gemeinsam etwas zur Verwirklichung der Ziele, der Lösung der Probleme oder der Bekämpfung der Gegner zu tun, so gibt es auch keine politischen Beziehungen im engeren Sinn des Wortes mehr.

Nun ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß Länder, die viele tausend Kilometer voneinander entfernt liegen, die Wüsten, Gebirge und fremde Staaten voneinander trennen, die verschiedenen Kulturen und Religionen angehören, gemeinsame Ziele verfolgen und sich gegenseitig helfen können. Dennoch ist dies bei Deutschland und Afghanistan in diesem Jahrhundert einige Male der Fall gewesen. Solche Ziele waren z.B. die Schwächung Großbritanniens; die Eindämmung des Kommunismus und der Macht der Sowjetunion; wirtschaftliche Entwicklung.

Dazu kam ein weiteres: Aus gemeinsamen Zielen der Regierungen entstand bei den Völkern das Gefühl eines Gleichklangs. Häufig stimmte dieses Gefühl wenig mit der Realität überein oder beruhte auf Mißverständnissen. Dennoch wurde das emotionale Moment zu einem politischen Faktor. Es bildete sich etwas, das die Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland zusätzlich kennzeichnete: Völkerfreundschaft. Diese Freundschaft begünstigte politische Entscheidungen, die allein aus der Existenz von gemeinsamen Zielen nicht erklärbar gewesen wären. Zum Beispiel die rücksichtsvolle Behandlung deutscher Staatsangehöriger durch die afghanische Regierung am Ende des 2. Weltkrieges oder die breite deutsche Wirtschaftshilfe und die Dichte der Staatsbesuche nach dem Krieg.

### **Erster Kontakt**

Der Beginn der deutsch-afghanischen Beziehungen war abenteuerlich und wurde von Abenteurern getragen. Abenteuerlich war die Reise der ersten offiziellen Vertreter des Deutschen Reiches nach Afghanistan im Jahr 1915. Initiatoren und Mitwirkende dieser Reise waren Abenteurer. Einer davon war Enver Pascha, Führer der Jungtürken und als türkischer Kriegsminister verantwortlich für den Eintritt der Türkei in den Ersten Weltkrieg. Schon kurz nach dem Ausbruch des Krieges zeigte sich, daß die Türken für ihre militärischen Operationen



deutsche Hilfe brauchten. Um ihre Schwäche in Mesopotamien zu überspielen, wollten sie in Zentralasien einheimische Kräfte gegen England und Rußland mobilisieren.

Am 11.8.1914 berichtete Botschafter von Wangenheim aus Konstantinopel, die Türkei schlage eine gemischte deutsch-türkische Militärmission nach Persien und Afghanistan vor, mit dem Ziel, die Völker an den Grenzen zu Rußland und Britisch-Indien in Aufruhr zu versetzen und den Feind an einer empfindlichen Stelle zu schwächen.

Ein anderer Abenteurer war der indische Prinz, Kumar von Hatras und Mursan, Mahendra Pratab. Dieser Mann, ein indischer Patriot, glaubte, der Krieg eröffne die Chance, das britische Joch von seiner Heimat abzuschütteln, sah sich bereits als Führer eines indischen Freiheitskampfes. Er sprach 1914 im deutschen Armee-Hauptquartier vor und unterbreitete dort den Plan, mit Hilfe des Emirs von Afghanistan die Stämme an der indischen Grenze aufzuwiegeln und einen Aufstand der indischen Völker gegen die Briten auszulösen. Deutschland sollte den Aufruhr der Afghanen finanzieren, sozusagen als Anschubfinanzierung für den indischen Freiheitskampf. Deutsche sollten ihn und seine Begleiter mit Geld und Waffen sicher nach Afghanistan bringen.

Die türkischen und indischen Ideen stießen in Deutschland auf geneigte Ohren. Kaiser Wilhelm II. hatte schon 1904 an seinen Vetter, den russischen Zaren Alexander, geschrieben, die indisch-afghanische Grenze sei die einzige Region, wo „Flotten und Kanonen nichts ausrichten können“. Hier müsse man ansetzen; der Verlust Indiens würde dem britischen Weltreich den Todesstoß versetzen. Ähnliche Gedanken erwog man 1914 auch im Auswärtigen Amt. Dort wollte man, daß „unsere Konsuln in Persien und der Türkei die ganze mohammedanische Welt gegen die Krämernation England aufstacheln“.

Nachdem 1915 die türkischen Operationen im Zweistromland festgefahren waren, Persien unfreundlich wurde und auch die deutsche Westfront erstarrte, hoffte man in Berlin, mit Hilfe eines panislamischen Aufstands die militärische Situation entlasten zu können. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Nadolny, dachte sogar, ein Vorstoß über Afghanistan nach Indien könne kriegsentscheidend werden.

Auch diese Überlegungen muß man als abenteuerlich einstufen. Sie führten zu einem Unternehmen, deren Teilnehmer so gut wie nichts über Afghanistan wußten, und die so gut wie nichts mitbrachten, um ihr Ziel zu erreichen: einen Aufstand gegen die britische Herrschaft in Indien auszulösen. Hentig und Niedermayer, die beiden Führer der deutschen Expedition, die 1915 nach Afghanistan aufbrach, waren wagemutige Heißsporne; sonst hätten sie ihr Ziel gar nicht erreicht. Mehr waren sie nicht.

Unter großen Abenteuern gelangte die deutsch-türkisch-indische Expedition nach Kabul. Sie hatte unterwegs den größten Teil ihres Geldes und ihre Waffen verloren. Ohne große Mittel, ohne beeindruckende Ausrüstung, nur wenige Männer stark, konnte sie schwerlich als gewichtiges Element im Spiel der Großmächte wirken.

Der Zufall wollte aber, daß es am Hofe des Emirs von Afghanistan Kräfte gab, die ähnliche Ziele verfolgten wie die Deutschen, nämlich die Briten zu schwächen - wenigstens so weit, daß man die britische Vormundschaft abschütteln könnte, die Großbritannien im britisch-russischen Vertrag von 1907 geschaffen hatte.

Der Emir, Habibullah, reagierte auf die deutsche Mission kühl. Er kannte die Schwäche seines Landes und die Kräfte der Briten. Er wußte, daß das Land von britischen Subsidien und dem

Transit durch Indien abhing. Die deutsche Mission, eine Handvoll ihrer Umgebung fast hilflos ausgelieferter Menschen, bildete keine Streitmacht, mit der man die Briten besiegen konnte. Daher wollte er sich auf die abenteuerlichen Vorschläge der Deutschen nicht einlassen.

An der Spitze der antibritischen Partei standen die Söhne des Königs, Inayetullah und Amanullah. Beide ersehnten eine Gelegenheit, die Freiheit des Landes zurückzugewinnen. Sie glaubten, der Krieg in Europa würde einen afghanischen Feldzug gegen Britisch Indien aussichtsreich machen. Sie traten dafür ein, den deutschen Vorschlägen zu folgen.

Damit setzten sie sich beim Emir zwar nicht durch, aber sie erreichten, daß die Deutschen bei Hofe vorsprechen und sich frei bewegen durften. Nach einigen Monaten erhielten sie die Erlaubnis, die Armee zu reorganisieren, die Offiziersausbildung neu zu gestalten und ins einzelne gehende Verbesserungen bei den Streitkräften durchzuführen.

Da britische und russische Truppen kurz darauf Persien besetzten und alle Nachschubmöglichkeiten unterbanden, blieb dies zunächst ohne politische Wirkung. Eine zusätzliche Subsidienzahlung der britischen Regierung in Höhe von 200.000 Pfund tat ein übriges. Emir Habibullah blieb bei der Neutralität, die die Briten Afghanistan auferlegt hatten. Die deutsche Delegation verließ Kabul.

Mit der Abreise der Deutschen aus Kabul schien die Mission Hentig-Niedermayer gescheitert. Dennoch war sie nicht ganz erfolglos. Sie band britische Truppen, die an anderen Kriegsschauplätzen fehlten. Darüber hinaus war sie mitverantwortlich für die Polarisierung der politischen Kräfte in Kabul, die im Jahr 1919 zur Ermordung Emir Habibullahs führte. Es gibt wenig Zweifel, daß das Ende des Emirs mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber den Engländern zusammenhing. Sein Sohn Amanullah, 1915 einer der wichtigsten Vertreter der prodeutschen Partei, fühlte sich von einer starken antibritischen Strömung in der Bevölkerung getragen, einer Strömung, der die deutsche Anwesenheit kräftig Auftrieb gegeben hatte. Er übernahm die Nachfolge seines Vaters, begann einen Krieg gegen Großbritannien und schaffte es, 1919 die außenpolitische Vormundschaft Großbritanniens über das Land zu beseitigen.

## **Deutschlands Weg nach Asien**

Im Gegensatz zu Großbritannien, Rußland und Frankreich hat Deutschland in Asien nie Kolonien erworben, denn es gab bis 1870 keinen deutschen Nationalstaat, der solche expansiven Ziele verfolgen konnte.

Nach der Reichsgründung gab es zwar auch in Deutschland Kräfte, die nach Macht und Besitz außerhalb der eigenen Grenzen strebten. Als zu spät gekommener Nation gelang es Berlin jedoch nur noch in Afrika und im Pazifik, aber nicht mehr in Asien, sich Kolonien im Stile des 19. Jahrhunderts zu sichern. Hier mußte Deutschland neue Wege gehen, um seine zunächst vor allem wirtschaftlich definierten Interessen zu verfolgen. Nicht mehr Besitz und Beherrschung, sondern Einfluß und Mitgestaltung waren die Instrumente, derer man sich hier bediente. Als Partner kamen die wenigen Staaten in Frage, die ihre Unabhängigkeit bewahrt hatten, vor allem das Osmanische Reich und Persien.

Bismarck hatte auch solchen Bestrebungen noch distanziert gegenübergestanden. Er lehnte es ab, in die Probleme des Osmanischen Reiches verwickelt zu werden, die Ende des 19. Jahrhunderts die europäischen Kabinette beschäftigten. Zu Recht fürchtete er, in eine Konfronta-

tion mit Rußland oder Großbritannien zu geraten. Im Berliner Kongreß konzentrierte er sich darauf, Nachteile für Deutschland zu vermeiden, ohne eigene Ziele in der Region zu verfolgen.

Seine Nachfolger gaben diese Zurückhaltung auf. Zunächst bemühte man sich, durch den Bau von Fabriken und einer Eisenbahn quer durch Anatolien und das Zweistromland den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands im Osmanischen Reich zu stärken. Berlin glaubte, daß eine Mitwirkung bei der Entwicklung der Türkei Deutschland langfristige Absatzmärkte sichern würde. Ähnlich geartet war das Interesse an Persien. Im Hintergrund spielten aber bereits politische Motive eine Rolle. Das Reich wollte die Türkei nicht dem russischen Imperium überlassen. Und die Bagdad-Bahn zielte auf eine Schlagader des Empires, den Weg nach Indien.

Auch als 1915 Afghanistan in das Gesichtsfeld der deutschen Politik trat, mußte das Reich behutsam vorgehen. Es betrachtete das Hindukusch-Emirat zunächst nur als Instrument seiner Kriegsstrategie, den Feind zu schwächen. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte es Afghanistan ein politisches Verhältnis anbieten, das es nicht nur als Objekt politischen Einflusses behandelte, sondern als Partner, dessen nationale Wünsche und Hoffnungen man berücksichtigte.

Entsprechend verhielt sich die deutsche Militärmission 1915 und 1916 in Kabul. Die zunächst bescheidenen, aber unerwartet nachhaltigen Erfolge der Expedition Hentig-Niedermayer waren auch das Ergebnis dieser „neuen“ Art des Vorgehens.

Ihr entsprach auch der Vorschlag, den Werner-Otto von Hentig nach seiner Rückkehr aus Afghanistan dem Auswärtigen Amt vorlegte: Deutschland solle, sobald dies wieder möglich wäre, nicht, wie Hauptmann Niedermayer noch beantragt hatte, Soldaten und Waffen nach Afghanistan schicken, sondern Ärzte, Elektriker, Maurer und Hebammen.

Und im Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit der russischen Regierung setzte Deutschland eine Klausel durch, die die außenpolitische Unabhängigkeit Afghanistans ausdrücklich bestätigte.

### **Afghanistan ergreift die Initiative**

Der ersten deutschen Annäherung an Afghanistan lagen militärische Überlegungen zugrunde - die Hoffnung, mit Hilfe des praktisch unbekanntes Staates den Kriegsgegner treffen zu können. Als dieses Ziel mit dem Zusammenbruch Deutschlands unterging, erlosch das Interesse der Reichsregierung an der Fortführung der Beziehung zu dem zentralasiatischen Land.

Für den jungen König Amanullah, der eben die Unabhängigkeit Afghanistans erkämpft hatte, war Deutschland aber der Wunschpartner, als er Anfang der 20er Jahre daranging, sein Land wirtschaftlich und sozial neu zu organisieren: Deutschland würde keine politischen Ansprüche stellen, und es verfügte über ein großes Potential technischer und wirtschaftlicher Expertise. Großbritannien und Rußland kamen für diese Rolle nicht in Frage; sie galten als Feinde seiner unabhängigen Entwicklung. Frankreich und Italien zeigten kein Interesse, und von der Türkei versprach Amanullah sich offenbar nicht die gewünschten technischen und pädagogischen Qualitäten.

Schon 1921 entsandte Ammanullah eine Mission unter Mohammed Wali nach Europa, mit dem Ziel, die politische Unabhängigkeit seines Landes anerkennen zu lassen und Fachleute für den wirtschaftlichen Aufbau anzuwerben. Die erste Station in Mitteleuropa war Deutschland.

Dieses Mal war es Deutschland, das zurückhaltend reagierte. Das Rheinland war besetzt, die Wirtschaft lag darnieder, die Reichsregierung konnte sich einen Konflikt mit Großbritannien wegen einer abgelegenen Frage wie der Unabhängigkeit Afghanistans nicht leisten.

Mohammed Wali wurde zwar freundlich empfangen, auf seine Vorschläge, ein Handelsabkommen abzuschließen und Gesandtschaften zu errichten, ging man aber nur verhalten ein. Trotzdem war die Mission letztlich ein Erfolg. Sie begründete fruchtbare Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Deutschland der Nachkriegsjahre schlossen zahlreiche Firmen und Fachleute Verträge mit der Mission Walis ab. Ab 1924 besuchten afghanische Studenten deutsche Hochschulen; in Kabul wurde eine deutschsprachige Schule eröffnet. Ein Mitglied der afghanischen Mission blieb, wenigstens als Geschäftsträger, in Berlin. Schon Mitte der 20er Jahre wurde Deutschland zum drittichtigsten Handelspartner Afghanistans nach Großbritannien und Rußland.

Aber wirklich politische Beziehungen wurden damit nicht begründet. Deutschland hatte jedes Interesse an der Entfaltung von Macht in Asien verloren. Es verfolgte dort keine politischen Ziele.

Erst der Besuch, den König Amanullah 1929 Deutschland abstattete, wurde ein politisches Ereignis. Der König blieb länger in Deutschland als in irgendeinem der anderen zehn Länder, die er besuchte. Deutschland betrachtete den Besuch - neben dem des ägyptischen Königs Faruk der einzige Staatsbesuch in der Weimarer Republik - als Zeichen dafür, daß die Isolierung nach der Niederlage von 1918 zu Ende ging. Der Aufenthalt des populären Königs bekam eine ähnliche emotionale Qualität für die Einstellung der Deutschen zu Afghanistan, wie die Expedition Hentig-Niedermayer für die der Afghanen zu Deutschland. Afghanistan wurde für eine große Zahl von Deutschen zu einem vertrauten Begriff.

Amanullah verband mit seiner Reise politische Absichten. Neben Maschinen wollte er Waffen kaufen; er erbat billige Kredite und warb um Freundschaft und Anerkennung. Sein Kriegsminister schlug in einem Gespräch im Auswärtigen Amt eine politische Allianz zwischen Deutschland, Persien und Afghanistan vor, und der Präsident des afghanischen Staatsrates meinte bei einem Gespräch in Berlin, Deutschland solle eine Politik verfolgen, die das Ziel habe, einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Großbritannien herbeizuführen.

Amanullah identifizierte sich mit solchen Äußerungen nicht. Er wußte, daß Deutschland weder interessiert noch in der Lage war, in diese Richtung zu handeln. Seine Reise sollte die Unabhängigkeit seines Landes demonstrieren, Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau gewinnen und damit seine Stellung im Lande, die bereits erschüttert war, festigen. Weitere Ansprüche stellte er nicht.

Da Deutschland den Vorstellungen der Afghanen nur auf den Gebieten der Wirtschaft und der Ausbildung entsprach, und der König kurz nach der Europareise gestürzt wurde, blieb der Besuch ohne unmittelbare Auswirkungen auf die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Herzlichkeit des Empfangs, den die Deutschen Ammanullah bereitet hatten, machte seine Nachfolger eher mißtrauisch gegenüber dem Reich. Und auch Deutschland, zusätzlich geschwächt von der Weltwirtschaftskrise, blieb passiv.

Erst die Expansionspolitik des Dritten Reiches teilte Afghanistan wieder eine Rolle im politischen Kalkül Deutschlands zu. Afghanistan suchte zur gleichen Zeit nach einem Partner, der die Unabhängigkeit des militärisch und wirtschaftlich schwachen Landes stützen könnte.

### **Drittes Reich und II. Weltkrieg**

Das außenpolitische Amt der NSDAP, eine Art Nebenaußenministerium und in vielen Fragen einflußreicher bei der Gestaltung der deutschen Außenpolitik als das Auswärtige Amt, definierte in einem internen Papier die deutsche Zentralasien-Strategie 1934 wie folgt:

„... das Amt... richtet sein Hauptaugenmerk auf die Völker und Staaten, die einen Isolierungsring um den bolschewistischen Nachbar legen und eine Flankenstellung gegenüber den Westmächten, insbesondere Großbritannien einnehmen.“

In Verfolg dieser Strategie überschritt die Reichsregierung im Verhältnis zu Afghanistan nach und nach die Schwelle kommerzieller Interessen. Sie gab der afghanischen Regierung Signale, daß man substantielle, ja bevorzugte politische Beziehungen aufnehmen wolle.

1935 wurde in Berlin Sayid Kemal, der Mörder des afghanischen Gesandten Mohammed Asis, eines Onkels des Königs, hingerichtet - ein Akt, den die afghanische Regierung zur Voraussetzung der Entwicklung des Verhältnisses gemacht hatte. Einen Monat später empfing Hitler den afghanischen Außenminister Faiz Mohammed zu einem persönlichen Gespräch. Die Afghanen erhielten das Versprechen, daß man „ihre Wünsche erfüllen“ und die „erwarteten Güter liefern“ würde. Afghanistan bekam einen Kredit über 15 Millionen Reichsmark und die Zusage umfangreicher Waffen- und Munitionslieferungen. Schließlich übernahm die Reichsregierung im sogenannten Todt-Abkommen vom 18.10.1937 die Verantwortung für die Entwicklung großer Teile der afghanischen Infrastruktur. Deutsche Fachleute wurden in Behörden und Staatsbetriebe entsandt und durch einen politischen Inspekteur kontrolliert. Weder Deutschland noch Afghanistan hatten bisher mit einem anderen Land ein so weitgehendes, so politisches Abkommen geschlossen.

Gleichzeitig stiegen die deutschen Exporte von 1,2 Mio. RM 1937 auf über 4,7 Mio. RM 1938 und 1939 auf 7,6 Mio. RM. 1938 kamen 70 % aller Industrieausrüstungen und Maschinen, die Afghanistan importierte, aus Deutschland (aus der Tschechoslowakei 20 %, aus Großbritannien 4 %!). Deutschland zahlte dafür einen hohen Preis. Es nahm die afghanische Baumwolle zu Preisen ab, die bis zu 40 % über dem Weltmarktpreis lagen, und lieferte seine Güter stark verbilligt nach Afghanistan.

In Kabul hatte sich um diese Zeit eine wichtige Entwicklung vollzogen. Hintergrund waren die politischen Krisen in Europa und Asien. Italien hatte Abessinien erobert, ohne daß der Völkerbund eingriff, und Japan marschierte ungehindert in China ein. Afghanistan war verunsichert und prüfte, wie es seine Unabhängigkeit besser schützen könne.

Die Regierung sah zwei Optionen: entweder die Zusammenarbeit mit einem der mächtigen Nachbarn, Großbritannien oder der Sowjetunion, auszubauen oder sich auf die Beziehungen zu einem dritten Staat zu stützen.

Die afghanische Führung entschied sich gegen die Zusammenarbeit mit den Nachbarn, bei denen man nie sicher sein konnte, ob sie Afghanistans Unabhängigkeit schützen oder vernich-

ten würden. Die Wahl fiel auf Deutschland als das Land, mit dem man gute Erfahrungen gemacht hatte, und das weit genug entfernt war, um gegen den Verdacht direkter machtpolitischer Aspirationen gefeit zu sein; man verdrängte dabei, daß Deutschland im Ernstfall nichts für die Sicherheit des Landes tun könnte.

Die Wünsche nach Waffen, Krediten und einem breiten personellen Engagement, die der afghanische Außenminister, der Kriegsminister und schließlich auch der Ministerpräsident Mitte der 30er Jahre in Berlin zur Sprache brachten, waren die Folge dieser Entscheidung.

Für ein paar Jahre wurde Afghanistan zu einem der wichtigsten politischen Partner Deutschlands in Asien. Afghanistan seinerseits räumte Deutschland eine exklusive Stellung in seinen Außen- und Wirtschaftsbeziehungen ein. Es profitierte von der Rivalität Deutschlands mit Großbritannien. Durch die günstigen deutschen Lieferungen und Käufe konnten sich seine Industrie und Infrastruktur relativ billig entwickeln.

Aber die Erfolge, die beide Staaten mit ihrer Zusammenarbeit erzielten, führten nicht in die Zukunft. Als es ernst wurde, erwies sich, daß Deutschland für seinen asiatischen Freund rasch an Wert verlor. Die politischen Absichten und die Möglichkeit, sie zu realisieren, liefen auseinander. Deutschland war immer weniger in der Lage, ein Gegengewicht gegen die beiden Großmächte zu bilden, die an Afghanistans angrenzten.

Schon seit Kriegsbeginn 1939 war der Weg über Indien verschlossen. Die Transitwege durch Iran und die Sowjetunion konnten zwar bis Juni 1941 noch benutzt werden, waren aber praktisch zu teuer und zu schwierig.

Es gab während des Krieges unbeholfene Versuche deutscher „Nachrichtendienste“, mit Hilfe von Geld und Propaganda und dem berühmten Fakir von Ipi, einem paschtunischen Stammesführer, der in Deutschland studiert hatte, die Grenzstämme gegen die Briten in Indien aufzuwiegeln. Damit wurden ein paar Kolonialdivisionen in Indien gebunden, die sonst wahrscheinlich nach Europa entsandt worden wären. Der Aufstand in Indien blieb wie 1916 aus.

Zwei Monate nach dem deutschen Einmarsch in Rußland besetzten die Sowjetunion und Großbritannien Iran und schnitten Afghanistan von jeder Lieferung aus Deutschland ab. Damit war für Deutschland das Spiel in Asien verloren.

Afghanistan war schon vorher zu seiner Politik strikter Neutralität zurückgekehrt. Dem Geschick der damaligen Regierung unter Ministerpräsident Schah Mahmud ist es zu verdanken, daß Afghanistan das Schicksal Irans, besetzt und geteilt zu werden, erspart blieb. Aber als sich der Druck der Alliierten auf Kabul verstärkte, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, konnte das Land dem ehemaligen Partner noch einen Freundschaftsdienst erweisen.

In einer noblen Geste befragte die Regierung erst einmal die Loe Tschirga, die traditionelle Stammesversammlung, ob es dem alliierten Ultimatum nachgeben solle. Die Deutschen waren zu beliebt, die Unabhängigkeit des Landes zu tief im Bewußtsein der Menschen verwurzelt, als daß die Regierung gewagt hätte, diese Entscheidung allein zu treffen. Als Antwort erhielt sie, wohl nicht ganz ohne Formulierungshilfe geleistet zu haben, die Weisung, den Forderungen nur dann zu entsprechen, wenn die Alliierten den Deutschen die Durchreise in ein neutrales Land zusicherten. So geschah es dann auch. Am 30. und 31. Oktober 1941 verließen 180 Deutsche das Land, wurden durch Britisch-Indien geleitet und erreichten ohne größere Behinderung die Türkei und dann die Heimat.

Angesichts der damaligen Machtverhältnisse und der geographischen Umstände, die Afghanistan zu erdrücken drohten, muß dies als große Leistung gewertet werden. Die Durchsetzung freien Geleits beruhte nicht auf afghanischen Interessen oder auf Eigennutz, sondern auf der emotionalen Verbundenheit, die sich in den vorangegangenen Jahrzehnten gebildet hatte.

In einer Zeit, in der das islamische Kaukasusvolk der Tschetschenen die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt, verdient eine weitere Episode des 2. Weltkrieges Erwähnung. Bei der Vorbereitung des Angriffes auf die Sowjetunion hatte Hitler schon im Frühjahr 1941 befohlen, Aufmarschpläne über den Kaukasus und Afghanistan nach Indien zu prüfen. Hierfür sollten 17 Divisionen zur Verfügung gestellt werden.

1942 eroberten die Deutschen einen Teil des Kaukasus. Gleichzeitig stieß Rommel über die ägyptische Grenze vor. Es schien nicht mehr völlig ausgeschlossen, daß deutsche Verbände über das heutige Aserbaidschan und Iran nach Afghanistan und Indien marschieren könnten. In dieser Situation wollte Stalin die Gefahren reduzieren, die ihm von feindlich gesinnten Kaukasusstämmen drohten. Ein Teil der dortigen islamischen Völker, darunter viele Tschetschenen, wurde zwangsweise umgesiedelt.

Der deutsche Vormarsch blieb bekanntlich rasch stecken. Wenig später brachte die Schlacht von Stalingrad die endgültige Wende des Krieges. Es gibt Sachverständige, die meinen, daß die Zwangsaussiedlung zur Geburtsstunde des tschetschenischen Nationalismus wurde. Erst Jahrzehnte später durften die Tschetschenen in ihre Heimat zurückkehren.

Versucht man, eine Bilanz der deutsch-afghanischen Beziehungen im zweiten Weltkrieg zu ziehen, so ähnelt sie auffallend der des 1. Weltkrieges. Hitler scheiterte wie Wilhelm II mit seiner Politik, Afghanistan als Instrument zu benutzen und mit seiner Hilfe Großbritannien entscheidend zu schwächen. Nur das Nahziel wurde erreicht, Truppen in Asien zu binden, die sonst in Europa oder im Nahen Osten eingesetzt worden wären.

Die afghanische Regierung hat die abenteuerlicheren Aspekte dieses Versuchs wieder mit großer Umsicht ins Leere laufen lassen. Sie nahm die Vorteile zwar wahr, die sich der afghanischen Wirtschaft durch die deutsche Großmachtspolitik boten. Aber sie verstand es zu vermeiden, daß ihr daraus politischer Schaden erwuchs. Mit Hilfe einer konsequent durchgehaltenen Neutralität konnte es seine Unabhängigkeit erhalten.

Auch diese Periode der deutsch-afghanischen Beziehungen stärkte auf geheimnisvolle Weise die Freundschaft und Zuneigung der Menschen beider Länder zueinander. Das Gros der Deutschen, die in den 30er Jahren in Afghanistan arbeiteten, waren nicht in erster Linie Parteigenossen, sondern Fachleute, dem Land und seinen Menschen zugewandt, die an den Sinn ihrer Arbeit und den Wert ihrer Partner glaubten. Die Afghanen, die in Deutschland studiert hatten, kamen mit nützlichen Kenntnissen und guten Erinnerungen nach Hause. Auch die Tatsache, daß Afghanistan bis zum Ende des Krieges zu Deutschlands Freunden zählte, wurde in Deutschland nicht vergessen. In Abwandlung einer deutschen Redewendung könnte man sagen: Operation mißlungen, Patient wohlauf.

### **Blütezeit der Beziehungen**

Wie ist es zu erklären, daß das deutsch-afghanische Verhältnis sich wenige Jahre nach dem Krieg wie ein Phönix aus der Asche erhob? 1955 wurden die diplomatischen Beziehungen

wieder aufgenommen, ab 1958 Entwicklungshilfe geleistet; Deutschland gab billige Kredite und entsandte Lehrer und Experten für die wirtschaftliche und pädagogische Infrastruktur Afghanistans.

Es dauerte nicht lange, dann war Deutschland, was Handel und Hilfe anbelangte, wieder Nummer 3 auf der Liste der afghanischen Partner, diesmal nach der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die die Stelle Großbritanniens als Gegenspieler des nördlichen Nachbarn eingenommen hatten. Für kurze Zeit rückte Deutschland sogar zur Nummer 2 auf, als die Amerikaner verstimmt auf die Paschtunistan-Politik Kabuls reagierten und ihre Hilfe drastisch einschränkten.

Neuerdings hatte Afghanistan mit den USA und der Sowjetunion zwei übermächtige Partner, die versuchten, auf das strategisch immer noch wichtige „Tor nach Indien“ Einfluß zu nehmen. Man wußte in Kabul, daß beide Mächte ihre Wirtschaftshilfe nicht uneigennützig gaben. Beiden ging es sowohl um militärisch-politische Kontrolle wie um die Durchsetzung ihrer Ideologie.

In dieser Situation kam das Freundschaftsangebot Deutschlands gerade recht. Wieder fiel Deutschland die Rolle des ungefährlichen Dritten zu. Die starke politische und entwicklungs-politische Stellung, die Afghanistan Deutschland einräumte, sollte dazu dienen, ein Gegengewicht zum nördlichen Nachbarn zu schaffen, als die Vereinigten Staaten als Gegengewicht zu ihr ausfielen.

Die Gemeinsamkeit der Interessen, die sich damals einstellte, war, wenigstens einige Jahre lang, stärker als die politische Ausrichtung beider Staaten es eigentlich erlaubt hätte. Deutschland war mit den Vereinigten Staaten verbündet und gehörte einem praktisch gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnis an; Afghanistan war ein profiliertes Mitglied der Nichtgebundenen; im Rahmen seiner Neutralitätspolitik sympathisierte es eher mit Moskau als mit Washington, das seinen Gegner Pakistan unterstützte.

Im Mittelpunkt des Interesses Deutschlands an Afghanistan stand die Nichtanerkennung der SBZ, wie die DDR damals noch genannt wurde; außerdem wollte Bonn, in Erfüllung einer westlichen Pflicht, einen wichtigen Anrainer der Sowjetunion gegen die „Ausbreitung des kommunistischen Machtbereichs“ immun machen.

So gab Deutschland großzügig Entwicklungshilfe. Afghanistan rückte zum drittichtigsten Empfänger - hinter den volkreichen Staaten Indien und Ägypten - auf; umgerechnet auf die Bevölkerungszahl nahm Afghanistan über viele Jahre hinweg sogar die erste Position ein.

Diese Vorzugsbehandlung kann nicht allein mit den erwähnten politischen Zielen, auch nicht mit Exportförderung erklärt werden. Es gab weitere Gründe: Afghanistan war in ungewöhnlicher Weise gerade für die deutsche Entwicklungsarbeit offen. Das relativ kleine Land bot Deutschland die Möglichkeit, ein Schaufenster seiner Hilfe einzurichten. Die Deutschen waren beliebt, sie erhielten interessante Positionen. Außerdem kamen die Menschen beider Länder gut miteinander aus, die deutsche Sprache war für ein asiatisches Land ungewöhnlich weit verbreitet.

Die 60er Jahre wurden zur Blütezeit der deutsch-afghanischen Freundschaft. König Zahir Schah besuchte 1962 Deutschland, ein Jahr später kam Präsident Lübke, 1968 Bundeskanzler Kiesinger zu Besuchen nach Kabul. Große kulturelle Projekte, wie Universitätspartnerschaften, der Neubau der deutschsprachigen Schule, sowie Außenposten des Südasieninstituts und des



Deutschen Archäologischen Instituts, wurden verwirklicht, das Paktia-Projekt in Angriff genommen, die deutsch geführten Berufsschulen erweitert. Jeder Zehnte der über hunderttausend Touristen, die auf dem Luft- oder Landweg nach Afghanistan kamen, waren Deutsche. 800 deutsche Experten arbeiteten Ende der 60er Jahre im Land.

### **Schatten und Auflösung**

Das „Handelsblatt“ setzte 1971 einen großen Afghanistanbericht unter die Überschrift: „Afghanistan profitiert von der Konkurrenz zwischen Ost und West; die Bundesrepublik erzielt überraschende Erfolge“.

Zwei Jahre später wählte die Süddeutsche Zeitung die Schlagzeile: „Der große Freund im Norden wird übermächtig“.

Die Sowjetunion war, wegen der geographischen Nähe, des expansiven Charakters ihres politischen Systems, das auf viele afghanische Intellektuelle fortschrittlich wirkte, und der besseren wirtschaftlichen Entwicklung eine viel gefährlichere Bedrohung der Freiheit Afghanistans als die USA, Pakistan oder das Potential des Cento-Vertrags. Ihre Hilfe überschritt um ein Mehrfaches die der westlichen Staaten. Sie umfaßte auch Bereiche, die der Westen nicht abdecken konnte oder wollte: Rüstung und militärische Infrastruktur, massive Hochschulausbildung, Finanzhilfe. Es gehört zur Tragik der jüngsten afghanischen Geschichte, daß Kabul diese Gefahr zwar kannte und sich davor schützen wollte, daß es sie aber weit unterschätzte. Besessen von dem Konflikt mit Pakistan um territoriale Probleme, die die Kolonialzeit hinterlassen hatte, deren Lösung aber keine Dringlichkeit besaß, machte es einen Kompromiß nach dem anderen mit dem Teufel. Die afghanische Führung merkte nicht, daß Moskau längst nicht nur den kleinen Finger, sondern nach und nach mehr als die ganze Hand genommen hatte. Straßen, Fabriken und Siedlungen wurden gebaut; immer mehr junge Afghanen erhielten ihre Ausbildung in Taschkent und Moskau. Schon Ende der 60er Jahre war die Sowjetunion Gläubiger von 80 % aller afghanischen Auslandsschulden. 1974 war die Zahl der sowjetischen Berater auf 1.500 angestiegen. Ausgewogenheit und Standfestigkeit der afghanischen Neutralität gerieten ins Wanken. Man begann sich zu fragen, ob die deutschen Projekte nicht auf Dauer dem sozialistischen Lager zugute kommen würden.

Langsam manövrierte sich Afghanistan in eine Lage, in der es die Hilfe nicht mehr ablehnen konnte, die ihm aufgedrängt wurde. Kritische Hemmschwellen fielen, als Kabul sich „bereit erklärte“, Teile der afghanischen Streitkräfte von der Sowjetunion ausbilden zu lassen; und als eine technische Universität mit sowjetischem Personal und sowjetischen Lehrplänen in Kabul errichtet wurde.

Parallel dazu wurden Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Afghanistan schwächer. Es erwies sich, daß sie in einer Periode, in der die Hoffnungen der Nachkriegszeit in der 3. Welt vom Ost-West-Konflikt überlagert wurden, und Afghanistan in das Kraftfeld verfeindeter Großmächte geriet, wieder nicht stark und nicht realitätsbezogen genug waren, um zwei so unterschiedlichen, nach Werten und Zielen verschiedenen Staaten einen längeren gemeinsamen Weg zu erlauben. Je tiefer Kabul in den Bannkreis der Sowjetunion geriet, desto mehr verlor die deutsche Hilfe ihren politischen Sinn.

Nach der Machtübernahme Dauds 1973 wurde es kühler zwischen Deutschland und Afghanistan. Zunächst nicht aus außenpolitischen Gründen: Deutschland knauserte mit seiner Entwicklungshilfe, weil die Projekte nicht zu einem Ende kamen und zu geringe Erfolge erzielten. Auch auf der anderen Seite wuchs die Kritik. Die deutsche Hilfe erschien vielen Afghanen als zu bürokratisch, zu langsam, von zu schlechter Qualität.

Wenn meine These zutrifft, daß nur eine, wenn auch utopische Gemeinsamkeit von Zielen und Interessen die Basis florierender Beziehungen bildet, so war diese Basis in der Mitte der 70er Jahre dünn geworden. Äußerlich blieb das Verhältnis korrekt; innerlich begann es zu welken.

Daud versuchte zwei Jahre nach seinem Staatsstreich, sich aus der Verstrickung mit Moskau zu lösen. Dafür war es aber zu spät. Er wurde 1978 ermordet, sein Herrschaftssystem gestürzt. Die Sowjetunion begann zunächst ideologisch-politisch, dann militärisch, Afghanistan zu beherrschen. Große Teile der Bevölkerung standen gegen die neuen Machthaber auf. Die Sowjetunion schickte Soldaten und Panzer, die das Land mit Krieg überzogen.

Die deutsche Regierung konnte die Marionetten Moskaus nicht als Partner, geschweige denn als Freunde behandeln. Die Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland ging zu Ende. Mit dem deutschen Botschafter verließen auch Experten, Lehrer und Kaufleute das Land.

In bescheidenem Umfang trat nun an die Stelle der Bundesrepublik als engster europäischer Freund die DDR. Der andere deutsche Staat war schon seit langem ein Objekt der Breschnew-Doktrin geworden, die besagt, daß ein sozialistisches System nicht von „reaktionären“ Kräften beseitigt werden darf. Diese Doktrin und die sowjetische Militärmacht, die hinter ihr stand, erhielt die sozialistischen Regime in Europa am Leben, auch das der DDR. Nun war Afghanistan Opfer dieser Doktrin geworden. Auch in Kabul regierten Kommunisten, die sich auf sowjetische Panzer und Bajonette stützten.

So entstanden in neuer Weise politische Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland, jetzt aber dem anderen Deutschland. Auch sie waren von gemeinsamen Zielen und Interessen getragen, wenn auch in einem pervertierten Sinn und unter dem Druck fremder Herrschaft.

### **Ausblick - Wie kann es weitergehen?**

Niemand kann diese Frage im Augenblick beantworten. Die Bemühungen der Vereinten Nationen, die Einheit des Landes wiederherzustellen, kommen nicht weiter. Nach fünf Jahren Bürgerkrieg erscheint es weniger gewiß denn je, daß Afghanistan in absehbarer Zeit ein Land mit einer Regierung und einer Verwaltung wird.

Selbstverständlich muß auch und gerade in dieser Periode geholfen werden. Aber Deutschland wird nicht mehr in gleicher Weise wie früher bilaterale Hilfe leisten. Von den Gemeinsamkeiten beider Länder blieb nicht viel übrig. Politische Übereinstimmung gibt es nicht mehr.

Die Deutschen und Afghanen, die sich an Freundschaft und Zusammenarbeit früherer Jahrzehnte erinnern, verlassen nach und nach das aktive Leben. Die nachfolgenden Generationen in Deutschland betrachten Afghanistan als eines der Opfer des Ost-West-Konflikts, die den Weg zurück zur Normalität nicht finden können. Kaum jemand versteht noch, was in diesem Lande vor sich geht. Afghanistan ist zum humanitären Problem geworden. Hilfe definiert sich als

Nothilfe. Sie obliegt internationalen Organisationen, vor allem den Vereinten Nationen, sowie nationalen Nichtregierungsorganisationen.

Solange es keine anerkannte politische Ordnung in Afghanistan gibt, könnte offizielle Hilfe einer fremden Regierung, gewollt oder ungewollt, zur Einmischung in die Machtkämpfe werden, die Afghanistan seit dem Rückzug der Sowjetunion zersplittern. Kein westlicher Staat will die Probleme des Landes vergrößern oder den falschen Empfängern helfen. Wahrscheinlich muß man die Frage deutscher Regierungshilfe an einzelne Regionen neu überdenken, falls sich regionale politische Strukturen festigen und ihr staatlicher Charakter von den anderen afghanischen Teileinheiten anerkannt wird.

Wie sind die Aussichten für Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan, wenn es wieder eine afghanische Regierung gibt? Werden sich dann auch wieder nennenswerte politische Beziehungen etablieren?

In den letzten 80 Jahren waren es drei Elemente, die, wenn auch in unterschiedlicher Zusammensetzung, für die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern konstitutiv waren.

Das erste war ein gemeinsames Ziel. In der Ära Hentig-Niedermayer war es die Schwächung des Britischen Weltreichs. Später kamen Probleme beider Länder mit der Sowjetunion dazu. Meist bestand ein Einvernehmen, daß man auf der gleichen Seite stand. Dieses Element wird es so nicht mehr geben. Zwar wird Zentralasien wohl noch lange eine unruhige Weltgegend bleiben. Aber Deutschland hat hier wenig eigene politische, geschweige denn machtpolitische Ziele. Es gibt jedoch neue Gegner, die uns politisch zusammenführen könnten: der Drogenhandel, die internationale Kriminalität, Terrorismus. Das zerrissene Afghanistan steht heute leider, wenigstens zum Teil, auf der anderen Seite der Front. Eine afghanische Regierung, die sich dem internationalen Kampf gegen diese Feinde anschließt, könnte mit Sicherheit auf die Solidarität und die politische Unterstützung Deutschlands und Europas zählen.

Das zweite Element ist der wirtschaftliche Vorteil. Das kommerzielle Element wird auf absehbare Zeit in den deutschen Beziehungen zu Afghanistan keine große Rolle spielen. Natürlich bedarf es zum Wiederaufbau der afghanischen Wirtschaft und Infrastruktur eines gewaltigen Aufwandes. Deutsche Firmen werden daran interessiert sein, sich an Aufbauprojekten zu beteiligen. Aber diese Projekte werden überwiegend auf der Basis von Geschenken, nicht einmal von billigen Krediten, finanziert werden müssen. Ich nehme an, daß dies im wesentlichen mit Hilfe und im Rahmen der Vereinten Nationen, der Weltbank und ähnlicher Institutionen geschieht. Nationale Hilfe wird wichtig bleiben, aber demgegenüber relativ bescheiden ausfallen.

Das dritte Element möchte ich „kulturelles Einverständnis“ nennen. In den deutsch-afghanischen Beziehungen stellte es sich fast von selbst ein, als in Kabul eine Schule nach deutschem Muster arbeitete, afghanische Studenten nach Deutschland geschickt wurden und deutsche Experten nach Afghanistan kamen. Die Hoffnung, Deutschland werde auch kulturell zur Entwicklung des Landes beitragen, wurde von der afghanischen Führungsschicht gebilligt und von beiden Völkern getragen. Der kulturelle Austausch beruhte auf Achtung vor der Religion und der Kultur des anderen.

Kulturelle und menschliche Sympathien bilden noch heute ein lebendiges Element der deutsch-afghanischen Freundschaft. Auf ihm beruht die Hilfsbereitschaft für Afghanistan und die Gastfreundschaft gegenüber den afghanischen Freunden, die in den letzten Jahren nach

Deutschland gekommen sind. Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan in Bochum (6.-7.7.1995) zeugt ebenfalls von der Fortdauer des gegenseitigen kulturellen Interesses. Es zeigt sich auch in der Anhänglichkeit vieler Afghanen, die in ihrem Land geblieben sind und Hilfe von Deutschland erhoffen.

Künftig wird wohl jede afghanische Regierung, sei sie national, sei sie regional, einen konservativen Islam zur Grundlage des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens machen. Das könnte manches von dem in Frage stellen, was in den deutsch-afghanischen Beziehungen während der Jahrzehnte vor 1978 geschaffen worden ist, und auch dazu beitragen, daß die überwiegende Mehrzahl der in Deutschland lebenden Afghanen nicht in die Heimat zurückkehrt.

Die grüne Färbung künftiger afghanischer Regierungen braucht aber kein Hindernis zu sein für die Entwicklung guter politischer Beziehungen. Deutschland und die anderen westlichen Länder müssen sich darauf einstellen, daß viele ihrer Freunde in Asien und Afrika auf Distanz vom westlich-säkularen Gesellschaftsmodell gehen, weil dieses Modell nicht ihrem kulturellen Selbstverständnis entspricht und keine Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme in Aussicht stellt.

Entscheidend für die Qualität künftiger Beziehungen wird dagegen die Beachtung wesentlicher Menschenrechte sein. Dazu gehören Freiheit von Willkür und Folter, ein wirksames Rechtssystem, die Mitwirkung der Bevölkerung am politischen Geschehen, die angemessene Stellung der Frau, eine saubere Verwaltung. Ebenso wichtig ist die Beachtung der Grundregeln des Völkerrechts: Verzicht auf Gewalt für die Lösung politischer Probleme, Minderheitenschutz, Bekämpfung des Drogenanbaus und der internationalen Kriminalität.

Das Außenministerium eines wichtigen europäischen Landes mit alten Bindungen zu Afghanistan hat uns vor einiger Zeit wissen lassen, daß es nicht beabsichtige, seine Botschaft in Kabul wieder zu eröffnen - auch dann nicht, wenn wieder Frieden im Lande herrsche. Afghanistan habe die politische Bedeutung verloren, die es früher in den Augen der Großmächte hatte. Ich glaube nicht, daß Deutschland sich dieser Haltung anschließt. Das deutsch-afghanische Verhältnis ist auch noch nach 17-jähriger Unterbrechung lebendig genug, um die Wiedergeburt guter Beziehungen zu ermöglichen, wenn die Bedingungen eingetreten sind, die ich skizziert habe. Aber die Vorzugsbehandlung, die Deutschland Afghanistan einige Male einräumte, war ein Instrument deutscher machtpolitischer Alleingänge. Sie gehört endgültig der Vergangenheit an.

Dagegen könnte das emotionale Moment in den deutsch-afghanischen Beziehungen wieder aufleben und zu einem wichtigen fördernden Faktor werden, wenn der gemeinsame Kampf gegen die neuen Feinde der Welt - Gewalt, Hunger, Unterentwicklung, soziale Probleme, Terrorismus, internationale Kriminalität - auch zwischen Deutschland und Afghanistan wieder die Gemeinsamkeit der Ziele herstellt, die ein wesentliches Merkmal für echte politische Beziehungen ist.



### 1.3 Deutsch-afghanische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen aus deutscher Sicht

Willy Kraus

Die Thematik „Deutsch-afghanische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen“ drängt sich gewissermaßen auf - denn seit vielen Jahren und Jahrzehnten bestehen so ausgeprägte deutsch-afghanische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen, wie sie intensiver wohl kaum zwischen asiatischen und europäischen Nationen gepflegt worden sind.

Gleichwohl bringt das Thema mich etwas in Verlegenheit: Die Sprache der Wissenschaft ist meist eine nüchterne Sprache. Logik und Rationalität beherrschen die wissenschaftliche Szene. Emotionen und Gefühle gelten als hinderlich. Max Weber sprach von der Entzauberung der Welt durch den Prozeß der Verwissenschaftlichung: der Wissenschaftler stehe im entsagungsvollen Dienst der Ratio. Aber, so möchte ich hinzufügen, er ist schließlich auch Mensch mit Gefühlen, Schwächen, vielleicht auch einigen Stärken. Er soll das eine tun - forschen, suchen, Zusammenhänge erfassen. Aber er kann das andere - fühlen, empfinden, innerlich teilhaben - auch nicht lassen.

Dieses Dilemma taucht auch für mich auf, wenn ich die Frage zu beantworten suche: Was hat denn eigentlich deutsche Wissenschaftler bereits vor vielen Jahrzehnten veranlaßt, sich gerade mit Afghanistan so intensiv zu beschäftigen? Wie kommt es, daß deutsche Wissenschaftler, lange bevor im Jahre 1923 offizielle diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan aufgenommen worden waren, sich diesem über Tausende von Kilometern entfernten Land, seiner Bevölkerung und seiner Kultur zuwandten, während zur gleichen Zeit ihr eigenes Land und die nächsten Nachbarländer auch noch voller offener Probleme waren?

Mir scheint, es war in erster Linie die wissenschaftliche Neugier, die schon im frühen 19. Jahrhundert deutsche Gelehrte veranlaßte, sich mit Afghanistan zu befassen. Die geographische Struktur, die abgeschlossene Lage, die bewegte politische Geschichte und die so überaus reiche kulturelle Vergangenheit mußten einfach das wissenschaftliche Interesse wecken. Es war eben das, was Max Weber Dienst an der Ratio, Mitwirkung bei der Entzauberung der Welt nannte. Aber pure Neugier war nicht alles.

Von jeher geht von Afghanistan eine überaus starke Faszination aus, die uns alle auch heute noch fesselt. Ich kann es nicht besser ausdrücken als mein hochverehrter, verstorbener Kollege und Freund, Ludolph Fischer, der einmal schrieb:<sup>1</sup> „Man weilt in einem Lande, das anfangs fremdartig und unfaßbar erscheint, dann aber bei längerem Aufenthalt Geist und Seele ungemein fesselt, und das schließlich denjenigen, der das Wesen der Menschen und Dinge wirklich zu erfassen versteht, mit einer fast tragischen Unlösbarkeit bindet.“

Wir verfügen über zahlreiche frühe Zeugnisse deutscher Forscher und Forschungsreisender in Afghanistan. Der früheste Bericht stammt offenbar von dem Münchener Johannes Schiltber-

---

1 Fischer, L.: Zur Landes und Volkskunde, in: Mitteilungen des Instituts für Auslandsbeziehungen, 4.Jg., Nr. 9/10, Stuttgart 1934, S. 211

ger,<sup>2</sup> der um 1400 in Herat am Hofe Schah Rukhs, einem Sohne Tamerlans, einige Jahre zugebracht hat. Auch in den nachfolgenden Jahrhunderten tauchen immer wieder Einzelschilderungen und Erlebnisberichte auf, die dann zu Beginn des 19. Jahrhunderts in eine breit angelegte wissenschaftliche Forschung einmünden. Die Bedingungen waren allerdings für Deutsche nicht allzu günstig. Sie konnten zwar auf die bereits vorliegenden zahlreichen englischen und russischen Veröffentlichungen zurückgreifen. Die Landesbeschreibung von Elphinstone wurde bereits 1817 ins Deutsche übersetzt und trug dazu bei, das Interesse an Afghanistan weiter zu wecken. Aber die politische Rivalität in Europa machte es unseren Wissenschaftlern fast unmöglich, Afghanistan persönlich zu bereisen. Selbst Alexander von Humboldt, der im Jahre 1818 mit Unterstützung des Königs von Preußen eine Reise durch den Hindukusch und das Himalaya-Gebiet unternehmen wollte, versagte die Ostindische Kompanie die Erlaubnis zu diesem Vorhaben. Nur dem österreichischen Freiherrn von Hügel gelang es offenbar in den frühen Jahren des 19. Jahrhunderts, auf einer Asienreise auch afghanisches Gebiet zu betreten. Seine geographisch-geologischen Aufzeichnungen, vor allem über das Kabul-Becken, sind wohl die ersten Berichte eines deutschsprachigen Europäers dieser Zeit.<sup>3</sup>

Carl Ritter hat dann mit seiner 1837 in Berlin erschienenen berühmten „Erdkunde von Asien“ einen höchst bedeutsamen Beitrag zur Landeskunde geleistet.<sup>4</sup> Auch Ritter hat Afghanistan nie besuchen können. Aber mit bewundernswerter Gründlichkeit hat er alle erreichbaren Aufzeichnungen von Ptolemäus, den chinesischen buddhistischen Pilgern, von Marco Polo, Ibn Batuta und dem Großen Babur bis hin zu den Veröffentlichungen englischer und russischer Forscher gesammelt und mit wissenschaftlicher Akribie ausgewertet. Ritter befaßt sich mit den Stupas an der Indo-Baktrischen Königsstraße, mit den Statuen und Höhlen von Bamian, mit Balkh, Kunduz und Ghazni. In Deutschland war Ritters Werk jahrzehntelang die wichtigste Landeskunde in deutscher Sprache, und Alexander von Humboldt bezeichnet sie als „eines der größten und herrlichsten Denkmale, welche unsere Zeit der Wissenschaft errichtet hat.“<sup>5</sup>

Ich erwähnte bereits, daß es Alexander von Humboldt 1818 nicht gelang, die Einreiseerlaubnis nach Zentralasien zu erhalten. 1829 beauftragte ihn dann der russische Zar, eine Expedition ins Ural/Altai-Gebiet und ans Kaspische Meer durchzuführen. Aber auch diese Expedition erfüllte nicht seinen so sehnlichen Wunsch, über Teheran und Herat nach Indien zu reisen. Und so stellt er resignierend fest:<sup>6</sup> „Nichts hat mich in meinem Leben mit lebhafterem Bedauern erfüllt, als daß es mir nicht vergönnt gewesen, selbst in jene berühmten Regionen einzudringen.“ Gleichwohl ist sein Werk über Zentralasien, in dem er auch das afghanische Gebiet beschreibt, zu den wichtigsten geographisch-geologischen und klimatologischen Arbeiten über Afghanistan aus jener Zeit zu zählen.

Charakteristisch für die Arbeiten der erwähnten Wissenschaftler ist wohl, daß sie Aufgaben in Angriff nahmen, die wir heute aufgrund unserer starken Spezialisierung nur noch im Team-

---

2 Naumann, K. F. (Hrsg.): Reisen des Johannes Schiltberger aus München in Europa, Asia und Afrika, 1394-1427, München 1859

3 Hügel, K. von: Das Kabulbecken, Wien 1850.

4 Ritter, C.: Die architektonischen Denkmale an der indobaktrischen Königsstraße und die Kolosse von Bamian, Berlin 1838.

5 Humboldt, A. von: Central-Asien, Untersuchungen über die Gebirgsketten und die vergleichende Klimatologie, Berlin 1844, 1. Bd., S. 22.

6 Ebenda, S. 611.

work zu bewältigen vermögen. Ihre breite Allgemeinbildung und ihre vielfältige Beschäftigung mit Fragen auch außerhalb ihres eigentlichen Fachgebietes befähigten sie, eine synoptische Gesamtschau zu vermitteln, zu der ein einzelner heute wohl kaum in der Lage ist. Nachdem durch die Arbeiten von Hügel, Ritters und von Humboldts der zentralasiatische Raum und insbesondere Afghanistan in der Vorstellungswelt deutscher Wissenschaftler konkretere Formen angenommen hatte, wurde auch das Interesse der Vertreter spezieller Fachdisziplinen geweckt. Bereits 1839 befaßte sich Dorn mit der Etymologie und der Grammatik des Paschtu.<sup>7</sup> 1867 führt der zunächst in Indien lebende Missionar und spätere Hochschullehrer Trumpp ethnologische und linguistische Forschungen durch.<sup>8</sup> Die sprachwissenschaftlichen Arbeiten über das Paschtu setzt dann Geiger in den neunziger Jahren weiter fort.<sup>9</sup>

Neben diesen anspruchsvollen wissenschaftlichen Arbeiten erscheinen in Deutschland nun auch populäre landeskundliche Bücher und Aufsätze über Afghanistan. 1865 veröffentlicht der Österreich-Ungar Hermann Vambery ein Buch über seine Reisen durch Mittelasien, die ihn nach Maimana und Herat führen.<sup>10</sup> Vambery schildert besonders anschaulich, wie abenteuerlich und gefahrenvoll solche Reisen damals waren.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Interesse an Afghanistan in Deutschland bereits so stark, daß zahlreiche Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften erschienen, die sich vor allem mit den anglo-afghanischen Kriegen, den innenpolitischen Verhältnissen und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes befaßten. Allen diesen Publikationen ist gemein, daß sie immer wieder auf die ‚liebenswerten Eigenschaften der Bevölkerung‘ verweisen. Von Stein<sup>11</sup> hebt so zum Beispiel in dem 1879 erschienenen Aufsatz „Afghanistan in seiner gegenwärtigen Gestalt“ die Freiheitsliebe des afghanischen Volkes hervor. Er schreibt:<sup>12</sup> „Stolz auf seine individuelle Freiheit und die seines Stammes ist jedem Afghanen eigen und begleitet ihn durchs ganze Leben.“ Chavanne ist in seinem Aufsatz „Afghanistan“ aus dem Jahre 1879 von der Wißbegierde des Volkes beeindruckt:<sup>13</sup> „Die Erziehung der Jugend - so sagt er - ist im Lande weit besser bestellt als in jedem Nachbarstaat. Fast in jedem Dorf oder Lager ist ein Schullehrer, der die Jugend im Schreiben und Lesen unterrichtet.“ Hermann Roskoschny befaßt sich in seinem 1885 erschienenen zweibändigen Werk „Afghanistan und seine Nachbarländer“<sup>14</sup> mit der politischen und staatlichen Entwicklung.

---

7 Dorn, B.: Grammatische Bemerkungen über das Pushtu oder die Sprache der Afghanen, St. Petersburg 1839, Verzeichnis afghanischer Stämme, Wissenschaftl. Veröffentlichung der AK. von St. Petersburg 1839, Nachträge zur Grammatik der afghanischen Sprache, in: Buletia de l'Academie Imp. St. Petersburg, T. 10, 1842

8 Trumpp, E.: Die Verwandtschaftsverhältnisse des Pushtu, in: Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, 20., 10-155, u. 33. S. 1-133, Berlin 1867

9 Geiger, W.: Etymologie und Lautlehre des Afghanischen, in: Abhandlungen der Königlich Bayrischen Akademie der Wissenschaften, München 1894, Bd. 20, S. 167-222; Die Sprache der Afghanen. Das Paschtu, in: Grundriß der Iranischen Philologie, Hrsg. von Geiger, W., u. Kuhn, E., Straßburg 1895-1901, Bd., 1. Abtl. S. 201-230

10 Vambery, H.: Reise in Mittelasien, Leipzig 1865

11 Stein, F. von: Afghanistan in seiner gegenwärtigen Gestalt, in: Putermanns Mitteilungen, Bd. 25, S. 23-28 u. S. 60-64, 1879

12 Ebenda, S. 20

13 Chavanne, J.: Afghanistan, in: Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik, 1. Jg., Leipzig 1879, S. 164

14 Roskoschny, H.: Afghanistan und seine Nachbarländer, 2. Bd. Leipzig 1885



Dieses Werk, reich ausgestattet mit Abbildungen, durch die er Lebensformen der Bevölkerung seinen Lesern näher bringen will, ist heute für jeden Freund Afghanistans eine bibliophile Kostbarkeit. Es scheint das umfangreichste Werk eines Deutschen über Afghanistan zu sein, das im 19. Jahrhundert veröffentlicht wurde.

So besteht also seit dem frühen 19. Jahrhundert ein lebhaftes Interesse an Afghanistan seitens deutscher Wissenschaftler, wenn es auch nur wenigen deutschen Forschern gelang, das Land selbst zu bereisen. Diese wissenschaftlichen Arbeiten im 19. Jahrhundert haben trotz der Verschiedenartigkeit der Interessensgebiete wohl eines gemeinsam: Sie dienen der reinen Forschung; die Frage der praktischen Anwendung wird kaum gestellt. Auch sollte ich besonders betonen, daß sich die in dieser Phase vorsichtig anbahnenden Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen durch die Einstellung und Haltung der afghanischen Bevölkerung sehr erleichtert wurden. Ali Ahmad Popal hat anläßlich des 70jährigen Bestehens der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan darauf hingewiesen, daß die Afghanen als gläubige Moslems keine Extremisten waren. Afghanische Moslems waren stets tolerant, es sei denn, daß man ihren Glauben, ihr Land und ihre Kultur angriff. Ohne diese Toleranz wären die so frühen wie engen Kultur- und Wissenschaftskontakte gar nicht möglich gewesen. „Die Mehrheit der Afghanen würden niemals Andersgläubige belästigen oder überfallen“ - so Ali Ahmad Popal - „Sie erkennen das Lebensrecht jedes Menschen an und respektieren es.“

Um die Jahrhundertwende läuft dann eine ganz neue Phase der Wissenschaftsbeziehungen an. Es beginnt das Wechselspiel zwischen reiner und angewandter Wissenschaft, offenbar stark angeregt durch die Bemühungen König Habibullahs um die Entwicklung des Landes und die Erschließung seiner Ressourcen, die allerdings auch auf Widerstand stieß. Vor allem die Schulreform, die 1904 zur Gründung der ersten Schule mit staatlichem Träger führte, traf auf die erbitterte Opposition der „Mullahs“. Diese konnte dadurch abgemildert werden, daß durch Anstellung indischer Moslems als Lehrer das islamische Element betont wurde.

Im Gesundheitswesen wurden ebenfalls Fortschritte erzielt. Unter Leitung von türkischen Ärzten wurde das erste Hospital errichtet. Der sehnlichste Wunsch Habibullahs, Studenten zur Ausbildung ins Ausland zu schicken, konnte aber erst nach seiner Regierungszeit verwirklicht werden.

Nach behutsamer Konsolidierung dieser Entwicklungsmaßnahmen und insbesondere, nachdem Afghanistan 1919 durch die wiedererlangte außenpolitische Souveränität in die Lage versetzt wird, seine politischen und kulturellen Beziehungen nach eigenem Ermessen selbst zu gestalten, kommen neben deutschen Wissenschaftlern auch zahlreiche deutsche Fachleute ins Land - Architekten, Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Wirtschaftsexperten. 1924 waren rund 150 Deutsche im Auftrag der afghanischen Regierung an der Entwicklung des Landes beteiligt. So beginnt nun jener Prozeß wechselseitiger Einflußnahme von Forschung und praktischer Gestaltung, der für die moderne Welt so charakteristisch ist. Die Forschung schafft die Voraussetzungen zur Durchführung konkreter Vorhaben. Die Bewältigung praktischer Probleme löst neue wissenschaftliche Fragestellungen aus und gibt der Forschung weitere Anstöße.

In dieses Schema passen zwar noch nicht so recht die Ergebnisse der Expedition von Oskar von Niedermayer<sup>15</sup> und Werner Otto von Hentig<sup>16</sup> im Jahre 1915, die weitere geographische, geologische, ethnologische und kunsthistorische Erkenntnisse brachten. Aber auch diese Gruppe kam bereits mit konkreten Zielsetzungen ins Land, die nicht nur der reinen Forschung dienen sollten, sondern weit mehr politischer Natur waren.

Auch können wir nicht übersehen, daß die „Niedermayer-Hentig-Mission“ trotz ihres politischen Fehlschlages in Afghanistan über viele Jahre hinweg große Sympathien für Deutschland geweckt hat, wurde doch dieses Unternehmen weiterhin so gedeutet, daß sich eine christliche Macht in Europa nicht nur an der Kolonisierung und Unterwerfung der Moslems beteiligte, sondern daß sie sogar als Verbündeter auftrat. Das hat natürlich auch dazu beigetragen, daß in besonderem Maße deutsche Experten ins Land geholt wurden.

Ich erwähnte bereits die entwicklungspolitischen Bemühungen Afghanistans seit den zwanziger Jahren. So sind die Zielsetzungen der in diesem Rahmen in Afghanistan tätigen deutschen Wissenschaftler sehr pragmatisch ausgerichtet. Emil Trinkler reist als Geologe in Diensten der 1923 gegründeten deutsch-afghanischen Handelsgesellschaft nach Afghanistan und führt zusammen mit seinen Begleitern geologische, geographische und klimatologische Untersuchungen durch.<sup>17</sup>

Der Geologe Herbordt erkundete die Erzlagerstätten des Landes.<sup>18</sup> Platzmann untersucht die Möglichkeiten der Industrie- und Verkehrsentwicklung.<sup>19</sup> Richard Niedermayer beschäftigt sich mit dem afghanischen Bewässerungswesen<sup>20</sup> Brückl verfaßte eine Geologie von

---

15 Niedermayer, O. von: Wissenschaftl. Ergebnisse der dt. Afghanistan-Expedition, in: Der Neue Orient, Jg. 1, Berlin 1917/18, S. 214-216; Persien und Afghanistan, in: Handbuch der geogr. Wissenschaft, Bd. Vorder- und Südasien, Potsdam 1937, S. 63-125; Ders. und Diez, E.: Afghanistan, Leipzig 1924

16 Hentig, W.O. von: Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land, Berlin 1918

17 Alle folgenden Titel von Trinkler, E.: Afghanistan, eine landeskundliche Studie aufgrund des vorhandenen Materials und eigener Beobachtungen, in: Petermanns Mitt. 1928, Erg.-H. 106. Afghanistan, Land und Leute, in: Mitteilungen der Geogr. Gesellschaft, München 1926, 19, S. 130-142. Bericht über die geographischen Ergebnisse einer Expedition nach Zentralasien 1927-1928, Deutscher Geographentag, Magdeburg 1928, Breslau 1930, S.71-83. Vorläufiger Bericht über die wissenschaftlichen Ereignisse meiner Reise in Afghanistan von Herat nach Kabul durchs Hasaragat-Hochland, in: Mitteilungen der Geogr. Gesellschaft, München 1924, 17, S. 275-278. Die geologisch-morphologische Entwicklungsgeschichte des südwestlichen Zentralasiens, in: Petermanns Mitt., Bd. 62, 1926, S 3-4, S. 49-52. Im Land der Stürme, mit Yak- und Kamelkarawanen durch Innerasien; Leipzig 1930. Quer durch Afghanistan nach Indien, Berlin 1925; Aus dem westlichen Teil des afghanischen Hindukusch, in: Petermanns Mitt., Bd. 71, 1925. S. 117-118 u. Jg. 72, 1926. Der bisherige Verlauf sowie die wissenschaftlichen Ergebnisse meiner Zentralasien-Expedition (1927/28), in: Petermanns Mitt., Bd. 74, 1928, S. 276-279

18 Alle folgenden Titel von Herbordt, O.: Über nutzbare Lagerstätten in Afghanistan, in: Zeitschrift für praktische Geologie, Halle, Bd. 33, S. 193-198. Geographisch-Geologisches aus dem Hindukuschrandgebiet in Afghanistan, in: Petermanns Mitt., Bd. 77, 1931, H. 11-12, S. 289-292. Eine Reise nach Dar-i-Nur im Nordosten Afghanistans, in: Petermanns Mitt., Bd. 72, 1926, S. 206-208. Reisebeobachtungen am Nordhang des Safid-Kuh-Gebirges in Ost-Afghanistan, in: Petermanns Mitt., Bd. 76, 1930 H. 5-6, S. 134-136.

19 Platzmann, C.R.: Afghanistan - Die ersten Versuche einer industriellen Erschließung, in: Wirtschaftsdienst, 12. Jg., S. 875-678, 1927. Ders.: Afghanistan - Der Verkehr, in: Wirtschaftsdienst, 11. Jg., S. 1493 bis 1494, 1926.

20 Niedermayer, R.: Das afghanische Bewässerungswesen. Diss. Danzig 1926

Badakhschan.<sup>21</sup> Voigt und Iven erarbeiteten eine Klimatologie von Kabul.<sup>22, 23</sup> Diese Aufzählung bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus der Fülle der Arbeiten dieser Jahre.

In die Phase pragmatisch orientierter Afghanistan-Forschung ist wohl auch die deutsche Hindukusch-Expedition des Jahres 1935 einzuordnen. Diese von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ausgerüstete Expedition war meines Wissens wohl das erste multi- und interdisziplinäre Forschungsprojekt, dem die Aufgabe zufiel, eine größere Region möglichst in ihrer Gesamtheit zu erfassen. In dem 1937 erschienenen Gesamtbericht heißt es:<sup>24</sup> „Die Expedition hatte sich von vornherein nicht auf eine enge Aufgabe eingestellt, sondern sie hat neben ihren Sammlungen auf agrar-botanischem Gebiet auch die klimatischen, geographischen, anthropologischen und Sprachverhältnisse in einem Teil der von ihr bereisten Landschaft studiert, um so - auf breiter Basis arbeitend - Einblicke in die gegebenen Natur- und Kulturverhältnisse zu gewinnen.“ Man kann heute sagen, daß die Lösung dieser Aufgabe glänzend gelungen ist, nicht zuletzt auch deshalb, weil die afghanische Regierung in großzügiger Weise das Vorhaben der Forscher durch Bereitstellung von Führern, Dolmetschern und Begleitpersonal unterstützte.

Auch das Wirken deutscher Ärzte, die seit den zwanziger Jahren in Afghanistan tätig waren, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Neben ihrer ärztlichen Praxis und dem Aufbau eines öffentlichen Gesundheitsdienstes führten sie zusätzlich noch wissenschaftliche Untersuchungen durch. Hier möchte ich vor allem den deutschen Gesandtschaftsarzt Dr. Pauschardt nennen, dessen ehrenvolles Andenken - wie mir versichert wurde - lange Zeit bewahrt worden ist. Ich denke weiter an Prof. Ludolph Fischer, der neben seiner praktischen Tätigkeit krankheitsgeographische und geomeditzinsche Probleme des Landes bearbeitet hat.

Charakteristisch für diese Phase ist auch die Aufnahme eines regelmäßigen Flugdienstes nach Kabul durch die Deutsche Lufthansa im Jahre 1938. Er war erst möglich, nachdem durch entsprechende geographische und klimatologische Erkundung die erforderliche Flugsicherheit gegeben war.

Diese Phase afghanisch-deutscher Wissenschaftsbeziehungen findet durch den Zweiten Weltkrieg einen jähen Abschluß. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die stark pragmatisch ausgerichtete Forschung weitgehend durch die Initiative einzelner Forscher oder durch einzelne wissenschaftliche Organisationen getragen wird. Gleichwohl hat sie wohl recht wirksam die afghanischen Entwicklungsbemühungen auf fast allen Gebieten unterstützt, und zwar zu einer Zeit, in der weltweit von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik noch kaum die Rede war. Bereits im Jahre 1928 erscheint in Leipzig eine Dissertation unter dem Titel „Der Anteil Deutschlands an der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans“.

---

21 Brückl, K.: Über die Geologie von Badakhschan und Kataghan, in: Neues Jahrbuch für Mineralogie und Paläontologie, Stuttgart, Bd. 74, S. 360-401. Ders.: Die Minerallagerstätten von Ost-Afghanistan, in: Neues Jahrbuch für Mineralogie und Paläontologie, Stuttgart, Bd. 72, S. 1-97, 1936

22 Iven, H.-E.: Das Klima von Kabul, Diss. Halle 1938

23 Voigt, M.: Kafiristan, Versuch einer Landeskunde aufgrund einer Reise im Jahre 1928, Diss. Halle-Wittenberg 1938.

24 Scheibe, A. (Hrsg.): Deutsche im Hindukusch, Bericht der Deutschen Hindukusch-Expedition, Berlin 1937, S. 6.

Unter dem Druck der Alliierten mußte Afghanistan 1941 die im Lande tätigen Deutschen ausweisen. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß sich die Afghanen während des letzten Krieges hartnäckig gewehrt haben, der Forderung der Alliierten nachzukommen, die in Afghanistan tätigen Deutschen zu internieren bzw. auszuliefern. Sie haben schließlich durchsetzen können, daß nach einer geradezu rührenden Verabschiedung in Jalalabad den Deutschen freies Geleit in ihre Heimat gewährt worden ist. Ich glaube, dies war wohl im letzten Weltkrieg ein geradezu einmaliger Fall.

Die freundschaftlichen Bande zwischen beiden Völkern wurden durch die Kriegereignisse nicht zerrissen. Als sich in den 50er Jahren Industrienationen entschlossen, planmäßig und weltweit Entwicklungsländer bei ihrem Wirtschaftsaufbau zu unterstützen, wurde auch eine neue Phase der Wissenschaftsbeziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Afghanistan wird nicht nur zu einem Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfe, sondern auch zu einem der Hauptarbeitsgebiete der deutschen Wissenschaft in Asien.

Praktische Maßnahmen und wissenschaftliche Forschung gehen Hand in Hand und dienen der Gesamtentwicklung des Landes. Die Beratergruppe im Planungsministerium unter der Leitung von Hendrikson macht praktische Vorschläge und fertigt wissenschaftliche Gutachten an. Eine Fülle von Untersuchungen dieser Beratergruppe, die speziell auf die Entwicklung Afghanistans abgestellt sind, charakterisieren doch sehr deutlich diese neue Phase. Die deutsche geologische Mission arbeitet in der gleichen Richtung. Stellvertretend für alle Mitarbeiter dieser Mission möchte ich Kaefer und Ganss<sup>25</sup> anführen, die eine beträchtliche Zahl von Publikationen aus ihrer Tätigkeit in Afghanistan aufzuweisen haben. Die deutsche Wasserwirtschaftsgruppe unter Birkenberger erarbeitet ein gewässerkundliches Jahrbuch des Kabulgebietes.

Deutsche Ärzte leisten nicht nur Hilfe beim Aufbau der Gesundheitseinrichtungen, sondern sind auch um die Forschung bemüht. Deutsche Ingenieure, Techniker und Wirtschaftsexperten wirken im gleichen Sinne bei der Durchführung der Industrialisierungspläne. Dasselbe Anliegen - Mitwirkung bei der Entwicklung des Landes - ist in der Geographie erkennbar, dem wohl traditionsreichsten Forschungsgebiet deutscher Wissenschaftler in Afghanistan. Seit 1954 führt Rathjens unter Einbeziehung kulturgeographischer Aspekte geomorphologische Untersuchungen durch.

Gerade die Tätigkeit der Geographen veranlaßt mich, eine weitere vierte Phase der afghanisch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen herauszustellen, die ich als die Phase der engen und planmäßigen Kooperation bezeichnen möchte. Ich meine hiermit die zunehmende Zusammenarbeit deutscher und afghanischer Wissenschaftler auf zahlreichen Gebieten der Forschung und Lehre. Bei meinem Versuch, die Wissenschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern aufzugliedern und zu gruppieren, könnte nun leicht der Eindruck entstehen, daß sich eine Phase nahtlos an die vorhergehende anschließt. Das ist sicherlich nicht der Fall. Präzise Abgrenzungen - besonders solche zeitlicher Art - sind schon wegen der großen Überschneidungen nicht möglich. Und so sehe ich die ersten Ansätze für diese vierte Phase auch bereits in

---

25 Die wissenschaftlichen Veröffentlichungen zwischen 1945 und 1967 sind weithin enthalten in: „Bibliographie der Afghanistan Literatur 1945-1967“. hrsg. vom deutschen Orient-Institut (Deutsche Orient-Stiftung) und der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan sowie dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum.

den 20er Jahren. 1921 sandte die afghanische Regierung erstmals eine Gruppe junger Leute zur Ausbildung an Schulen und Universitäten nach Deutschland. Auch die Gründung der Nedjat-Oberrealschule im Jahre 1924 hat nicht nur die kulturellen Beziehungen und freundschaftliche Verbundenheit zwischen beiden Völkern zum Ausdruck gebracht, sondern auch viel zur wissenschaftlichen Kooperation beigetragen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Gründung des Goethe-Instituts im Jahre 1966 verweisen. Ich denke ferner an die vielen deutschen Wissenschaftler, die vor und nach dem Kriege in enger Zusammenarbeit mit afghanischen Kollegen an der Universität Kabul gearbeitet haben.

Ich möchte hier besonders die Botaniker Volk und Neubauer, die Ethnologen Snoy und Kussmaul und den Geographen Helmut Hahn nennen, der mit seinem zweibändigen Werk über die Stadt Kabul und ihr Umland die erste detaillierte sozialgeographische Aufnahme vorgelegt hat, die in Afghanistan vorgenommen wurde. Auch hat Hahn maßgeblich dazu beigetragen, daß die Universitäten Kabul, Köln, Bonn und Bochum sich zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Natur- und Wirtschaftswissenschaften zusammenfanden.

Ich beabsichtige nicht auf Einzelheiten der Partnerschaftsverträge und ihrer Durchführung einzugehen, zumal sich Herr Kollege Sharaf damit noch befassen wird. In diesem Zusammenhang scheint mir dagegen der Hinweis wichtig zu sein, daß die im Rahmen dieser Partnerschaften bestehende enge Kooperation zwischen afghanischen und deutschen Wissenschaftlern wohl eine wesentliche Bereicherung der kulturellen Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland gebracht hat. Denn nunmehr standen afghanische und deutsche Gelehrte Tag für Tag in Forschung und Lehre in engem Kontakt. Sie dienten gemeinsam der Wissenschaft. Sie wurden gemeinsam mit den Problemen ihrer Fachdisziplin und der Grenzgebiete befaßt. Und schließlich wurden auf diesem Wege auch enge persönliche Beziehungen hergestellt, die das gegenseitige Verstehen förderten oder zu persönlichen Freundschaften führten.

Die Universitätspartnerschaften haben zur wissenschaftlichen Kooperation auch dadurch einen wichtigen Beitrag geleistet, daß sie den gegenseitigen Austausch von Gastprofessoren eingeleitet haben. Auf diese Weise sind weitere enge Kontakte zwischen der Universität Kabul und zahlreichen deutschen Hochschulen und Hochschullehrern geschaffen worden. Auch muß ich in diesem Zusammenhang erwähnen, daß eine ganze Reihe von Afghanen, deren akademische Aus- und Weiterbildung stark durch die Partnerschaftsbeziehungen geprägt oder beeinflußt worden sind, führende Positionen und Aufgaben in Afghanistan übernommen haben.

Unter dem Gesichtspunkt einer engen Zusammenarbeit von afghanischen und deutschen Wissenschaftlern wurde 1966 die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan gegründet. In dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich in Deutschland fast alle Persönlichkeiten zusammengeschlossen, die längere Zeit in Afghanistan tätig waren und auch weiterhin nach ihrer Rückkehr an den Geschichten des Landes lebhaft Anteil nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft sieht es als ihre vornehmste Aufgabe an, den deutsch-afghanischen Dialog zu pflegen, gemeinsame Tagungen und Symposien zu veranstalten, gemeinsame Forschungsprojekte durchzuführen und ständigen wissenschaftlichen Austausch anzuregen. Unsere erste gemeinsame Tagung wurde im Sommer 1967 in Bochum durchgeführt, an der zu unserer Freude auch afghanische Kollegen teilgenommen haben. Diese Tagung hat wohl allen Teilnehmern sehr deutlich zu zeigen vermocht, wie fruchtbar sich Grundlagenforschung und angewandte Forschung zu ergänzen vermögen.

In diesem Zusammenhang muß ich auch das Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik erwähnen, den Hauptträger der Partnerschaftsbeziehungen mit der Universität Kabul. Obwohl unsere Leute nach der Errichtung des Kommunistischen Regimes in Afghanistan aus der Universität Kabul herausgeflogen und durch DDR-Genossen der Humboldt-Universität in Berlin - der DDR-Kaderschmiede - ersetzt wurden, hat das Institut das Banner der Partnerschaft weiter hochgehalten und auf bessere Zeiten gehofft, dies mit Erfolg. Das Institut steht also „Gewehr bei Fuß“, um sein erfolgreiches Engagement in Afghanistan fortzusetzen, wenn die Verhältnisse dies zulassen werden.

In Bochum befindet sich auch das Deutsche Afghanistan-Archiv, eine große und umfassende Sammlung von Texten und Dokumenten aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Ferner ist im Institut eine umfangreiche Afghanistan-Bibliographie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Orient-Stiftung in Hamburg fertiggestellt worden, die das internationale Schrifttum über Afghanistan von 1945 an zu erfassen suchte.

Durch die Initiative René Königs wurde auch eine Schriftenreihe „Afghanische Studien“ ins Leben gerufen, in der zahlreiche Bände aus den verschiedensten Wissenschaftsgebieten erschienen sind. Diese Reihe hat unsere Erwartungen erfüllt, indem sie - wie René König in seinem Vorwort erhofft hat - einen Beitrag zur Vertiefung und Festigung der deutsch-afghanischen Freundschaft geleistet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der mir zur Verfügung stehenden Zeit war es mir nur möglich, in kurzen, groben Zügen die Entwicklung der Wissenschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu skizzieren. Die von mir gesetzten Zäsuren durch Abgrenzung einzelner Phasen sind sicherlich recht willkürlich. Aber unbeschadet der Fragwürdigkeit einer solchen Periodisierung zeigt der chronologische Ablauf unserer Wissenschaftsbeziehungen, wie aus kleinen Anfängen heraus immer stärker die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Erscheinung tritt. Nicht nur die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser überzeugenden Kooperation beglücken uns. Wir sehen auch, wieviel zum gegenseitigen Verständnis und zur gegenseitigen Achtung auf diese Weise beigetragen wurde. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Worte von Popal. Er schrieb:<sup>26</sup> „Die Freundschaft auf geistiger und kultureller Grundlage ist von längerer Dauer als eine solche, die aus rein politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschlossen wird.“

In diesem Sinne sollten wir auch in die Zukunft sehen. Die deutsch-afghanische Freundschaft fußt nicht auf opportunistischen Überlegungen hinsichtlich Macht und Einfluß in Afghanistan. Sie ist nicht durch wirtschaftliche und politische Raisonnements oder Interessen irgendwelcher Gruppen oder Cliques entstanden. Wir haben uns gegenseitig - von Mensch zu Mensch - einfach gemocht. Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung, um gemeinsam eine noch ungewisse, aber keineswegs hoffnungslose Zukunft zu meistern.

So sollten wir uns aus deutscher Sicht nicht nur der zurückliegenden engen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen bewußt werden, sondern auch Überlegungen anstellen, was nun in Zukunft zu geschehen hat. Die über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg gesammelten Erfahrungen bieten offenbar viele Anknüpfungspunkte für die zukünftige Gestaltung der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen.

---

26 Popal, A.A.: Eine historische Übersicht über die deutsche Kulturarbeit in Afghanistan, in Zeitschrift für Kulturaustausch, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, H.1, Jg. 16, 1966, S. 16.

Führen wir uns doch vor Augen, daß die deutsch-afghanische Partnerschaft eine erstaunliche Kontinuität aufweist. Über alle Wirren und Veränderungen hinweg hat sie unverbrüchlich bestanden. Der Bürgerkrieg des Jahres 1929 hat sie nicht zu unterbrechen vermocht. Den nachfolgenden Dynastiewechsel hat sie ohne Beschwerden überstanden. Im Verlauf des 2. Weltkrieges geriet sie zwar ins Stocken, aber nach Beendigung des Kriegs wurde sie bereits vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wieder fortgesetzt. Der Sturz der Monarchie im Jahre 1973 hat der partnerschaftlichen Zusammenarbeit wenig anhaben können. Während des Daoud-Regimes lief im Prinzip alles so weiter wie bisher. Um so abrupte sind dann die deutsch-afghanischen Beziehungen durch den kommunistischen Umsturz und durch den Einmarsch der Sowjetunion zum Erliegen gekommen. Ohne den nachfolgenden Bürgerkrieg wären sie mit Sicherheit wieder in vollem Umfang zu neuem Leben erweckt und ausgeweitet worden. Wir können nur hoffen, daß dieses bezaubernde Land Afghanistan und seine liebenswerte Bevölkerung bald zur Ruhe kommen werden.

Alle, die an einer Fortsetzung der alten wie bewährten Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen interessiert sind, werden allerdings nunmehr die gewaltigen geistigen und auch räumlichen Veränderungen in Afghanistan zu berücksichtigen haben. Ein großer Teil der führenden Schichten und der Intellektuellen befindet sich im Ausland. Im Lande selbst sind neue kampferprobte Schichten herangewachsen, die mit großer Wahrscheinlichkeit betonen werden, daß sie den anstehenden Aufgaben besser gewachsen sind als ihre Vorgänger. Auch ist das Land inzwischen von einem dichten Netz von Kampfkommandanten, also von kleinen und großen Warlords überzogen worden, verbunden mit entsprechenden Einflußgebieten.

Zudem haben die Flüchtlingsströme die urbane Struktur ganz erheblich abgeändert. Bildete früher Kabul das kulturelle, geistige Zentrum Afghanistans mit der einzigen Universität des Landes, wenn man von der Medizinischen Fakultät in Jalalabad absieht, so hat sich dieses Bild bereits erheblich geändert. Und dies nicht nur durch die weitgehende Zerstörung Kabuls. Offenbar sind nunmehr Herat, Mazar-i-Sharif und Jalalabad im Begriff, Mittelpunkt einer föderalen Neugliederung, verbunden mit neuen geistigen Zentren bzw. Universitäten, zu werden. Wenn dies zutrifft, dann werden auch die zukünftigen deutsch-afghanischen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen eine neue Richtung erhalten, ohne dadurch Einbußen an Qualität und Intensität erleiden zu müssen.

## 1.4 Bildungspolitische Experimente in Afghanistan unter sowjetischem Einfluß

Abdul Wahed Sarabi

Nach dem Staatsstreich im April 1978 (im folgenden Revolution genannt) begann der Versuch, Änderungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens in der afghanischen Gesellschaft vorzunehmen.

Das Bemühen um die Umwandlung und Revolutionierung der Lebenskonzeptionen einer agrarischen, zum Teil mittelalterlichen Gesellschaft von heute auf morgen zu einer postkapitalistischen, sozialistischen Gesellschaft in sämtlichen Bereichen des Lebens war falsch und utopisch. Die Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Zieles unternommen wurden, waren im Grunde genommen für die Modernisierung der Gesellschaft nicht abzulehnen, wie z.B. die Bodenreform, die Gewährung von Frauenrechten, die Abschaffung von Wucherzinsen und der Kampf gegen Analphabetentum; sie waren es auch deswegen nicht, weil sie nicht neu waren. Grundfalsch und absolut abzulehnen war die Art und Weise der Durchführung dieser Maßnahmen.

Anfangs, während der Jahre 1978-79, fanden die Regime Taraki und Amin keine Zeit, grundlegende bildungspolitische Schritte zu unternehmen. Man begnügte sich damit, sich selbst und die Bevölkerung mit Versprechungen für die Zukunft und mit politischen Parolen zu begeistern. Amin war früher selbst Direktor in der damals einzigen Lehrerausbildungsschule des ganzen Landes und später auch Mitarbeiter im Institute of Education der Universität Kabul gewesen. Dadurch hatte er weitreichende Bekanntschaften und Verbindungen mit Lehrern überall im ganzen Land. In der Zeit von Sardar Daoud, einem Vetter von König Zahir Schah und der erste Begründer der Republik Afghanistan, waren die mit dem Kommunismus sympathisierenden Lehrer in den Schulen nicht nur etabliert, sondern gewannen noch zusätzlich ständig Verstärkung und Einfluß in den Schulen wie auch in den Dorfgemeinschaften. So wurden die Woluswals, die Leiter der Kreise und Bezirke in den Provinzen des Landes, zum großen Teil aus dem Kreise der Lehrerschaft ausgewählt.

Zur Zeit von Taraki und Amin wurden die Schulen und die Schüler überall als Mittel für Propaganda und Begeisterungsdemonstrationen der Revolution eingesetzt. Taraki und Amin sowie andere führende Parteifunktionäre hatten persönlich keine genügenden Kenntnisse von der breiten Masse der Bevölkerung, um eventuelle zukünftige Gegner des Regimes zu erkennen und zu beseitigen. Aber sie waren fest entschlossen, ihre Gegner zu vernichten. So benötigten sie Helfer und Helfershelfer, um diese zu identifizieren. Ein Teil der Lehrer und der Schüler waren begeisterten Anhänger der Revolution und wurden als Informanten und Spitzel benutzt. Es wird behauptet, daß eine Vielzahl der Persönlichkeiten aus der breiten Masse der Bevölkerung durch solche Leute den Henkern des Regimes ausgeliefert wurde. Ein jeder (wie ein afghanischer Ausdruck besagt), der ein ausreichendes Abendbrot besaß und nicht demonstrativ begeisterter Anhänger des Regimes war oder aus anderen - wie z.B. ideologischen oder ethnischen - Gründen von Taraki und Amin nicht erwünscht war, wurde als feudales und anti-revolutionäres Element eliminiert.



Die Mädchenschulen in der Stadt Kabul konkurrierten gegeneinander nicht mit Kenntnissen aus den Schulfächern, sondern mit Gruppentänzen und Gesängen vor Fernsehkameras. Diese wurden von einem großen Teil der Familien als moralisch anstößig und traditionswidrig empfunden. Sowohl in den Schulen der Knaben als auch in den Mädchenschulen verlor der normale Schulunterricht seine vorrangige Bedeutung. Dienstbereitschaft für die Revolution und die Partei wurde praktisch als oberstes Ziel in den Schulen betrachtet.

Schon in der Zeit von Taraki und Amin nahm die Zahl der sowjetischen Berater, wie in allen übrigen Bereichen, auch im Bildungswesen ständig zu. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan wurden Universitäten und Schulen zu Widerstandszentren gegen die Sowjetaggressoren und das Regime. Obwohl die Bildungsstätten des Landes in der Zeit von Taraki und Amin immense und nicht ersetzbare Verluste an führenden Kräften erlitten hatten, demonstrierte man nun in diesen Bildungsstätten tapfer und entschlossen gegen die Sowjets und das Regime. Viele Professoren, Dozenten, Lehrer, Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler wurden verhaftet oder verließen das Land. Ich erlebte zum ersten Mal, daß auch Frauen in Afghanistan in großer Zahl als politische Gefangene festgenommen, eingesperrt und gefoltert wurden.

Im Jahre 1980 wurden um 2.000 Stipendien für das Studium in der Sowjetunion angeboten und gewährt. Sehr viele Studentinnen und Studenten und auch Schüler, die die Kriterien zur Zulassung zum Auslandsstudium erfüllt hatten, lehnten aus Protest die Annahme des Stipendiums für ein Studium in der Sowjetunion ab und demonstrierten so ihren Widerstand gegen das Regime, obwohl sie sich bewußt waren, daß sie sonst keine Chance zum Auslandsstudium haben würden.

Während der sogenannten zweiten Phase der Saurrevolution begann man dann mit der Hilfe und unter dem Einfluß der sowjetischen Berater grundlegende Änderungen im Bildungswesen einzuführen. Ideologische Erziehung nach dem Vorbild der Sowjetunion wurde das Hauptziel. Die Anzahl der Stunden für den Religionsunterricht in den Schulen wurde reduziert. Ein neues Unterrichtsfach unter dem Namen „Politischer Unterricht“ wurde eingeführt. Der Stoff dieses Unterrichts bestand aus marxistisch-leninistischer Philosophie und wurde für alle Studenten als obligatorisches Pflichtfach eingeführt.

Anfangs galt in den Schulen der Lehrer für den politischen Unterricht als einflußreichste Person. Später schuf man einen neuen Posten unter dem Namen „Vizedirektor oder Vizeschulleiter für Erziehung“, dessen Aufgabe die Überwachung der ideologischen und politischen Ausbildung in den Schulen wurde. In der Universität sollte der Vizerektor für Erziehung und Bildung diese Funktion innehaben. Auch die Jugendorganisationen wurden in jeder Schule nach dem Vorbild von Komsomol aktiv.

Das Lehrprogramm und damit auch der Inhalt des Lehrstoffes sollte aktualisiert, vervollständigt und dementsprechend neue Schulbücher geschrieben werden.

Dabei war es evident, daß der Inhalt des Lehrstoffes für Geschichte und einige andere Fächer neu bearbeitet und der herrschenden Gesellschaftskonzeption der Volkspartei angepaßt werden mußten. Die Konsequenzen dieser Maßnahme waren, daß die alten Bücher nicht mehr neu gedruckt und deshalb knapp wurden. Wegen der schlechten Wirtschaftslage und der Mittelknappheit konnte man so schnell keine neuen Schulbücher zur Verfügung stellen. Die Bücher wurden mit Hilfe sowjetischer Berater, tadschikischer Dolmetscher und selbstverständlich

afghanischer Lehrer verfaßt. Deshalb waren am Anfang einige Bücher wegen der tadschikisch-persischen Übersetzung etwas schwer verständlich.

Es ist zu erwähnen, daß auch mehr als 80 Bücher für das Polytechnikum und andere Hochschulinstitutionen in Persisch und Pashtu übersetzt und in Moskau redigiert und gedruckt wurden. Die Übersetzer dieser Bücher waren - soweit mir bekannt ist - durchweg Afghanen.

Auf dem Lande, wo die Regierung von Kabul nicht so einen großen Einfluß hatte, war die Situation eine andere. In der zentralen Region des Landes, in Hazarad-jat, waren von Anfang an weniger Schulen gegründet worden. Sie wurden auch deswegen nicht zerstört und waren weitgehend in Betrieb, weil die lokale Bevölkerung diese Schulen aus eigenen Mitteln gebaut hatte. Die ehemaligen ortsansässigen Lehrer und die Studenten, die aus Haß oder Angst vor dem Militärdienst aus den Städten auf das Land geflohen waren, hielten den Schulbetrieb in Gang. Zuerst begnügte man sich mit den wenigen alten Büchern und Manuskripten. Als es nur noch die neuen Bücher gab, griff man auf die alten, seit Jahrhunderten in den Dorfschulen und im Madrasas gebräuchlichen Bücher der traditionellen Schulen zurück, womit auch die Mullahs unterrichteten. Wo immer es möglich war, hatte man versucht, Schulbücher, wenn auch in geringer Zahl, aus dem Iran einzuführen, die ohnehin in persischer Sprache abgefaßt waren. Über die Konsequenzen dieses Vorgehens brauche ich nicht viel zu sagen.

Ausgehend von der Idee, daß der Arbeiter in der Zukunft der tragende Pfeiler der Gesellschaft sein würde, dachte man an seine Ausbildung. Zu diesem Zweck wurde ein neuer Schultyp eingeführt. Dieser Typ wurde „Technische Berufsschule“ genannt. Die Schulzeit dauerte zwei Jahre; es wurden Absolventen der Volksschulen aufgenommen oder auch Bewerber, die nur lesen und schreiben konnten, ungeachtet dessen, ob sie eine moderne Schule besucht hatten oder nicht. Die Absolventen dieser Schulen wurden als Vorarbeiter in den Betrieben angestellt. In diesen Schulen wurde zum ersten Mal in Afghanistan Schule und Arbeit kombiniert und komplementär zueinander als Einheit im Unterricht praktiziert. Einige dieser Schulen wurden direkt an Betriebe angeschlossen, z.B. an solche aus den Sektoren Landwirtschaft, Metallbe- und -verarbeitung, Bauwirtschaft etc.

Vor dem Staatsstreich von Taraki und Amin gab es zwei Technika und mehrere technische Schulen mit zwölfjährigem Ausbildungsgang im Land. Ein Technikum ist eine Fachschule mit 14 Schuljahren. Eine technische Schule mit 12-jährigem Unterricht wird dem Lyzeum gleichgestellt. Die auf 10 Schuljahre ausgelegte technische Schule in Kabul, die mit Hilfe der USA gegründet und betrieben wurde, wurde nach der Revolution aufgelöst, was wirklich ein großer Verlust war. In den Räumlichkeiten der Schule wurde die erste technische Berufsschule gegründet. Später wurde auch das Ministerium für Hoch- und Fachhochschulwesen dort untergebracht.

Die Industrieverwaltungsschule, die mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war, wurde zu einem Technikum umgewandelt und degradiert. Vorher war sie auch als Fachschule einer Fakultät gleichgestellt.

Großes Unheil richtete die automatische Höherstufung in allen Bereichen des Bildungswesens bis hin zur Universität an. Ein Student oder ein Schüler, der freiwillig zum Militärdienst ging oder sonst für längere Zeit mit Aufgaben außerhalb der normalen Schulpflicht beauftragt wurde, konnte automatisch, d.h. ohne Prüfungen abzulegen, in eine höhere Klasse oder einen höheren Jahrgang versetzt werden.

In den 60er Jahren wurde an der Universität und in den 70er Jahren an den Fachschulen und Gymnasien eine Aufnahmeprüfung eingeführt. In der sogenannten zweiten Phase der Saurrevolution trat eine neue Bestimmung für die Immatrikulation in Kraft. Laut dieser Bestimmung sollten 30% der Immatrikulanten von der Aufnahmeprüfung befreit sein. Die Nutznießer dieser Regelung sollten Kinder von Arbeitern sein.

Diese beiden Neuerungen, nämlich die automatische Höherstufung und die Befreiung, von Aufnahmeprüfungen waren weitere schwere Schläge für das Niveau des Bildungswesens in Afghanistan. Zusätzlich wurden alle Bibliotheken von jener Literatur gesäubert, die dem Regime mißliebig war.

Außerdem okkupierte die Volkspartei und ihre Nebenorgane wie z.B. Jugend- und Frauenorganisationen, Gewerkschaften etc. viele Räumlichkeiten in jeder Bildungsinstitution so, daß in manchen Fakultäten sogar die Bibliothekstätigkeit eingestellt werden mußte die dem Regime nicht genehm war. Weitere Verschlechterungen der Arbeitsmöglichkeiten ergaben sich durch die Umwidmung von Universitätsräumen in sogenannte Freundschaftszimmer, die zur Pflege der Beziehungen zur Sowjetunion, die CSSR, Kuba, Bulgarien etc. eingerichtet wurden.

### **Schlußbemerkung zu einigen Punkten:**

Die Einführung der Berufsschulen ist grundsätzlich positiv zu beurteilen. Abgesehen von den Vorteilen der Ausbildung der Arbeiter für Wirtschaft und Gesellschaft wurde zum ersten Mal in Afghanistan Arbeit und Unterricht miteinander kombiniert. Nachteilig war die ideologische Beeinflussung der Schüler.

Die Aktualisierung des Lehrstoffes der Schulen war seit langer Zeit vor der Ära Taraki und Amin beabsichtigt, wurde aber nicht vollständig durchgeführt. Die Erneuerung der Schulbücher, besonders in naturwissenschaftlichen Fächern, war nützlich. Besonders nachteilig waren aber die stark ideologisch geprägten Bücher für Sozialkunde und Geschichte. Im Geschichtsunterricht wurde u.a. behauptet, daß die große Oktoberrevolution die Quelle aller positiven Änderungen auch in Afghanistan sei - dies neben anderen Verzerrungen und Verdrehungen.

Die Befreiung einer gewissen Anzahl von Schulabsolventen von der Aufnahmeprüfung der Universität ist - nach meiner Ansicht - nicht ohne weitere Überlegungen abzulehnen, wenn jene aus wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen nicht vermeidbaren Gründen nicht in der Lage waren, die Prüfung wie die übrigen begünstigten und besser gestellten Schüler zu bestehen. Für diese Schüler müßten während der Ferien und der ersten beiden Semester Spezialkurse je nach ihren Studienrichtungen eingerichtet werden, um ihre Kenntnislücken zu beseitigen. Die Befreiungsregelung wurde leider weitgehend mißbraucht. Einfluß und Protektion ersetzten objektive Kriterien bei der Zulassung begünstigter Studenten.

## 2 Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan

Conrad Schetter

### Einleitung

Die politischen Entwicklungen, die sich in den letzten Jahren in Afghanistan vollzogen haben, erscheinen dem westlichen Betrachter oft verwirrend und werden immer wieder auf den Nenner gebracht: „*Jeder kämpft gegen jeden*“. Die grundlegende These des Verfassers lautet dagegen, daß der Konflikt in Afghanistan sehr wohl erklärbar ist, da er von Strukturen bestimmt wird, die historisch gewachsen sind, und daß sich dieser Konflikt nun vorzugsweise entlang ethnischer Grenzen entlädt. Ethnizität ist damit zwar nicht zum einzigen, aber doch zu einem wichtigen Schlüssel für ein Verständnis des Konfliktes geworden.

Dennoch betrachten viele Afghanen eine Analyse des Afghanistankonfliktes unter dem Aspekt der Ethnizität mit Argwohn und lehnen entsprechende Untersuchungen ab. In der Regel begründen sie ihre Haltung mit dem Argument, daß der außenstehende Beobachter den gegenwärtigen Konflikt mit seiner Analyse nur zusätzlich anheize. Der Verfasser dieses Artikels vertritt dagegen die Auffassung, daß eine friedliche Lösung des Afghanistankonfliktes auf lange Sicht nur dann möglich ist, wenn ausnahmslos alle Faktoren und Ursachen des Krieges Berücksichtigung finden. Insbesondere Strukturen, die den Krieg gegenwärtig beherrschen, dürfen nicht ignoriert werden, da dies einer Friedensfindung diametral entgegenstehen würde. Den herausragenden Stellenwert, den gerade Ethnizität seit Ende des Kalten Krieges bei innerstaatlichen Konflikten einnimmt, vergegenwärtigen zudem andere Krisenfelder in der ganzen Welt, wie etwa im ehemaligen Jugoslawien, in Ruanda oder in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (z.B. Berg-Karabach, Tschetschenien).

### Der Begriff der Ethnizität

Spricht man von Ethnizität in Afghanistan, so ist es zunächst notwendig, den Begriff der Ethnizität zu bestimmen. In Anlehnung an Friedrich Heckmann (1992, S. 56) wird Ethnizität definiert als das Identitäts- und Solidarbewußtsein einer relativ großen Gruppe von Menschen, das auf dem Glauben an eine gemeinsame Herkunft und an Gemeinsamkeit von Kultur, Religion, Geschichte und aktuellen Erfahrungen basiert, und das sich in individuellen und kollektiven Handlungen niederschlägt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Ethnizität ein fiktives Konstrukt ist, das im Laufe der Zeit eine eigene Dynamik entwickelt. Wir mögen uns etwa heute noch als Deutsche fühlen, doch kann diese Identität in 20 oder 30 Jahren – was viel diskutiert wird – von regionalen Identitäten oder einer europäischen überprägt werden. Schließlich ist zu beachten, daß ein Individuum von Außenstehenden einer ethnischen Gruppe zugeordnet werden kann, sich aber selbst nicht unbedingt mit dieser Gruppe identifizieren muß. Auf dieser Definition aufbauend beeinflusst Ethnizität die gesellschaftliche Ordnung in zweifacher Weise:

Die meisten modernen Staaten bezeichnen sich als Nationalstaaten, d.h. daß der Staat von Gemeinsamkeiten, wenn nicht gar von einer Homogenität seiner Bevölkerung ausgeht und in Bereichen wie Sprache, Religion, Kultur oder Abstammung bestimmte Normen festsetzt. Diese Bestimmung von Normen im kulturellen Bereich hat unweigerlich die Ausbildung ethnischer Minderheiten zur Folge. Es läßt sich schlußfolgern, daß die moderne Staatenbildung auf Ethnizität aufbaut und die Entstehung ethnischer Minderheiten erst möglich macht.

In der gesellschaftlichen Pyramide eines Staates bilden ethnische Minderheiten aufgrund ihrer abweichenden Verhaltensmuster den sozialen Bodensatz oder nehmen sozioökonomische Nischen ein. Zu ethnischen Konflikten kommt es, wenn der Staat von diesen ethnischen Minderheiten eine Angleichung an die Norm erwartet, oder in Krisensituationen, in denen die Minderheiten nicht mehr die Möglichkeit haben, an den gesellschaftlichen Ressourcen zu partizipieren.

Überträgt man dieses Ethnizitätskonzept auf Afghanistan, so führt dies zu folgenden Fragen: Wie groß ist das ethnische Konfliktpotential in Afghanistan? Legte der afghanische Staat Normen fest, die die Ausbildung einer ethnischen Mehrheit und von ethnischen Minderheiten bewirkte? Welche Bedeutung hatte Ethnizität zu verschiedenen Zeitpunkten in der afghanischen Gesellschaft? Welche Rolle spielt Ethnizität im derzeitigen Afghanistankonflikt?

### **Das ethnische Konfliktpotential in Afghanistan**

In Afghanistan lebt eine Vielzahl von Gruppen, die sich in ihrer Religion, Kultur, Sprache oder in anderen Merkmalen stark voneinander unterscheidet. Die Vielfalt der Ethnien in diesem Raum hat zwei Ursachen. Zum einen wird der Naturraum Afghanistans durch den Hindukusch und seine angrenzenden Gebirgszüge dominiert. Die Unwegsamkeit und die starke Kammerung dieses Hochgebirgssystems bilden die Grundlage für die Existenz zahlreicher ökologischer Nischen, in die sich Bevölkerungsgruppen zurückziehen konnten und können, die in ihrer kulturellen oder religiösen Eigenheit von der Mehrheitsgesellschaft abweichen. Zum anderen bildet der Hindukusch die Schnittstelle zwischen dem persischen, dem indischen und dem mittelasiatischen Kulturraum. Daher treffen hier Bevölkerungsgruppen aufeinander, die über verschiedene kulturelle Traditionen, Sprachen und Abstammungsansichten verfügen.

Tabelle 1, der nur sprachliche und religiöse Kriterien zugrunde liegen, zeigt bereits auf, wie vielfältig die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Afghanistans ist. Zugleich bietet diese Tabelle eine Übersicht über die zahlenmäßige Stärke der wichtigsten ethnischen Gruppen. So bildeten Ende der 70er Jahre die Paschtunen die größte Ethnie in Afghanistan vor den Tadschiken, Usbeken und Hazara, wenn auch die Zahlenwerte im einzelnen umstritten sind<sup>27</sup>.

---

27 Da eine Volkszählung landesweit nie vollständig durchgeführt wurde, gibt es keine exakten Daten über die Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Die in Tab. 1 gemachten Angaben über die Gruppenstärken dürfen daher nur als Richtwerte verstanden werden.

**Tabelle 1: Die ethnischen Gruppen nach Sprache, Konfession und Anzahl (Ende der 70er Jahre)**

Ethnie	(Haupt-) Sprache	(Haupt-) Konfession bzw. Religion	Anzahl (in 1000)	Prozent
Paschtunen	Paschtu	Sunniten	6000	42,9
Tadschiken	Dari	Sunniten	3500	25,0
Usbeken	Usbekisch	Sunniten	1100	7,9
Hazara	Dari (Hazaragi)	Schiiten (Imamiten)	1000	7,1
Aimaq	Dari	Sunniten	800	5,7
Farsiwan	Dari	Schiiten (Imamiten)	600	4,3
Turkmenen	Turkmenisch	Sunniten	300	2,1
Belutschen	Belutschisch	Sunniten	120	0,8
Araber	Dari u. Arabisch	Sunniten	100	0,7
Nuristani	Nuristani-Sprachen	Sunniten	90	0,7
Pashai	Pashai	Sunniten	80	0,6
Tatar	Dari	Sunniten	60	0,4
Qizilbash	Dari	Schiiten (Imamiten)	60	0,4
Brahui	Brahui (Drawidisch)	Sunniten	50	0,4
Berg-Tadschiken	nordostiranische Idiome	Schiiten (Ismailiten)	25	0,2
Hindus	Dari u. Hindi	Hindus	20	0,1
Sikhs	Dari u. Sikh	Sikhs	15	0,1
Diverse	diverse	diverse	80	0,6
Insgesamt			14000	100

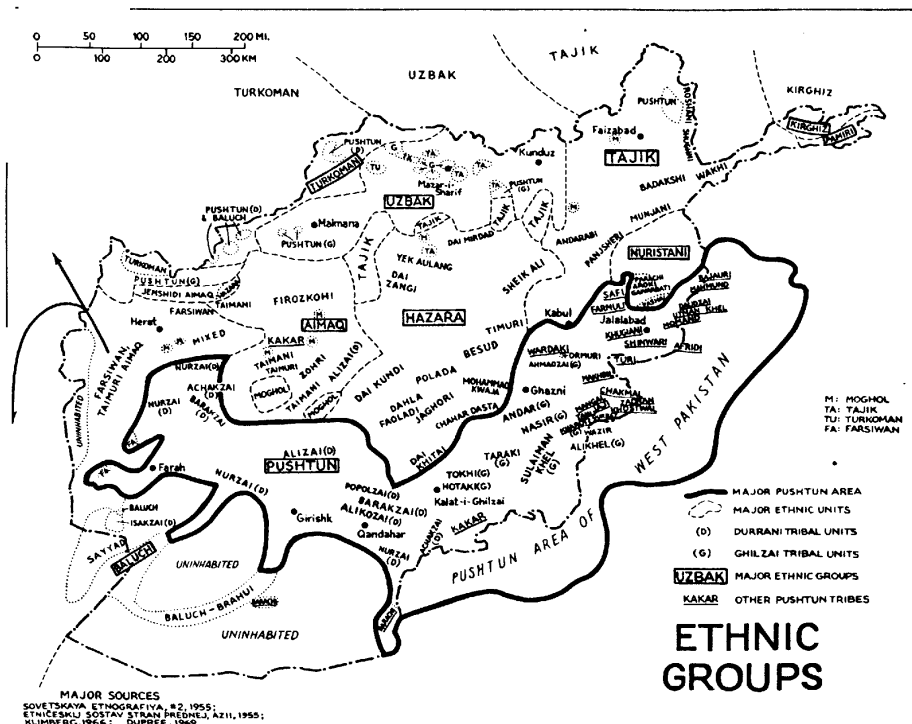
Entwurf Schetter; Datenquellen: Weeks, 1984; Orywal, 1986; Grötzbach, 1990.

Es erhebt sich die Frage, wie ein Staat mit einer solch großen ethnischen Vielfalt entstehen konnte. An dieser Stelle muß auf die Rolle der Kolonialmächte Britisch-Indien und Rußland verwiesen werden, die gegen Ende des letzten Jahrhunderts im sogenannten *Great Game* den Pufferstaat Afghanistan gründeten, womit in dieser Region erstmals feste Grenzen geschaffen wurden. Diese Grenzfestlegung war allein Produkt kolonialer Interessenpolitik und berücksichtigte nicht, daß das neu geschaffene Staatengebilde aufgrund der Heterogenität seiner Bevölkerung ein großes ethnisches Konfliktpotential barg. Als Nordgrenze Afghanistans wurde

der Amur Darya bestimmt, was die Zerschneidung des usbekischen, turkmenischen und tad-schikischen Siedlungsraumes bedeutete. Zwischen Afghanistan und Britisch-Indien wurde die Durand-Linie als Grenze bestimmt, die das Kernland der Paschtunen ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeiten zerteilte. Gerade die Durand-Linie führte zwischen 1955 und 1979 in der Paschtunistanfrage immer wieder zu Konflikten mit Pakistan, da Afghanistan eine Vereinigung aller paschtunischen Stämme unter seiner Flagge anstrebte.<sup>28</sup> Den Kolonialmächten kann daher zurecht vorgeworfen werden, die Grundlage für das ethnische Konfliktpotential in Afghanistan gelegt zu haben.

Einen Überblick über die räumliche Verteilung der ethnischen Gruppen vor der sowjetischen Invasion bietet Karte 1.

**Karte 1: Die ethnischen Gruppen in Afghanistan**



Entnommen aus Dupree (1973)

28 In der offiziellen Lesart begründete die afghanische Regierung ihr irredentistisches Verhalten gegenüber der North-West Frontier-Province (NWFP) historisch. Die traditionelle paschtunische Elite Afghanistans argumentierte dagegen auf ethnischer Ebene, da der Zugewinn der östlichen Paschtunengebiete den paschtunischen Herrschaftsanspruch untermauert hätte. Der Paschtunistankonflikt stellt einen wichtigen Indikator für eine Identifikation mit der eigenen Ethnie zumindest innerhalb der paschtunischen Elite Afghanistans dar. Dagegen waren die pakistanischen Paschtunen noch stark in ihren Stammes- und Clanstrukturen verhaftet. Denn während des gesamten Paschtunistankonfliktes verkauften sie ihre Loyalität entsprechend paschtunischer Tradition demjenigen, der sie materiell und finanziell am stärksten unterstützte. Der Paschtunistankonflikt brachte 1955, 1961 sowie 1977/78 Afghanistan und Pakistan an den Rand eines Krieges und veranlaßte Pakistan in den 50er und 60er Jahren bisweilen zur Schließung seiner Grenzen (Burkhardt, 1989; Djan-Zirakyar, 1978).

## Die Entstehung des afghanischen Nationalstaates

Will man die Bedeutung der Ethnizität in der afghanischen Gesellschaft ermessen, muß zunächst untersucht werden, wie sich die Bevölkerung Afghanistans vor der Gründung des afghanischen Nationalstaates definierte. Die Bevölkerung, die Mitte des 18. Jahrhunderts in Afghanistan lebte, läßt sich generell in Stammes- und Dorfgesellschaften trennen. In Dorfgesellschaften – etwa bei den Tadschiken – bildeten allein lokale Einheiten wie das Dorf oder das Tal den Identifikations- und Handlungsrahmen (Orywal, 1986b, S. 83). In Stammesgesellschaften – etwa bei den Paschtunen oder Turkmenen – waren Identität und Handlungen an die abstrakte Größe eines sich aus Segmenten aufbauenden Stammes gebunden. Doch nahm die Identifikation mit der Größe des Segmentes ab, so daß die Identifikation mit dem Clan stark, mit dem Großstamm dagegen nur schwach ausgeprägt war (Poullada, 1970, S. 8f.). Es läßt sich daher für den Zeitraum bis zur kolonialen Grenzfestlegung feststellen, daß kleine Stammeseinheiten bzw. das Dorf oder das Tal die einzigen relevanten Identifikations- und Handlungsbezüge darstellten, ethnischen Gruppen dagegen nach obiger Definition keine Bedeutung zukam. Dementsprechend nahmen auch im afghanischen Reich, das seit 1747 existiert und das von dem Saddozai- und Mohammadzai-Clan aus der paschtunischen Stammeskonföderation der Durrani beherrscht wurde, ethnische Momente nur eine untergeordnete Rolle ein. Denn es handelte sich bei diesem Reich um einen schwachen Klientelstaat ohne feste Grenzen, der in der Praxis nicht über die erforderliche Staatsgewalt zur Beherrschung der tributpflichtigen Khanate und Stämme verfügte (Shahrani, 1986, S. 29-36). Die durranischen Herrscher vermochten es daher nicht, bestimmte Normen oder gar nationale Ideen landesweit durchzusetzen. So erlangte auch die ethnische Gruppe der Paschtunen, denen ja das Herrscherhaus selbst angehörte, keine privilegierte Position. Statt dessen stützten sich die Herrscher auf die kleine schiitische Ethnie der Qisilbasch, in deren Händen die Regierungsgeschäfte lagen und die auch das Dari (= Persisch) zur Hofsprache und lingua franca erhoben (Rathjens, 1990, S. 188).

Erst Abdur Rahman, ein Mohammadzai, der zur Zeit der erwähnten kolonialen Grenzziehung an die Macht kam, verfolgte mit erheblicher finanzieller Unterstützung Britisch-Indiens eine organisatorische Durchdringung des Landes und die Festlegung bestimmter Normen. So vergrößerte Abdur Rahman in zahlreichen militärischen Aktionen seine Machtbasis im Land. Der eigenen ethnischen Gruppe, den Paschtunen, beließ Abdur Rahman ihre Autonomie und ging nur dann gegen die paschtunischen Stämme vor, wenn diese sich unbotmäßig verhielten. Diese laissez-faire-Politik wurde gegenüber den paschtunischen Stämmen, die entlang der Durand-Linie lebten, bis in die 70er Jahre vom afghanischen Staat beibehalten (Fröhlich, 1969, S. 177-187; Barfield, 1978, S. 26-34). Zur Unterwerfung der nicht-paschtunischen Regionen war Abdur Rahman auf die Unterstützung der paschtunischen Stämme angewiesen, da er selbst nur über eine kleine Armee verfügte. Ob beabsichtigt oder nicht, ließen sich die Kriege hinsichtlich eines gemeinsamen Identitätsgefühls der Paschtunen instrumentalisieren, da die Selbstidentifikation der Paschtunen durch die Konfrontation mit anderen Ethnien gesteigert werden konnte. Doch auch auf seiten der nicht-paschtunischen Ethnien, die bislang über keine gemeinsame Identität verfügten, führte die gewaltsame Eingliederung in den afghanischen Staat zur Herausbildung ethnischer Identitäten. Das am besten untersuchte Beispiel stellen die Hazara dar (Grevemeyer, 1985; Bindemann, 1987). Denn erst ihre Unterwerfung in einem



Krieg, der von den sunnitischen Paschtunen als *Jihad* gegen die schiitischen Hazara geführt wurde, machte letzteren bewußt, daß sie über gemeinsame Werte und Normen verfügten, die von außen bekämpft wurden.

Ziel der Politik Abdur Rahmans war, Afghanistan in einen Nationalstaat zu verwandeln. Doch verfolgte Abdur Rahman kein ausgeklügeltes Nationalstaatskonzept, sondern begnügte sich damit, bestimmte Werte, die für ihn selbstverständlich waren, zu Normen zu erheben. Bei diesen Werten handelte es sich um die sunnitische Konfessionsangehörigkeit, die er zur Legitimation seiner Macht heranzog, sowie die paschtunische Stammeszugehörigkeit, die seine politischen Entscheidungen in erster Linie leitete (Meier, 1984, S. 1013; Shahrani, 1986, S. 38). Diese beiden Parameter bildeten das Fundament eines afghanischen Nationalstaats und die wichtigsten Determinanten für eine Schichtung der afghanischen Gesellschaft. Die Nachfolger Abdur Rahmans bis hin zu Daoud hielten diese Normen in der Politik aufrecht. So erhob jede afghanische Verfassung de jure die sunnitische Glaubensrichtung zur nationalen Religion, was eine Ausgrenzung von Ethnien wie der Hazara, Qisilbasch und Hindus bedeutete. Gleichzeitig wurde stets die herausragende Position der Paschtunen durch Zusatzartikel in den Verfassungen festgeschrieben,<sup>29</sup> so daß de facto die Paschtunen zur afghanischen Nation erhoben wurden und in fast allen politischen Handlungen favorisiert wurden.

### **Die Bedeutung der Ethnizität für die afghanische Gesellschaft vor 1978**

Betrachtet man die afghanische Gesellschaftsstruktur, wie sie sich vor dem Einmarsch der Sowjetunion darstellte, so läßt sich eine Ressourcenverteilung entlang ethnischer Grenzen feststellen. Im folgenden soll dies anhand der Siedlungspolitik und der sozialen Schichtung verdeutlicht werden.

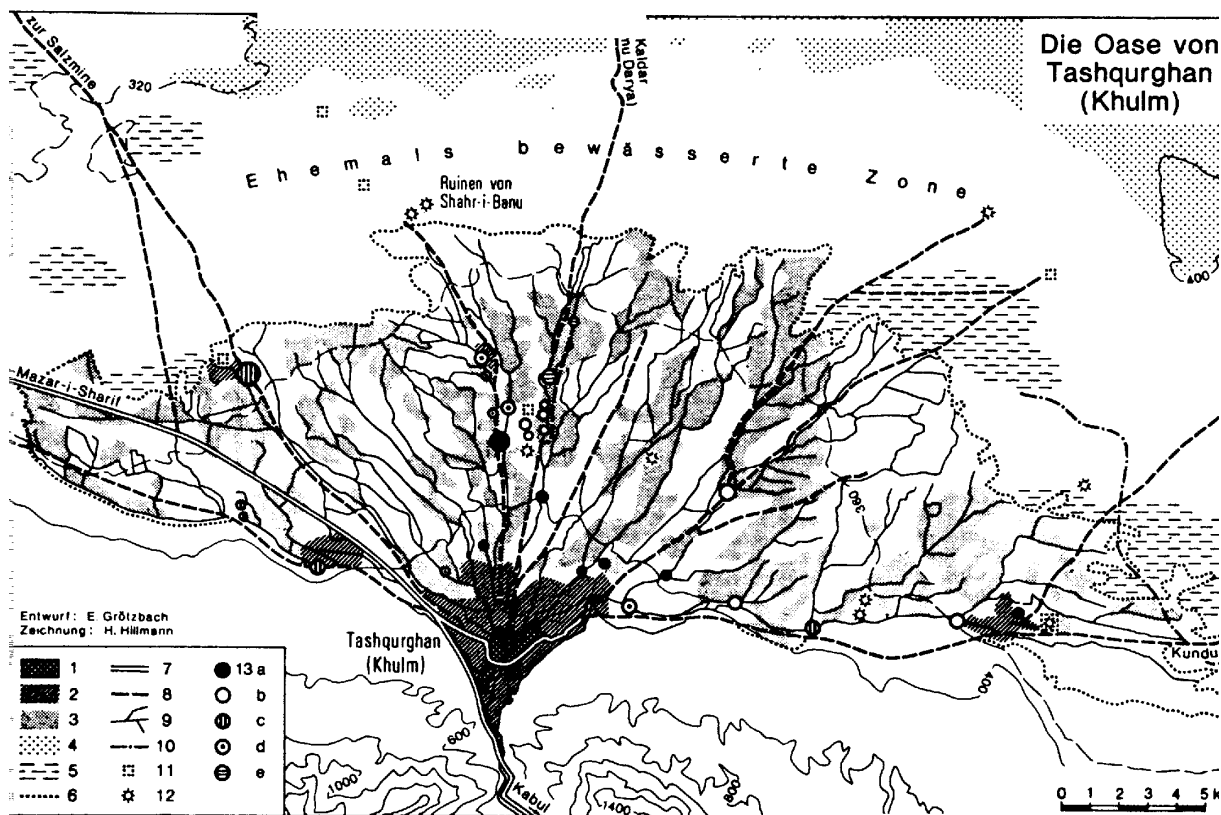
Für die Umsetzung der Nationalstaatspolitik erwies sich die Siedlungspolitik als das wichtigste Instrument. Denn die Herrscher gingen von dem Gedanken aus, durch Umsiedlungen eine Vereinheitlichung der Bevölkerung zu erreichen. Seit Abdur Rahman bildete die Ansiedlung von Paschtunen außerhalb ihrer süd- und ostafghanischen Siedlungsgebiete eine Konstante afghanischer Politik. Da die Behörden in den Zielgebieten die Paschtunen durchgehend gegenüber der autochtonen Bevölkerung bevorzugten, kann man auch von einer Paschtunisierung dieser Gebiete sprechen. Bevorzugte Zielregion war das dünnbesiedelte Nordafghanistan. Hier wurde durch eine gezielte Kolonisationspolitik die traditionell herrschende Schicht der Usbeken aus den Oasenräumen in die wirtschaftlich ungünstigeren Regenfelddaugebiete abgedrängt. Die freigewordenen Flächen wurden an Paschtunen vergeben (Grötzbach, 1972, S. 95; Shalinsky, 1982, S. 79). Diese Umsiedlungspolitik trug dazu bei, daß Nordafghanistan Ende der 70er Jahre einem ethnischen Flickenteppich glich, da hier Paschtunen, Usbeken, Tadschiken und Turkmenen oft Dorf an Dorf wohnten (Karte 2).<sup>30</sup>

---

29 Noch in der Verfassung von 1963 wurde etwa in Artikel 35 die Förderung des Paschtu festgeschrieben. Eine Umsetzung dieses Artikels erfolgte in der Praxis dadurch, daß die staatlichen Angestellten und Beamten angehalten wurden, Paschtu zu lernen (Fröhlich, 1969, S. 218ff.).

30 Eine weitere Ursache für die Vielfalt der ethnischen Gruppen in Nordafghanistan ist im Basmachi-Aufstand Ende der 20er Jahre in der Sowjetunion zu sehen, der verschiedene Auswanderungswellen nach Afghanistan zur Folge hatte (Shalinsky, 1982, S. 74ff.).

Karte 2: Ethnische Verteilung in der Oase von Tashqurghan / Khulm



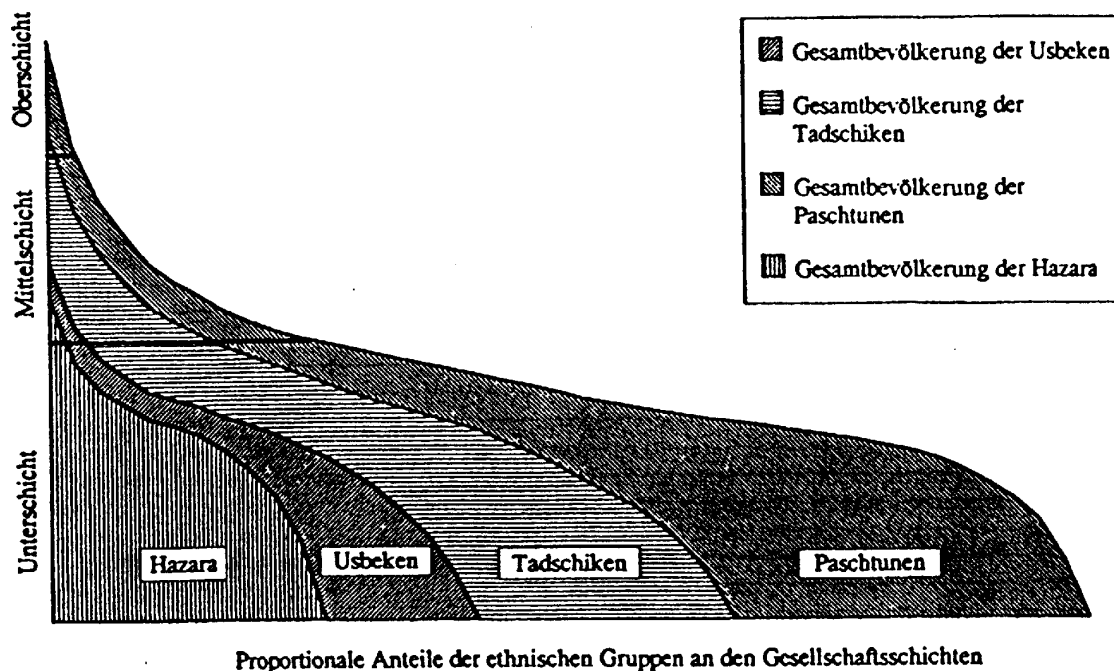
1 = Engeres Stadtgebiet mit Basar	7 = Asphaltstraße	13 = Dorf mit überwiegend
2 = Gartenland ( <i>Baghat</i> )	8 = Fahrweg	a = paschtunischer Bevölkerung
3 = bewässerte Felder mit Anbau (Brachfelder: weiß)	9 = Bewässerungskanäle	b = arabischer Bevölkerung
4 = Sanddüngelände	10 = ehemalige Bewässerungs- kanäle	c = usbekischer Bevölkerung
5 = Salzsumpf	11 = Ruine	d = tadschikischer Bevölkerung
6 = Grenze des bewässerten Kulturlandes	12 = künstlicher Hügel ( <i>Tapa</i> )	e = turkmenischer Bevölkerung

Eine Variante der Siedlungspolitik bildete die Öffnung der Weidegründe im Hazarajat für paschtunische Nomaden. Aufgrund ihrer überlegenen Position<sup>31</sup> engten die paschtunischen Nomaden den Wirtschaftsraum der autochtonen bäuerlichen Hazara ein und brachten letztere sogar in wirtschaftliche Abhängigkeit, wie es Klaus Ferdinand (1962) erstmals beschrieb. Eine Folge war, daß viele Hazara aus wirtschaftlicher und sozialer Not in die Städte abwanderten.

Auch im Zugang zu den politischen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes manifestierte sich eine soziale Schichtung entlang ethnischer Grenzen.

31 Die paschtunischen Nomaden verfügten nicht nur über eine bessere Bewaffnung als die Hazara, sondern wurden auch von den staatlichen Behörden in allen Angelegenheiten unterstützt und gegenüber den Hazara bevorzugt.

**Figur 1: Gesellschaftliche Schichtung der vier größten ethnischen Gruppen in Afghanistan (Ende 70er Jahre)**



Entwurf Schetter.<sup>32</sup>

Die Paschtunen erschienen nach außen hin als das staatstragende Volk. Sie stellten seit eh und je mit dem durranischen Königshaus die Spitze des Landes. Auch die traditionelle Elite bestand in ihrer Mehrheit aus paschtunischen Adligen. Generell wurden die Paschtunen von den staatlichen Einrichtungen als Beschäftigte bevorzugt, so daß sie die obersten Ränge und die Schaltstellen in der Verwaltung und im Militär besetzten (Sawitzki 1972, S. 39 u. 62; Rubin 1991, S. 83). Die Tadschiken stellten das Gros der Mittelschicht. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sie die alteingesessene Stadtbevölkerung bildeten und ihre Muttersprache, das Dari, die lingua franca war, während Paschtunen und die Turkvölkern das Dari erst als Zweitsprache erlernten. Die Tadschiken hatten im Wirtschafts- und Bildungsbereich gegenüber allen anderen Ethnien einen enormen Vorsprung, weshalb sie auch den staatlichen Unterbau durch eine Vielzahl von Beamten dominierten und über die Hälfte aller Händler stellten (Sawez, 1986, S. 286f.). Die Usbeken und Turkmenen waren hingegen im staatlichen Apparat und in Machtpositionen selten zu finden. Nur eine Handvoll usbekischer Großgrundbesitzer

32 Da es keine genauen Angaben über den Anteil der Ethnien an bestimmten Gesellschaftsgruppen gibt, handelt es sich hier um Schätzwerte, die allein Proportionalverhältnisse wiedergeben sollen. Zur Oberschicht wurde das Herrscherhaus, die Verwaltungs- und Militärschicht, die Großgrundbesitzer, die Großindustriellen und Großhändler gerechnet. Die Mittelschicht setzte sich zusammen aus der staatlichen Beamtenschaft, den Händlern und den Bauern, die Eigentümer recht großer oder gut bewässerter landwirtschaftlicher Flächen waren. Die Unterschicht umfaßte die abhängigen Bauern (Hamsaya), die Kleinbauern und das städtische Proletariat (z. B. Wasser- u. Lastenträger). Datenquellen: Fröhlich, 1969; Poullada, 1970; Sawitzki, 1972; Strathmann, 1980; Bucherer-Dietschi u. Jentsch, 1986; Grötzbach, 1990; Rubin, 1991.

und Händler war gesellschaftlich besser gestellt. Die Hazara blieben aufgrund ihrer schiitischen Konfessionszugehörigkeit weitgehend von den politischen und wirtschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen, weshalb sie auch mit der strittigen Bezeichnung *Parias* belegt wurden.<sup>33</sup> Ethnische Minoritäten wie die Nuristani, Qisilbasch und Hindus nahmen gesellschaftliche Sonderstellungen ein, indem sie bestimmte wirtschaftliche oder administrative Nischen besetzten und oft völlig abdeckten (Wiebe, 1978, S. 108 u. 1982, S. 75ff.).

Die ethnische Schichtung spiegelte sich auch im gesellschaftlichen Verhalten wider. Die Heiratsverbindungen waren etwa einer strengen Hierarchie unterworfen, die der ethnischen Schichtung entsprach (Fröhlich, 1969, S. 187). Die Paschtunen traten beispielsweise gegenüber allen anderen Ethnien nur selten als Frauengeber auf und zogen generell Heiratsverbindungen innerhalb der eigenen Ethnie vor; ein weibliches Familienmitglied mit einem Hazara zu verheiraten, galt nicht nur Paschtunen<sup>34</sup>, sondern auch Tadschiken und Usbeken als undenkbar. Allein in der urbanen Mittel- und Oberschicht waren die Heiratsschranken durchlässiger.

Bei der Bewertung des ethnischen Selbstverständnisses der Afghanen Ende der 70er Jahre läßt sich resümieren, daß die bewußte, gesellschaftliche Hierarchisierung der Bevölkerung durch den Staat den entscheidenden Impuls für die Identifikation mit einer bestimmten Ethnie bildete. Insgesamt war die Bindung an die Ethnie in den Stammesgesellschaften, wie auf seiten der Paschtunen oder Turkmenen, aufgrund des Abstammungskultes stärker ausgeprägt als in den Dorfgesellschaften, wie etwa bei den Tadschiken. Offensichtlich war den meisten Afghanen auch bewußt, daß ihre soziale Stellung aus ihrer ethnischen Zugehörigkeit resultierte. Doch sahen sie die gesellschaftliche Position der Ethnie als gegeben an. Die Ethnie bot keine Basis für Handlungen. Der Grund für das Fehlen einer überregionalen Organisation auf ethnischer Ebene ist dabei auch in der naturräumlichen Beschaffenheit Afghanistans zu sehen. Denn die Unwegsamkeit des Hindukusch und das hieraus resultierende Fehlen einer Infrastruktur bildeten entscheidende Interaktionsbarrieren. Dagegen stellten täglich erlebbare Einheiten wie das Dorf bzw. der Clan nach wie vor die wichtigsten Handlungs- und Identifikationsebenen dar, da sie durch direkte zwischenmenschliche Kontakte mobilisierbar waren. So konnten Angehörige einer ethnischen Gruppe, die auf der ethnischen Ebene durchaus als Konkurrenten angesehen wurden, auf lokaler Ebene zu Verbündeten werden, ohne daß dies als Widerspruch empfunden wurde. Pierre Centlivres und Micheline Centlivres-Demont (1988, S. 243) berichteten etwa aus Nordafghanistan von einem Hazara-Dorf, das sich mit einem paschtunischen Dorf gegen ein anderes Hazara-Dorf verbündete.

Daher bildete vor der sowjetischen Invasion die Ethnie für die afghanische Bevölkerung eine abstrakte Identifikationsgröße, die zwar wahrgenommen wurde, aber nur selten ethnisch motivierte Handlungen auslöste. Louis Dupree bezeichnete diesen afghanischen Gesellschaftstypus als „*inward-looking society*“ (1973, S. 248).

---

33 Zu den Befürwortern der Bezeichnung *Parias* für die Hazara sind Jan-Heeren Grevemeyer (1989, S. 37) und Oliver Roy (1985, S. 50f.) zu rechnen. Dagegen warnt Rolf Bindemann (1987, S. 79) vor einer Generalisierung, da zwischen verschiedenen sozialen Schichten innerhalb der Hazara-Gemeinschaft unterschieden werden müsse.

34 Nancy Tapper (1981, S. 393) berichtet zum Beispiel, daß ein Hazara eine Durrani-Paschtunin heiratete, was von dem gesamten Durrani-Clan als große Schande gewertet wurde und zu einer regelrechten Verfolgung des Brautpaares führte.

## Der Zeitraum der sowjetischen Besatzung (1979-1989)

Der Einmarsch der sowjetischen Armee 1979 führte zu enormen Umwälzungen in der afghanischen Gesellschaft. Die traditionellen Identitäts- und Handlungsstrukturen konnten kaum noch aufrecht erhalten werden, da die Afghanen in ihren Handlungen – ob Flucht, Kollaboration oder Widerstand – gezwungen waren, ihren Bewegungs- und Kommunikationsradius zu erweitern. Die dezentrale Struktur, die bislang Grundlage für ein insgesamt friedliches Zusammenleben der Afghanen war, wurde zwangsläufig aufgehoben. Im folgenden soll betrachtet werden, welche Bedeutung der Ethnizität in der Flüchtlingsbewegung sowie in den politischen und militärischen Aktionen zukam.

**Tabelle 2: Geschätzte Anteile der größten ethnischen Gruppen an der in Afghanistan gebliebenen und an der nach Pakistan und Iran geflohenen Bevölkerung (~1988)<sup>35</sup>**

Ethnie	Bevölkerung 1979		Flüchtlinge gesamt (~ 1988) <sup>35</sup>		Flüchtlinge in Pakistan (~ 1988)		Flüchtlinge im Iran (~1988)		Bev. in Afghanistan (~1988)	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Paschtunen	6000	42,9	3080	60,1	2688	84	342	19	2920	32,8
Tadschiken	3500	25,0	353	6,9	115	6	198	11	3147	35,4
Usbeken	1100	7,9	89	1,8	32	1	54	3	1011	11,3
Hazara	1000	7,1	399	7,9	-	-	396	22	601	6,8
Aimaq	800	5,7	307	6,0	-	-	306	17	493	5,5
Farsiwan	600	4,3	397	7,9	-	-	396	22	203	2,3
Turkmenen	300	2,1	69	1,4	32	1	36	2	231	2,6
Diverse	700	5	406	8,0	333	8	72	4	294	3,3
Insgesamt	14000	100	5100	100	3200	100	1800	100	8900	100

35 Entwurf: Schetter. Neben Pakistan und Iran wurden auch Indien, Europa und USA berücksichtigt, die ca. 100.000 afghanische Flüchtlinge aufnahmen. Die Tabelle kann nur einen Überblick vermitteln; die einzelnen Zahlen sind als Richtwerte zu verstehen, da aufgrund der Kriegssituation keine verlässlichen Daten über die Entwicklung der afghanischen Bevölkerung existieren. So schätzt der Verfasser, daß der Umfang der afghanischen Gesamtbevölkerung zwischen 1979 und ~1988 konstant geblieben ist, da der Geburtenüberschuß dieses Zeitraumes in etwa der Zahl der Kriegsoffer (~ 1 Mio.) entspricht. Auch die in der Literatur gemachten Angaben über die ethnische Zusammensetzung der in Afghanistan verbliebenen und der nach Pakistan und Iran geflohenen Bevölkerung basieren auf Schätzwerten. Datenquellen: Wiebe, 1987; Sliwinski, 1988; Centlivres, 1989; Grötzbach, 1990; Christensen, 1995.

In der Flüchtlingsbewegung dominierten zweifelsohne die Paschtunen. Unter den fünf Millionen exterritorialer Flüchtlinge bildeten sie mit Abstand die größte Ethnie. Dies hatte zur Folge, daß in Afghanistan seit Mitte der 80er Jahre die Tadschiken zahlenmäßig zumindest den Paschtunen gleichkommen. Die starke Abwanderung von Paschtunen aus Afghanistan ist daher seit den 80er Jahren das wichtigste Argument gegen einen paschtunischen Hegemonie-Anspruch.

Die Flucht der Paschtunen nach Pakistan glich im Unterschied zu allen anderen ethnischen Gruppen eher „*einer geplanten Evakuierung (...) denn einer gewaltsamen Vertreibung*“ (Grevemeyer, 1992, S. 58), da die Stammeseinheiten geschlossen nach Pakistan übersiedelten. Durch diese organisierte Flucht konnten die Paschtunen ihre Gesellschaftsordnung auf die Flüchtlingslager übertragen und ihre Identität über tribale Einheiten aufrechterhalten.

Die Abwanderungen der Paschtunen erfolgten vornehmlich aus ihren traditionellen Stammesregionen, obwohl auch die Mehrzahl der Paschtunen, die im Rahmen der Kolonisierungspolitik in Nordafghanistan angesiedelt worden waren, nach Pakistan floh. Häufig nannten letztere als Grund für ihre Abwanderung die Unsicherheit, wie ihre nicht-paschtunischen Nachbarn in dieser neuen politischen Situation reagieren würden (Roy, 1989, S. 76; Pohly, 1992, S. 81). Auch die paschtunischen Nomaden waren gezwungen, ihre Sommerweidegebiete in Zentralafghanistan aufzugeben, da ihre zyklischen Wanderungen durch die Verminung ganzer Landstriche kaum noch möglich waren.

Seit Anfang der 80er Jahre wurden die Flüchtlinge gleicher Herkunft in einem Camp konzentriert. Da seit dieser Neuordnung in jedem Flüchtlingslager nur eine Widerstandspartei die Macht innehatte, bedeutete dies eine weitgehende Übereinstimmung ethnischer und parteipolitischer Strukturen (Pohly, 1992, S. 405; Wiebe, 1987, S. 143).

## **Parteienbildung**

Auf der politischen Ebene spielte Ethnizität eine zunehmend wichtige Rolle. So versuchten die ausländischen Mächte, vor allem die Sowjetunion, die USA und Pakistan das ethnische Konfliktpotential in Afghanistan für ihre Interessen zu aktivieren. Sie versuchten bewußt, bei bestimmten nicht-paschtunischen Ethnien Ethnizität zu steigern, und förderten innerhalb der paschtunischen Ethnie die Identität über tribale Kategorien.

Die Sowjetunion verfolgte eine Auflösung des afghanischen Nationalstaates, um zumindest eine Aufteilung Afghanistans in eine nördliche, sowjetische und eine südliche, pakistanische Zone zu erreichen, oder um gar den Konflikt auf Pakistan auszudehnen. Das wichtigste Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, war ihre Nationalitätenpolitik. So nutzte das Kabuler Regime die ethnische Schichtung der afghanischen Gesellschaft, indem traditionell benachteiligte Ethnien wie die Usbeken, Belutschen oder Hazara eine Bestätigung ihrer ethnischen Identität erfuhren. Dies geschah etwa durch eine Aufwertung ihrer Sprachen zu Nationalsprachen, durch die Gründung eigensprachlicher Zeitungen oder durch die Hervorhebung der eigenen Kultur und Geschichte (Bhattacharay, 1984). Die Kabuler Regierung unterstützte zudem im Fall einiger Ethnien den Aufbau eigenständiger Kampfseinheiten, die dann auch als ethnische Organisationsbasen fungierten, so etwa die Usbeken-Miliz des General Dostum (Freigang, 1992). Unter den Paschtunen förderte das Kabuler Regime dagegen die tribalen Gegensätze,

um die paschtunische Identität und damit den Widerstand im strategisch wichtigen Grenzgebiet zu Pakistan zu schwächen (Roy, 1989, S. 75).

Auch die Bildung von Widerstandsgruppen vollzog sich entlang ethnischer und tribaler Grenzen. Die Hazara etwa verfügten über eigene Parteien, die sich voneinander durch den Grad ihrer Abhängigkeit vom Iran unterschieden, sich aber 1989 zu der *Hezb-e Wahdat* zusammenschlossen. Die Parteienbildung des äußeren Widerstandes war in erster Linie Produkt des pakistanischen Sicherheitsdenkens: Um die Paschtunistanfrage für immer ad acta zu legen, strebte Pakistan eine Schwächung der paschtunischen Identität an. Daher wurden gleich mehrere von Paschtunen dominierte Parteien gegründet, die sich hauptsächlich in ihrer tribalen Herkunft voneinander unterschieden (Pohly, 1992). Auch sollte eine erneute Machtergreifung der Durrani-Paschtunen, mit denen Pakistan in erster Linie die Paschtunistanfrage assoziierte, verhindert werden. Daher wurde in der Führung der einzelnen Parteien nicht ein einziger Durrani geduldet. Die *Jamiat-e Islami* wurde als Sammelbecken für alle Nicht-Paschtunen gegründet, entwickelte sich aber schnell zu einer „*parti tajik par excellence*“ (Roy, 1988, S. 205). Die Usbeken, Turkmenen, Nuristani und Belutschen verfügten über keine eigenen Widerstandsparteien. Dies läßt jedoch nicht auf ein mangelndes ethnisches Selbstbewußtsein oder gar eine positive Haltung gegenüber der afghanischen Regierung schließen, sondern eher auf das mangelnde Interesse des Auslands an solchen Organisationen.

### **Militärische Operationen**

Die Hervorhebung des ethnischen Elements in den Organisationsstrukturen läßt sich auch deutlich an den militärischen Handlungen ablesen. So fanden die Kämpfe – trotz der ideologischen Akzentuierung dieses Krieges – stets zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien bzw. im Falle der Paschtunen zwischen Angehörigen verfeindeter Stämme statt. Besonders die Sowjetunion verstand es, die afghanischen Milizen in ortsfremden Regionen einzusetzen. So kämpfte etwa die Usbeken-Miliz vorwiegend gegen paschtunische Mujahidin in den ostafghanischen Provinzen (Adam, 1992; Steele, 1992). Auch die verschiedenen Widerstandsgruppen führten gegeneinander einen Bruderkrieg, in dem bereits früh ethnische und tribale Disparitäten im Vordergrund standen. Das bekannteste Beispiel bildet der seit Mitte der 80er Jahre andauernde Konflikt zwischen der tadschikischen *Jamiat-e Islami* und der *Hezb-e Islami* des Hekmatyar, in der vorzugsweise Ghilzai-Paschtunen organisiert sind. Gerade diese ethnische Belastung der Kämpfe verstärkte die Feindschaft zwischen den Ethnien bzw. unter den paschtunischen Stämmen. Das verdeutlicht auch folgender Augenzeugenbericht über einen usbekischen Überfall auf ein paschtunisches Dorf: „*Sie holten die Bewohner aus den Betten. Sie nahmen ihnen Bargeld, Uhren und Schmuck ab. Sie verlugen Teppiche, Möbel sowie ein paar Ziegen und kehrten dann zu ihrer Einheit zurück. (...) Die jungen Männer des überfallenen Dorfes, allesamt Paschtunen, haben sich unterdessen neue Gewehre verschafft und geschworen, an diesen Usbeken blutig Rache zu nehmen*“ (Dörler, 1992).

Für den Zeitraum der sowjetischen Besetzung läßt sich feststellen, daß Ethnizität einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfuhr. Infolge der Entstehung militärpolitischer Organisationen, die mit bestimmten ethnischen Gruppen übereinstimmten, wie auch aufgrund der Nationalitätenpolitik und der Kriegsführung entlang ethnischer Grenzen verstärkte sich bei den Mitgliedern aller größeren, nicht-paschtunischen Ethnien wie etwa den Tadschiken, Hazara und Us-

beken eine Identität und Handlungsbereitschaft auf ethnischer Ebene. Ein weiterer Faktor war, daß die Mehrzahl der Nicht-Paschtunen im Land blieb und wie etwa im Hazarajat oder in Badakhshan eigene Verwaltungs- und Organisationsstrukturen schuf (Janata, 1990, S. 69). Das Bewußtsein, erstmals eigenständiger Entscheidungs- und Machträger zu sein, verstärkte die Identifikation mit der Ethnie. Belege für diese verstärkte ethnische Identität finden sich im Volksgut. Rolf Bindemann (1988) zeigte etwa, daß die Lieder der Hazara seit Kriegsbeginn durch einen ausgeprägten Nationalismus gekennzeichnet sind. Über das wachsende ethnische Bewußtsein auf seiten der Tadschiken urteilte Oliver Roy: „*The Sunni Persian speakers did not previously use the word 'Tajik' applied to them by both the Soviets and the Western ethnologists, but now they tend to define themselves as an ethnic group*“ (1989, S. 76).

Sicherlich verstärkte sich auch die Abgrenzung der Paschtunen gegenüber den anderen Ethnien. Doch trat bei den Paschtunen die ethnische Identität gegenüber einer Identifikation über tribale Größen in den Hintergrund. So wurden die traditionellen Stammesstrukturen in die Flüchtlingscamps hinübergerettet. Die paschtunischen Mujahidin waren aufgrund tribaler Identität Anhänger einer bestimmten Partei. Auch die Paschtunen, die mit dem Kabuler Regime zusammenarbeiteten, kollaborierten aufgrund tribaler Antagonismen mit dem Regime. Ein weiteres Indiz für die schwache Einheit der Paschtunen ist, daß die pakistanischen Paschtunen die afghanischen nur soweit unterstützten, wie es das Paschtunwali, also das traditionelle Werte- und Normensystem der Paschtunen, von ihnen verlangte.

Kurz soll an dieser Stelle noch auf die Bedeutung des Islam für den Widerstand eingegangen werden. Der Islam wurde vom Großteil der Afghanen als das Synonym für die traditionelle Gesellschaftsstruktur verstanden, während der Kommunismus für die Veränderung der traditionellen Ordnung stand. Das zentrale Anliegen im Kampf der afghanischen Mujahidin war allein die Verteidigung ihrer Autonomie und ihrer traditionellen Lebensweise, die durch die Ausrufung des *Jihad* eine zusätzliche religiöse Legitimation erhielt. Die Hervorhebung einer islamisch-fundamentalistischen Gesinnung war sekundär und diente letztlich der finanziellen und militärischen Unterstützung etwa durch Saudi-Arabien oder den Iran. Wie durchlässig im übrigen die ideologischen Fronten waren, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß zwischen dem Kabuler Regime und den Widerstandsparteien eine Vielzahl von Kontakten existierten, denen verwandtschaftliche, tribale oder ethnische Verbindungen zugrunde lagen (Pohly, 1992, S. 172, 323f. u. 333f.).

### **Der afghanische Bürgerkrieg seit 1989**

Durch den Abzug der sowjetischen Armee 1989 fiel die ideologische Klammer fort. Zunehmend wurde der Krieg durch das Machtstreben einzelner Parteiführer wie Dostum, Massud oder Hekmatyar wie auch durch die Käuflichkeit von Mujahidin bestimmt. Doch reichen diese Erklärungsansätze für die Handlungsstrukturen im Afghanistankonflikt nicht aus. Denn es muß berücksichtigt werden, daß auch die Handlungen der oben genannten Führer von ethnischen Denk- und Gefühlsmustern bestimmt werden. Außerdem muß bedacht werden, daß im Falle der Tadschiken, Hazara und Usbeken die politischen Organisationsstrukturen mit den ethnischen Gruppen nahezu kongruent sind und desgleichen die Parteien der *Hezb-e Islami*, *Hezb-e Islami II* (Khales), *Ettthead-e Islami* (Sayyaf) und *Harakat-e Enkelab-e Islami*



(Mohammedi) nur unter bestimmten paschtunischen Stämmen vertreten sind.<sup>36</sup> Dennoch stellen die verschiedenen Parteien ihre ethnische Identität nicht in den Vordergrund – ja, sie bestreiten sie sogar oft. Die Ursache für dieses Verhalten ist, daß die ausländischen Geldgeber, von denen die Parteien abhängig sind, allein bestimmte religiöse oder säkulare Richtungen im Afghanistankonflikt vertreten sehen wollen, aber an ethnischen Aussagen nicht interessiert sind. Außerdem läuft jede Partei durch eine Berufung auf eine bestimmte Ethnie Gefahr, sich im Vielvölkerstaat Afghanistan den Weg zur zentralen Macht zu versperren. Die Ethnisierung des Afghanistankonfliktes in den letzten sechs Jahren läßt sich verdeutlichen an den militärischen Auseinandersetzungen wie auch an der regionalen Machtverteilung. Da fast alle Kämpfe der letzten sechs Jahre entlang ethnischer und tribaler Grenzen verliefen, läßt sich dieser Krieg primär als „ethnischer Krieg“ einstufen. An zwei Schlüsselereignissen soll dies verdeutlicht werden. Der kommunistische Statthalter Najibullah, ein Paschtune aus dem Stamm der Ahmadzai, wurde im April 1992 gestürzt, da er verdächtigt wurde, mit dem Ghilzai-Paschtunen Hekmatyar über eine Wiedererrichtung der paschtunischen Hegemonie zu verhandeln (Saeed, 1993, S. 125). An dem Coup gegen Najibullah beteiligten sich die Usbeken-Miliz des Dostum, welche die wichtigste militärische Stütze für das Kabuler Regime bildete, der tadschikische Flügel des Kabuler Regimes sowie die tadschikischen Mujahidin des Massud. Daß es sich bei dem Sturz Najibullahs nur um eine vorübergehende Allianz zwischen den Tadschiken und Usbeken handelte, zeigt das zweite Beispiel. Denn im Januar 1994 löste Dostum sein Bündnis mit den Tadschiken-Führern Rabbani und Massud. Dostum begründete diesen Frontwechsel mit einem Verweis auf den tadschikischen Ethnozentrismus und den Willen der *Jamiat-e Islami*, ein Großtadschikistan zu schaffen (Danesch, 1995). Insgesamt ist festzustellen, daß sich der Machtkampf um die zentrale Herrschaft in Afghanistan auf Kabul konzentriert, da diese Stadt für die zentrale Macht im Lande steht. An den Kämpfen beteiligten sich vorzugsweise Tadschiken, Paschtunen und Hazara, da Kabul an der Schnittstelle ihrer Siedlungsräume liegt. Mit dem Sturz Najibullahs zerfiel Afghanistan in autonome Territorien, deren Machtstruktur der ethnischen und tribalen Zusammensetzung der betreffenden Bevölkerung entspricht. So hat Massud seine Hochburgen in den tadschikischen Siedlungsräumen, besonders in Badakhshan und in den Tälern nördlich von Kabul. Dostum kontrolliert das überwiegend von Usbeken besiedelte Gebiet zwischen Maimana und Kunduz. Zentralafghanistan war bereits seit 1979 aufgrund eines Stillhalteabkommens mit dem Kabuler Regime fest in der Hand der Hazara. Westafghanistan bildet einen Sonderfall, da sich hier die Bevölkerung in erster Linie als Herati fühlt. Die Herati stehen den Tadschiken, zu denen sie auch oft gezählt werden, aufgrund ihrer Sprache und Kultur am nächsten. So gehört der politische Führer Westafghanistans Ismail Khan – bei dem umstritten ist, ob er Paschtune oder Tadschike ist – der *Jamiat-e Islami* an. In den paschtunischen Stammesgebieten Ostafghanistans herrscht die *Hezb-e Islami II*, deren Anhänger sich ausschließlich aus den paschtunischen Stämmen (Khugiani, Jadran etc.) im Grenzgebiet zu Pakistan rekrutieren. Doch üben die Vertreter der *Hezb-e Islami II* faktisch nur in den Provinzhauptstädten Macht aus, da die Stämme in ihren Stammesgebieten ihre traditionellen autonomen Positionen behaupten konnten. In Südafghanistan existierte bis zum Herbst 1994 auf regionaler Ebene ein Machtvakuum. Dieser Umstand

---

36 Um diese offensichtliche Bedeutung von Ethnizität zu vertuschen, läßt sich in fast allen Parteien beobachten, daß Mitglieder einer anderen ethnischen Gruppe in repräsentative Positionen gestellt werden. Diese Tatsache bestätigt zwar die Käuflichkeit von Politikern und Mujahidin, ist jedoch kein ausreichendes Argument gegen die Bedeutung von Ethnizität in den einzelnen Parteien.

ermöglichte den Aufschwung der *Taleban*, einer Partei, die nach außen hin für einen radikalen Islamismus eintritt. Träger der *Taleban* scheinen vorwiegend Durrani-Paschtunen zu sein<sup>37</sup>; also die Mitglieder der paschtunischen Stammeskonföderation, die das afghanische Königshaus stellt, und die im bisherigen Krieg aufgrund des pakistanischen Vetos nicht über eine Organisationsbasis verfügte. Indiz für den starken durranischen Einfluß in der *Taleban* ist, daß diese Partei im Raum Kandahar, das ja Hauptsiedelgebiet der Durrani ist, erstmals auftrat und sich von hier im durranischen Stammesgebiet schnell ausbreiten konnte, aber im Siedlungsgebiet der Tadschiken, Hazara wie auch der östlichen paschtunischen Stämme nicht Fuß fassen konnte<sup>38</sup>. Wohl fand die *Taleban* bei den Ghilzai-Paschtunen Zuspruch, was Zeichen für eine gesteigerte paschtunische Identität vieler Ghilzai sein könnte. Daher muß gefragt werden, inwiefern es sich bei der *Taleban* um eine wirklich religiöse Bewegung handelt, oder ob die Hervorhebung des Islam nicht vielmehr eine Verstärkung der paschtunischen Tradition, also des Paschtunwali, ist. Man muß wohl abwarten, ob sich die *Taleban* zum Träger eines paschtunischen Nationalismus entwickeln wird.

## Perspektive

In diesem letzten Kapitel folgt eine Einschätzung, welche Bedeutung Ethnizität in Zukunft in Afghanistan spielen wird. Ziel der Tadschiken, Usbeken und Hazara ist es, für die eigene ethnische Gruppe einen möglichst großen Machtanspruch geltend zu machen, um nicht erneut eine zweit- oder dritrangige Position in einem afghanischen Staat einnehmen zu müssen. Im Fall der Paschtunen wurde dagegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein gemeinsames Vorgehen durch tribale Gegensätze verhindert, was sich in Kämpfen untereinander und in Koalitionen mit Nicht-Paschtunen (z.B. *Etthead-e Islami* mit der *Jamiat-e Islami*) äußerte. Falls es dennoch den Paschtunen in Zukunft gelingen sollte, als ethnisches Kollektiv zu handeln, würden die Paschtunen erneut für sich die zentrale Macht anstreben. Legitimation wäre dann ihre 250jährige Herrschaft und ihr großer Anteil an der afghanischen Gesamtbevölkerung. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß auch viele kleinere Ethnien wie die Nuristani, Aimaq oder Qisilbasch ihre eigenen Vorstellungen von einem zukünftigen Afghanistan haben. Zumindest streben diese Ethnien eine rechtliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung sowie eine kulturelle Autonomie an.

Wie ein Zusammenleben dieser ethnischen Gruppen in Zukunft möglich sein soll, kann an dieser Stelle kaum beantwortet werden. Falls der Krieg auch in Zukunft unvermindert fortgesetzt wird – was wahrscheinlich ist –, wird der Zerfall Afghanistans in einzelne Kleinstaaten, die sich über ethnische Bezüge definieren, kaum noch aufzuhalten sein. Am weitesten ist die Entfremdung vom afghanischen Staat in Nordafghanistan vorangeschritten, da hier die Usbe-

---

37 Der soziale Status der Anhänger der *Taleban* dürfte innerhalb der Gesellschaftsordnung der Durrani- und Ghilzai-Paschtunen eher niedrig einzuschätzen sein. Denn als *Taleban* werden traditionell die Gehilfen der Mullahs bezeichnet, die über kein besonderes Prestige verfügen und der paschtunischen Unterschicht entstammen (Samimy, 1995, S. 11).

38 Obwohl die *Taleban* aufgrund der ethnischen Verbundenheit auch bei den östlichen Paschtunenstämmen auf Sympathie trifft, wurde eine Zusammenarbeit mit der *Taleban* von den ostpaschtunischen Führern abgelehnt. Ein Mujahidin-Kommandeur formulierte das Verhältnis zur *Taleban* folgendermaßen: „Wenn die *Taleban* es wagen, nach Nangahar zu kommen, dann werden wir sie in den Kabulfluß werfen, damit das Wasser sie dahin bringt, wo sie hergekommen sind“ (Taheri, 22. Mai 1995).

ken bereits eigene Pässe ausgeben und Dostum ständig mit der Gründung eines unabhängigen Staates droht.<sup>39</sup> Die Fusion afghanischer Teilgebiete mit Nachbarländern bzw. -regionen dürfte unwahrscheinlich sein, da den Regionalmächten bewußt ist, daß eine Eingliederung afghanischer Gebiete ihnen aufgrund der Eigenständigkeit der Afghanen mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Sollte es zu einer friedlichen Lösung in Afghanistan kommen, wäre aus westlicher Sicht ein föderativer oder konföderativer Staat, welcher seiner ethnischen Vielfalt Rechnung tragen würde, wohl die glücklichste Lösung. Doch müßte bei einem Fortbestehen Afghanistans gefragt werden, ob es überhaupt einen gemeinsamen Wert aller Afghanen gibt, der die Grundlage für eine gemeinsame Identifikation bieten könnte. Nach der Ansicht des Verfassers kann dieser Wert nur die tief in der afghanischen Bevölkerung verankerte Grundeinstellung sein, daß es nie eine ausländische Macht vermochte, in Afghanistan eine ständige Fremdherrschaft aufzubauen.

### **Schlußbetrachtung**

Dieser Beitrag versuchte, den Afghanistankonflikt und seine Hintergründe aus der Perspektive der Ethnizitätsforschung zu beleuchten. Abschließend soll noch einmal der Bogen zu den theoretischen Aussagen, die anfangs über Ethnizität getroffen wurden, gespannt werden. Es sollte verdeutlicht werden, daß in Afghanistan Ethnizität und die sich darüber definierenden Kollektive erst mit der Bildung eines Nationalstaates entstanden. Es wurde dargestellt, daß die Entstehung von Ethnizitätsbewegungen an die Existenz zentraler Strukturen gebunden ist und Ethnizität selbst dynamischen Prozessen unterliegt, die zudem durch exterritoriale Einmischung beeinflußt wurden. Das Beispiel Afghanistan zeigt, wie sich Ethnizität in einer Umbruchphase, die zweifelsohne durch die sowjetische Intervention herbeigeführt wurde, zur bestimmenden Größe bei einer Neuverteilung der Ressourcen, zum Anlaß für kriegerische Auseinandersetzungen und zur herrschenden Grenze zwischen verschiedenen Kriegsparteien entwickeln kann.

---

39 Im Mai 1992 drohte Dostum erstmals mit der Ausrufung eines eigenständigen usbekischen Staates (Amnesty International, 1992, S. 25). Im Februar 1995 drohte er, den Staat „Süd-Turkmenistan“ zu gründen, wenn die *Taleban* ihn angreifen würde (Neue Zürcher Zeitung, 23. Februar 1995).

## Zitierte Literatur

- ADAM**, Werner: Der Machtkampf in Kabul wird von einem Warlord jenseits des Hindukusch beherrscht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 19. Mai 1992.
- AMNESTY INTERNATIONAL** (Hrsg.): Länderbericht Afghanistan. 1. 1992.
- BARFIELD**, Thomas J.: The Impact of Pashtun Immigration on Nomadic Pastoralism in Northeastern Afghanistan. In: Ethnic Processes and Intergroup Relations in Contemporary Afghanistan. Hrsg. Jon W. ANDERSON u. Richard F. STRAND. New York. 1978. S.26-34 (=Occasional Paper No. 15 of the Afghanistan Council of the Asia Society).
- BHATTACHARAY**, Sauri P.: Soviet Nationality Policy in Afghanistan. In: Asian Affairs. Juni 1984. 2. S. 125-137.
- BINDEMANN**, Rolf: Religion und Politik bei den schi'itischen Hazara in Afghanistan, Iran und Pakistan. Berlin. 1987.
- BINDEMANN**, Rolf: Kunst im Widerstand. „Revolutionäre“ und „nationale“ Lieder der Hazara. In: Neue Beiträge zur Afghanistanforschung. Vorträge auf der 7. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan in Eichstätt. 13./14. November 1987. Hrsg. Erwin GRÖTZBACH. Liestal. 1988. S. 85-100 (=Schriftenreihe der Stiftung Bibliotheca Afghanica, 6).
- BUCHERER-DIETSCH**, JENTSCH, Paul u. Christoph (Hrsg.): Afghanistan. Ländermonographie. Liestal. 1986 (=Schriftenreihe der Stiftung Bibliotheca Afghanica, 4).
- BURKHARDT**, Volker: Die „Paschtunistan“-Frage als ständig wirkendes Problem in den Beziehungen Afghanistans zu Pakistan (1947-1978). In: Asien, Afrika, Lateinamerika. 1989. 17. S. 440-447.
- CENTLIVRES**, Pierre: La situation des réfugiés Afghans. In: Est & Ouest. 1989. 64. S. 8-11
- CENTLIVRES**, Pierre u. **CENTLIVRES-DEMONT**, Micheline: Pratiques quotidiennes et usages politiques des termes ethniques dans l'Afghanistan du nord-est. In: Le fait ethnique en Iran et en Afghanistan. Hrsg. Jean-Pierre DIGARD. Paris. 1988. S. 233-246.
- CHRISTENSEN**, Asger: Aiding Afghanistan. The Background and Prospects for Reconstruction in a Fragmented Society. Kopenhagen. 1995 (NIAS Reports No. 26).
- DANESCH**, Mostafa: Der Sieger steht noch lange nicht fest in Afghanistan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 5. Mai 1995.
- DJAN-ZIRAKYAR**, Rahmat R.: Stammesgesellschaft, Nationalstaat und Irredentismus am Beispiel der Paschtunistanfrage. Frankfurt a. M. 1978.
- DÖRLER**, Bernd: Wir wollen endlich Frieden. In: Der Spiegel. 18. 1992. S. 175.
- DUPREE**, Louis: Afghanistan. Princeton. 1973.
- FERDINAND**, Klaus: Nomadic Expansion and Commerce in Central Afghanistan. In: Folk. 4. 1962. S. 123-159.
- FREIGANG**, Karl-Viktor: Das neue Afghanistan wird ganz anders sein. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 8. April 1992.
- FRÖHLICH**, Dieter: Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern. Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan. Köln. 1969.
- GREVEMEYER**, Jan-Heeren: Ethnizität und Nationalismus. Die afghanischen Hazara zwischen Emanzipation, Widerstand gegen die sowjetischen Besatzer und Bürgerkrieg. Berlin. 1985. i.e. 1986 (=Ethnizität und Gesellschaft. Occasional Papers, 4).
- GREVEMEYER**, Jan-Heeren: Afghanistan nach über zehn Jahren Krieg. Berlin. 1989.
- GREVEMEYER**, Jan-Heeren: Kostspieliger Sieg. Vierzehn Jahre Krieg haben Afghanistans Gesellschaft grundlegend verändert. In: Der Überblick. 2. 1992. S. 55-59.
- GRÖTZBACH**, Erwin: Kulturgeographischer Wandel in Nordost-Afghanistan seit dem 20. Jahrhundert. Meisenheim am Glan. 1972 (=Afghanische Studien, 4).
- GRÖTZBACH**, Erwin: Afghanistan. Darmstadt. 1990 (=Wissenschaftliche Länderkunde, 37).
- HECKMANN**, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart. 1992.
- JANATA**, Alfred: Afghanistan: The Ethnic Dimension. In: The Cultural Basis of Afghan Nationalism. Hrsg. Ewan W. ANDERSON u. Nancy Hatch DUPREE. Oxford. 1990. S. 60-70.

- MEIER, Helga:** Zur Herausbildung von Nationalbewußtsein, Nation und Nationalismus in Afghanistan.  
In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*. 12. 1984. 6. S. 1013-1022.
- N.N.:** Militärisches und diplomatisches Patt in Kabul. In: *Neue Zürcher Zeitung*. 23. Februar 1995.
- ORYWAL, Erwin:** Vorwort / Erläuterungen zur Verbreitungskarte. In: *Die ethnischen Gruppen Afghanistans. Fallstudien zu Gruppenidentität und Intergruppenbeziehung*. Hrsg. Erwin ORYWAL. Wiesbaden. 1986a. S. 6-71 (=Beiheft zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Reihe B. 70).
- ORYWAL, Erwin:** Ethnische Identität – Konzept und Methode. In: *Die ethnischen Gruppen Afghanistans*. Hrsg. Erwin ORYWAL. Wiesbaden. 1986b. S. 73-86 (=Beiheft zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Reihe B. 70).
- POHLY, Michael:** Krieg und Widerstand in Afghanistan. Ursachen, Verlauf und Folgen seit 1978. Berlin. 1992 (=Studien zum modernen islamischen Orient, 6).
- POULLADA, Leon B.:** The Pushtun Role in the Afghan Political System. In: *The Afghanistan Council of the Asia Society*. (=Occasional Papers, 1). 1970.
- RATHJENS, Carl:** Strukturen und Machtausübung in Afghanistan. Zur politischen Geographie eines islamischen Staates. In: *Geographische Zeitschrift*. 78. 1990. 3. S. 186-197.
- ROY, Oliver:** Islam and Resistance in Afghanistan. Cambridge. 1985.
- ROY, Oliver:** Ethnies et appartenances politiques en Afghanistan. In: *Le fait ethnique en Iran et en Afghanistan*. Hrsg. Jean-Pierre DIGARD. Paris. 1988. S. 201-210.
- ROY, Oliver:** Afghanistan: Back to Tribalism or on to Libanon? In: *Third World Quarterly*. 11. 1989. 4. S. 70-82.
- RUBIN, Barnett R.:** The Old Regime in Afghanistan: Recruitment and Training of a State Elite. In: *Central Asian Survey*. 10. 1991. 3. S. 73-100.
- SAEED, Amera:** Afghanistan: Peshawar Accord and After. In: *Regional Studies*. 11. 1993. 1. S. 103-152.
- SAMIMY, Said Musa:** Die Taleban – Stoßtrupp der Paschtunen. In: *Mahfel. Nachrichten aus West- und Mittelasien*. 45. 1995. 2. S. 11.
- SAWEZ, Islamuddin:** Anpassung und Abgrenzung – Die Tragik. In: *Die ethnischen Gruppen Afghanistans*. Hrsg. Erwin ORYWAL. Wiesbaden. 1986. S. 284-289 (=Beiheft zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Reihe B. 70).
- SAWITZKI, Hans-Henning:** Die Elitegruppe der Akademiker in einem Entwicklungsland dargestellt am Beispiel Afghanistan. Meisenheim am Glan. 1972 (=Afghanische Studien, 5).
- SHAHRANI, M. Nazif:** State Building and Social Fragmentation in Afghanistan: A Historical Perspective. In: *The State, Religion, and Ethnic Politics: Afghanistan, Iran, and Pakistan*. Hrsg. Ali BANUAZZI u. Myron WEINER. Syracuse. 1986. S. 23-74.
- SHALINSKY, Audrey C.:** Islam and Ethnicity: The Northern Afghanistan Perspective. In: *Central Asian Survey*. 1. 1983. 2 / 3. S. 71-83.
- SLIWINSKY, M.:** Évaluation des Conséquences Humain, Sociales et Écologiques de la Guerre en Afghanistan. In: *La Lettre de Bureau International Afghanistan (BIA)*. Paris. 1988.
- STEELE, John:** Afghan Middle Class Poised between Hope and Fight. In: *The Guardian*. 13. Juli 1992.
- STRATHMANN, Heribert:** Händler und Handwerker als soziales Segment in Afghanistan. Meisenheim am Glan. 1980 (=Afghanische Studien, 19).
- TAHERI, Ahmad:** Afghanistans neue Metropole. Während in Kabul gekämpft wird, entsteht in der Provinz ein friedlicher Staat im Staat. In: *Die Tageszeitung*. 22. Mai. 1995.
- TAPPER, Nancy:** Direct Exchange and Brideprice: Alternative Forms in a Complex Marriage System. In: *Man. The Journal of the Royal Anthropological Institute. New Series*. 16. 1981. 3. S. 387-407.
- WEEKS, Richard V. (Hrsg.):** Muslim People. A World of Ethnographic Survey. Westpoint. 1984.
- WIEBE, Dietrich:** Stadtstruktur und kulturgeographischer Wandel in Kandahar. In: *Kieler Geographische Schriften*. 48. 1978.
- WIEBE, Dietrich:** Zur sozioökonomischen Raumwirksamkeit von Minoritäten: Die Hindus in Afghanistan. In: *Die Erde*. 1982. 113. S.69-84.
- WIEBE, Dietrich:** Die afghanische Flüchtlingsbewegung. In: *Afghanistan*. Hrsg. Hans Werner MOHM. Losheim. 1987. S.113-122.

### **3 Aufbau und Wiederaufbau**

#### **3.1 Zur Entwicklung des afghanischen Bank- und Kreditsystems und seine Perspektiven unter den Bedingungen der islamistischen Ideologien \***

A. Ghanie **Ghaussy**

##### **Das afghanische Geld- und Kreditsystem vor der Gründung der ersten Banken**

Der afghanische Geld- und Kreditsektor war bis 1931 nur durch das traditionelle System bestimmt. Wie in den Jahrhunderten zuvor wurde das Bargeld durch die Münzprägung der jeweiligen Herrscher in Umlauf gebracht. Kredite gab es auf dem traditionellen, unorganisierten Markt entweder als Warenkredit (Naturalkredit mit Wucherzinsen) oder in Form traditioneller Schuldscheine (Geldverleih, Barat). Da die Verzinsung der Warenkredite in Natural- und Geldform durch die Lehre des Islams verboten war, hatte der Kreditgeber bei Verzug oder Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers kaum staatlichen Rechtsbeistand. Der Kreditgeber mußte seine Forderungen in häufig unrechtmäßiger, oft grausamer Form - wie es im Westen bei der Mafia üblich ist - eintreiben. Der fehlende Rechtsbeistand einerseits und die Knappheit der Geld- und Kreditmittel andererseits führten auf den traditionellen, unorganisierten Märkten zu Zinssätzen bis zu 140% p.a. Diese Praxis der Kreditierung und der Geldverleihe, in der sich einige Afghanenstämme (insbesondere Nomaden) als besonders erfolgreich erwiesen, ist bis zu den heutigen Tagen nicht nur aus den dörflichen Gegenden Afghanistans bekannt, sondern auch und vor allem aus dem indischen Subkontinent (Pakistan und Indien), wo die afghanischen Geldverleiher sich keinen besonders ruhmreichen Namen gemacht haben. Die Kreditierung über Schuldscheine war zumeist im Handelssektor üblich. Daneben kamen häufig auch die sog. Musaraba- und Muscharka-Geschäfte auf den Märkten vor. Bei der ersten Kreditform wurde der Kreditgeber anteilmäßig nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel am Gewinn des Kreditnehmers beteiligt. Bei der zweiten Kreditform wurde generell eine Beteiligung des Kreditgebers an einem bestimmten Projekt des Kreditnehmers nach dem Prinzip des Profitsharing vereinbart. Diese Form der Kreditversorgung war in der Blütezeit des Islam in den jeweiligen islamischen Teilreichen sehr gut entwickelt. Erste Ansätze des internationalen Geld- und Zahlungsverkehrs wurden in den Zentren dieser Reiche entwickelt<sup>40</sup>. Auf dem heutigen afghanischen Staatsgebiet konnten sich allerdings solche Teilreiche nur kurz behaupten. Neben dem Reich der Ghasnawiden war nur noch das kurzlebige Reich der Timuriden in Herat zu nennen, in welchem die Wirtschaft blühte und damit auch der Zahlungsverkehr internationale Ausmaße erreichte.

Seit der Entstehung des Staates Afghanistan 1747 konnte das Land aufgrund der kurz danach entbrannten Erbnachfolgekriege und der kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem Ausland nie einen wirtschaftlichen Entwicklungsstand erreichen, in welchem sich das moderne Geld-

---

\* Dieser Vortrag wurde im Juli 1995 gehalten. Er berücksichtigt die Entwicklungen der letzten beiden Jahre nicht.

40 Vgl. C. Cahen: Der Islam I. Vom Ursprung bis zu den Anfängen des Osmanenreiches, Frankfurt 1982.

und Kreditwesen hätte entwickeln können. Die dem Merkantilismus ähnliche Politik Abdul Rahmans (1880-1901) und die ersten Reformen der Ammanullah-Periode (1915-1929) blieben auf die Schaffung der Infrastruktur beschränkt. Die Geldpolitik beschränkte sich, wie auch bei den vorangegangenen Herrschern, auf die Herausgabe von Silber- und Kupfermünzen. Dabei wurden 1926 Silbermünzen mit einem Silbergehalt von 90% und später Silbermünzen mit einem Silbergehalt von 50% herausgegeben. Der daraus resultierende Münzgewinn bildete u.a. einen Teil der Staatseinnahmen. Der Geldwert dieser Währung war nicht besonders stabil. Dies resultierte zum einen aus dem Kursverfall des Silbers, zum anderen wurde Ende der 20er Jahre dieses Geld auf den Märkten des Auslands, vornehmlich Indiens, nicht mehr angenommen.

Der Zusammenbruch des Geld- und Kreditsystems wurde durch die knapp einjährige Herrschaft von Bachae Saqau (1929) und die nach seinem Sturz erfolgte abermalige Plünderung Kabuls, insbesondere aber des „Arg“ und des dort befindlichen Schatzes vollendet. Erst nach der Machtübernahme durch König Nadir Schah (November 1929) wurde erneut versucht, das Geld- und Finanzwesen zu ordnen, wobei bis 1933 in Afghanistan immer noch keine einzige Bank existierte. Auch in dieser Zeit war der gesamte Geld-, Kredit- und Zahlungsverkehr in den Händen privater Geld- und Kreditverleiher. Der Außenhandel wurde vornehmlich über indische Kaufleute abgewickelt, die darüber hinaus auf dem Importsektor ein Monopol hatten. Die Deviseneinnahmen aus den Exporten Afghanistans in die westliche Welt konnten fast nur auf den indischen Märkten getauscht werden. Die indische Rupie war nahezu die einzige ausländische Währung, die auf dem Kabuler Markt gegen neu geprägte afghanische Münzen getauscht werden konnte.

Erst nach der Konsolidierung seiner politischen Macht - denn diese bedeutete einen Dynastiewechsel, der gegen den erheblichen Widerstand einzelner Gruppen gefestigt werden mußte - war es König Nadir Schah möglich, mit dem wirtschaftlichen Aufbau zu beginnen. Die wirtschaftliche Situation Afghanistans ähnelte damals einer Lage, die mit dem Sowjetabzug 1992 gut verglichen werden kann. Insofern ist es heute interessant, sich die Entwicklung von damals zu vergegenwärtigen.

### **Von der Gründung der Afghan National Bank zu einem neuen Bankensystem**

Beim Neuaufbau der Wirtschaft Afghanistans zielte Nadir Schah vordergründig darauf ab, das Vertrauen der Kaufmannschaft zu gewinnen. Deshalb sollte neben der Verbesserung der Infrastruktur im Verkehrs- und Bildungswesen auch die finanzielle Infrastruktur ausgebaut werden. Nadir Schah wählte dabei eine relativ liberale Politik, die von derjenigen seiner Vorgänger (Ammanullah und Abdul Rahman) deutlich abwich. Dazu gehörte zum einen die Neuordnung des Staatshaushalts durch die Änderung des Zollsystems und der staatlichen Haushaltspolitik. Zum anderen sollte durch die Neuorganisation des Außenhandels und die Stabilisierung der neuen Währung - es waren neben den neugeprägten Silbermünzen auch alte Silbermünzen sowie ausländische Goldmünzen im Umlauf - erstmalig die Gründung einer Bank ermöglicht werden.

## **Die Bank Millie Afghan (Afghanische Nationalbank)**

Die BMA wurde trotz des erheblichen Widerstands des im Kabinett vertretenen Geistlichen Mojaddadi mit der Berufung des im In- und Ausland anerkannten Kaufmanns A.M. Zaboli und einer Gruppe von Mitgliedern der Herater und Kabuler Kaufmannschaft gegründet. Mojaddadi war nicht nur das Oberhaupt des orthodox-konservativen Naqschbandiordens, sondern er hatte auch auf einige Paschtunenstämme in Afghanistan und Indien erheblichen Einfluß. Diese Bank, die als ein „Joint Venture“ zwischen dem Staat und den privaten Kaufleuten zunächst als eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von ca. 7 Mill. Afgh. (zu damaligen Kursen etwa 1 Mio. US-\$) gegründet wurde, übernahm im Jahre 1937 sowohl die Funktionen einer Zentralbank als auch die einer Geschäfts-, Investitions- und Außenhandelsbank. Daneben oblag ihr die Kassenführung des Staates, die Regulierung der Geldmenge und die Stabilisierung des Binnen- und Außenwertes der Währung. Der bedeutendste Erfolg der Bank Millie war zunächst die Einführung der Papierwährung im Jahre 1935 - eine Aufgabe, die angesichts einer von Kriegen geplagten Bevölkerung, deren Haltung gegenüber der Herrschaft und der Regierung von starkem Mißtrauen geprägt war, glanzvoll gemeistert wurde. So wurde die neue Papierwährung innerhalb kürzester Zeit der Metallwährung als gleichwertig anerkannt, wozu die 100 prozentige Einlösbarkeit der Noten in das sich parallel dazu im Umlauf befindliche Münzgeld beitrug. Erst 5 Jahre später, nachdem das Vertrauen der Bevölkerung in Banknoten vollkommen gefestigt war, konnte die Einlösbarkeit der Noten in Silber aufgehoben werden.

Mit der Beseitigung der ausländischen Monopole auf dem Außenhandelssektor und der Entstehung eines Bankmonopols, welches vom Staat wegen seiner Beteiligung an der Bank gefördert wurde, gelang es dieser Institution, wichtige afghanische Exportprodukte wie Karakulfelle, Wolle, Baumwolle direkt auf den Börsen in London, Liverpool, Leipzig und New York anzubieten. Es gelang ihr ferner, die Macht der ausländischen Firmen auf dem inländischen Markt zu brechen. Erstmals in der Landesgeschichte war es der Bank möglich, als Kapital-sammelstelle - wenn auch zunächst in bescheidenem Umfang - zu fungieren. Dienlich war hierbei auch die Politik der Bank in bezug auf die von ihr neu gegründeten Handelsgesellschaften, welche vornehmlich auf dem Außenhandelssektor aktiv wurden. Durch die Ausschaltung der meist indischen Mittelsmänner gelang es der Bank und den von ihr kontrollierten Exportgesellschaften, hohe Gewinne zu erzielen, die immer wieder reinvestiert wurden und damit sowohl den Firmen als auch der Bank eine starke Kapitalbasis ermöglichten. Da die Bank gleichzeitig auch Zentralbankfunktionen ausübte, konnte sie die Differenz zwischen den sehr niedrigen Einkaufspreisen bei einigen wichtigen Exportgütern und deren hohen Exporterlösen als Gewinne - über eine multiple Wechselkurspolitik (Wechselkurssteuer) - abschöpfen und somit für den Staat neue Einnahmemöglichkeiten schaffen. Diese multiple Wechselkurspolitik sah nicht nur die generelle Ablieferungspflicht der Devisen an den Staat vor, sondern beinhaltete gleichzeitig eine unterschiedliche Bewertung der Exporterlöse verschiedener Waren zu unterschiedlichen Kursen. Eine solche multiple Wechselkurspolitik, die allerdings immer wieder den neuen Verhältnissen angepaßt wurde, blieb bis zum Jahre 1963 das Rückgrat der Devisenbewirtschaftungspolitik des Staates.

Noch bedeutender war die Rolle der Bank beim Aufbau von Industrien. Innerhalb von nur wenigen Jahren gelang es ihr, den Textilsektor aufzubauen, eine Zuckerfabrik, Baumwollentkörnungsanlagen, eine Margarinefabrik, eine Zementfabrik und eine Metallverarbeitungsfabrik zu errichten sowie die Elektrifizierung des Landes mit dem Aufbau von Sarobi voranzutreiben. Es gelang ihr ferner, auf dem Verkehrssektor den städtischen Linienverkehr in Kabul sowie den



geregelten Busverkehr mit den Provinzstädten zu organisieren. Bis Anfang der 50er Jahre erlangte die Bank eine solche wirtschaftliche und politische Macht im Lande, daß diese von der Regierung nicht mehr geduldet wurde. Der Vorwurf, die Bank sei ein „Staat im Staate“, wurde immer heftiger, so daß sie gezwungen wurde, im Rahmen der Verstaatlichungspolitik der ersten Daud-Regierung im Jahre 1953 die Elektrizitätsgesellschaft, die Baumwollgesellschaft einschließlich ihrer Fabriken und die Metallverarbeitungsgesellschaft völlig aufzugeben und bei einigen anderen Firmen ihre Mehrheitsbeteiligungen abzubauen. Das Ziel dieser Politik - daß die Bank ihre in der Wirtschaftsgeschichte des Landes beispiellose Expansion nicht mehr fortsetzen konnte - war erreicht. Sie war praktisch nur damit beschäftigt, sich selbst und die noch in ihrem Besitz verbleibenden Unternehmungen zu konsolidieren. Erst mit der sog. Demokratisierung des Landes nach 1964 konnten die Bank und ihre Firmen bis zu ihrer Verstaatlichung im Jahre 1975 eine etwas aktivere Geschäftspolitik gestalten, wobei sie nunmehr in ihren Aufgaben neuen Konkurrenten gegenüberstand: der Da Afghanistan Bank und der Afghanischen Handelsbank.

### **Die „Da-Afghanistan Bank“**

Die Da-Afghanistan Bank entstand durch die Ausgliederung des „Currency Department“ der Afghanischen Nationalbank (Bank Millie). Bei der Gründung der Bank Millie hatte der Staat nur eine geringe Beteiligung an der Bank Millie, die allerdings innerhalb von ca. 5 Jahren sehr stark aufgestockt wurde. Diese Aufstockung der Beteiligung des Staates an der Bank Millie bildete dann 1939 das Grundkapital der „Da-Afghanistan Bank“ als neue Zentralbank des Landes<sup>41</sup>. Während 5 Jahre zuvor aufgrund der geringen Geschäftsmöglichkeiten eine Trennung von Geschäftsbanken- und Zentralbankfunktionen nicht möglich und nicht notwendig erschien, war es nunmehr so, daß eine mehrheitlich private Geschäftsbank kaum geeignet war, Zentralbankfunktionen auszuüben. Die neu gegründete Zentralbank sollte deshalb die Regulierung des Notenumlaufs und des Devisenmarktes übernehmen sowie ferner die Rediskontsätze festsetzen und für die Sicherung der Geldwertstabilität sorgen. Allerdings konnte die Zentralbank ihre diesbezüglichen Aufgaben als „Bank der Banken“ nie erfüllen. Zur Verwirklichung ihrer Zentralbankfunktionen fehlten ihr die Möglichkeiten der Diskont- und Lombardpolitik sowie der Mindestreservpolitik. Zur Beeinflussung der Kreditpolitik war der Umfang der Kredite der beiden Geschäftsbanken zu gering. Zu einer Offenmarktoperation fehlten ihr die offenmarktfähigen Papiere. Nicht nur damals, sondern bis heute sind diese Zentralbankmöglichkeiten zur Geldmengensteuerung der Da-Afghanistan Bank mangels Masse fremd geblieben. Sie konnte deshalb als Zentralbank praktisch nur die Kassenhaltung des Staates durchführen. Bei der Notenausgabe und der Festsetzung der Wechselkurse war sie nicht allein entscheidungsberechtigt. Diese Aufgabe oblag primär der Regierung (bis 1964 nur dem Finanzministerium, danach dem Finanzministerium und dem Parlament). Um so stärker fungierte sie jedoch als Geschäfts- und Beteiligungsbank, zunächst mit dem vorherrschenden Ziel, die Macht der Bank Millie zu brechen, später jedoch, um als staatliche Bank im Rahmen der Entwicklungspolitik ab 1956 den Außenhandel und Zahlungsverkehr mit dem Ausland abzuwickeln. Als Staatsbank pflegte die Da-Afghanistan Bank einen regen Geschäftsverkehr

---

41 Sie wurde mit einem Kapital von 120 Mill. Afgh. (ca.17,1 Mill. \$) gegründet.

mit privaten Kunden, indem sie Einlagen akzeptierte und privaten Geschäftsleuten Kredite gewährte. Als staatliche Beteiligungsbank übernahm sie nicht nur die verstaatlichten Anteile einiger Bank Millie-Unternehmen, sondern spielte auch die Initiatorrolle bei der Gründung anderer Banken und Spezialkreditinstitute sowie der Errichtung einiger neuer Industrien (Zement, Kabul-Textil, Elektrizitätsgesellschaft etc.). Sie konnte allerdings der im Westen üblichen Vorstellung einer relativ autonomen Zentralbank nie gerecht werden. Nach dem Putsch der Kommunisten wurde sie - wie übrigens auch bei anderen Zentralverwaltungswirtschaften geschehen - zu einer reinen Agentur des Staates umfunktioniert.

### **Die Paschtanei Tejarati Bank (Afghanische Handelsbank)**

Diese dritte Bank, die 1954 als Konkurrent zur Bank Millie vom Staat gegründet wurde, sollte sich vornehmlich den kurz- und mittelfristigen Geschäften widmen, eine Aufgabe, die nach Ansicht der damaligen Regierung von der Bank Millie vernachlässigt wurde. In der Tat konnte die Paschtanei Bank nach ihrer Gründung ihre Geschäfte sehr schnell ausweiten, da zum einen die staatlichen Unternehmen erhebliche Einlagen vornahmen und sie zum anderen durch die aus der Sicht der Privatkundschaft günstigeren Soll- und Habenzinsen zu einer echten Konkurrenz der Bank Millie wurde. Auch diese neu gegründete Bank beteiligte sich an mehreren Handels- und Transportunternehmen sowie in einigen Industriebereichen. Im Zuge ihrer expansiven und vom Staat geförderten Politik war die Bank in der Lage, ihr Kapital innerhalb von 5 Jahren zu verdoppeln. Ab Mitte der 60er Jahre stagnierte ihre Entwicklung, was vor allem damit zusammenhing, daß erstens die staatlichen Zuwendungen abnahmen, zweitens die Bank sich an größeren Unternehmen beteiligte, als ihr Kapital und ihre Reserven es zuließen und daß sie drittens in ihren Aktivgeschäften sehr aggressiv vorging, um sich im Wettbewerb mit der Bank Millie zu behaupten. Diese Geschäftspolitik wurde in der Bilanz zwar immer noch als eine Expansion verzeichnet, ihre dubiosen Forderungen hatten jedoch Anfang der 70er Jahre fast den gesamten Wert des Grundkapitals überschritten. Ihre Aktie im Nennwert von 1000 Afgh. fand wohl auch deshalb mit einem Abschlag von 75 - 80 % kaum noch Käufer.

### **Die Spezialkreditinstitute**

Bei den Spezialkreditinstituten handelt es sich um die 1948 gegründete Bau- und Hypothekenbank, die 1953 gegründete Landwirtschaftsbank und um den 1958 errichteten Industriefonds. Sie alle wurden von der Da-Afghanistan Bank im Auftrag des Staates gegründet. Die Bank Millie war nur mit einem bescheidenen Anteil beteiligt. Obwohl die Notwendigkeit für die Gründung solcher Banken in einem Entwicklungsland wie Afghanistan erheblich war, ist es nicht vonnöten, in einem kurzen Referat ihre tatsächliche Bedeutungslosigkeit hervorzuheben. Sie waren weder finanziell noch technisch in der Lage, ihre bei der Gründung gesetzten Ziele auch nur annähernd zu verwirklichen. Auch eine Reaktivierung der Geschäftspolitik der Landwirtschaftsbank mit ausländischem Management und die Neugründung der Industrial Development Bank mit Auslandsbeteiligung (Weltbank) und ausländischem Management ab 1971 haben an dieser Tatsache nichts geändert. Grob geschätzt waren die Kosten des Managements in diesen beiden Spezialinstituten größer als ihre Kreditvergabe und an den landwirtschaftlichen oder industriellen Sektor. Ihre gesetzten Ziele konnten auch nicht annähernd verwirklicht werden.

Beurteilen wir nun die Entstehung des Bankensektors von Beginn an bis zur seiner Verstaatlichung im Jahre 1975, so können wir folgendes feststellen:

- Die drei Hauptbanken waren zwar in der Lage, durch die Errichtung eines Filialnetzes, welches die Provinzen und einige Haupthandelsstädte des Auslands überspannte, den Einkauf, die Verarbeitung und den Export der wichtigsten afghanischen Produkte wesentlich zu erleichtern, was zu einer Steigerung der Deviseneinnahmen des Landes führte. Sie waren jedoch trotz des Filialnetzes nicht in der Lage, als intermediäre Finanzinstitutionen und als Kapitalsammelstellen wirksam zu fungieren. Dies lag zum einen an der starren Geschäftspolitik der Banken, zum anderen aber auch am Verhalten des Staates, dem die Einleger, Sparer und andere Kapitalbesitzer kein Vertrauen schenkten. Überdies sind noch der geringe Monetarisierungsgrad der Wirtschaft, der hohe Anteil der agrarischen Subsistenzwirtschaft, die besonders hohe Armut breiter Bevölkerungsschichten und die in der Bevölkerung tief verankerten traditionellen Sparformen zu nennen, die ihrerseits dem Wachstum von Banken deutliche Grenzen setzten.
- In den 30er und 40er Jahren versuchten die jeweiligen Regierungen, das Vertrauen der Bevölkerung und des Privatkapitals zu gewinnen. Man überließ den privaten Anlegern die Initiative und war bereit, sie zu schützen. In den 50er (ab 1953) und 70er Jahren (ab 1973) begann der Staat, gegenüber der Privatwirtschaft eine relativ feindliche Politik zu führen, was mit aktiver und kalter Verstaatlichung einiger Bereiche verbunden war. So war es nicht verwunderlich, daß trotz einer relativ freundlichen Politik der Regierungen in den 60er Jahren sowie aus Auslandshilfe und Entwicklungsplanung resultierendes neu gebildetes Kapital, der Privatsektor nur in geringem Maße bereit war, sich bei der Gründung neuer Banken zu engagieren oder sein Spar- und Investitionsverhalten nennenswert zu ändern. Das Ende der Monarchie durch den Putsch von Daud, welcher anfänglich mit einer quasi-kommunistischen Proklamation der Wirtschaftspolitik verbunden war, unterstrich die schon immer latent vorhandene und weit verbreitete Skepsis der Bevölkerung und des Privatkapitals gegenüber dem Staat.
- Die staatliche Defizitpolitik und das damit verbundene zusätzliche Wachstum hatte seit 1950 ununterbrochen zu einem Verlust der Kaufkraft im Lande geführt. 1950 betrug die Defizitfinanzierung ca. 22% der Gesamtausgaben des Staates. Zu Beginn des ersten Planes erhöhte sie sich auf ca. 34%, bei Anlauf des zweiten Planes (1962/63) auf 59%. Das Defizitwachstum verlangsamte sich zwar im dritten Plan (1966/67-1971/72) und im Verlauf der ersten beiden Jahre des nicht verwirklichten ersten 7-Jahresplanes, blieb aber dennoch recht hoch. Größtenteils erfolgte die Defizitfinanzierung über Zentralbankkredite, die im zweiten Plan 12% und im dritten Plan 16% betrug.<sup>42</sup> In entsprechender Weise stieg die Geldmenge.<sup>43</sup> Erst im Laufe des vierten Plans sollte der Umfang der Zentralbankkredite reduziert werden. Die andauernde Fortsetzung der Defizitfinanzierung - größtenteils durch Zentralbankkredite und durch die Expansion der Geldmenge - bewirkte im Verlauf der ersten drei Pläne, also von 1956-1972, einen Preisanstieg, der deutlich über der Wachstums-

---

42 Vgl. A.G. Ghaussy: Grundzüge des vierten Entwicklungsplanes in Afghanistan, in: Afghanistan Journal, Bd. 2 (1975), S.112 ff

43 Im Jahre 1950 betrug sie unter 1 Mrd. Afgh., zu Beginn des 1. Planes (1956) ca. 2 Mrd., zu Beginn des zweiten Planes (1967) ca. 3 Mrd. und erreichte 1972 den Wert von 10 Mrd. Afgh., ohne jedoch mit einer adäquaten Produktionssteigerung verbunden zu sein.

rate des Sozialprodukts lag.<sup>44</sup> Damit verschlechterte sich während der gesamten betrachteten Periode der Außenwert der Währung. Da die Zentralbank mit der Reform der Wechselkurspolitik im Jahre 1963 gezwungen war, dem Freimarktkurs zu folgen, mußte sie die Währungsreserven (Gold und Devisenreserven) immer wieder neu bewerten, was sich wiederum in einer erneuten Geldmengenexpansion und Verschlechterung des Wechselkurses niederschlug.<sup>45</sup> Der ständige Verlust des Außenwertes der Währung führte, wenn man als Maßstab dieser Bewertung nicht die einheimische Währung, sondern die stabileren Reservewährungen nimmt, somit zu einer erheblichen Verminderung des Gesamtvermögens des Bankensystems.

### **Das Bank- und Kreditsystem unter staatlicher Kontrolle**

Wie bereits angeführt wurde, verstaatlichte Präsident Daud 1975 das gesamte Banken- und Kreditsystem. Ein Gesetz sah vor, daß nur Anteilseigner im Besitze von bis 200.000 Afgh. innerhalb einer bestimmten Frist entschädigt wurden. Von dieser kalten Verstaatlichung waren in erster Linie die Aktionäre der Bank Millie betroffen, die nicht nur ihren Aktienbesitz bei der BMA, sondern auch ihr Vermögen über ihre Beteiligungen an einigen bedeutenden Unternehmen (ATC, Wollfabrik, Karakul- und Teppichgesellschaft) verloren. Die Vermögensverluste der Aktionäre bei der Paschtanei Tejarati Bank war relativ unbedeutend. Die Banken sind seit dieser Zeit praktisch der verlängerte Arm des Staates. Das seit den 30er Jahren mühselig erworbene Vertrauen der Bevölkerung in das Bankensystem wurde damit erneut völlig zerstört, insbesondere auch deshalb, weil das Kabinett Dauds größtenteils aus Jungrevolutionären des Parcham-Flügels der kommunistischen Partei bestand. Erst mit der Konsolidierung seiner persönlichen Macht begann Daud zwei Jahre nach dem Putsch, endlich einen Siebenjahresplan für die Entwicklung des Landes vorzulegen (1978-1983), der aber vornehmlich auf Daten des nicht verwirklichten vierten Fünfjahresplans der Monarchie basierte. Bis auf die Sünden der Vergangenheit bezüglich der Vermehrung der Geldmenge, der Defizitfinanzierung und der Abhängigkeit des Landes vom Ausland wurden über die Banken und das Kreditsystem sowie über deren zukünftige Rolle keine strategischen Angaben gemacht. Mit dem Putsch der Kommunisten im Jahre 1978 und der sowjetischen Besetzung des Landes 1980 wurde der Plan ohnehin bedeutungslos.

In der etwa 12jährigen kommunistischen Herrschaft wurde auch in Afghanistan eine nach sowjetischem Muster geprägte Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben. Ausgenommen war hierbei der Außenhandelssektor, der nicht ganz verstaatlicht wurde. Folgt man den Angaben der Regierung, so hat sich die Reserveposition des Landes im Währungsfonds und seine internationale Liquidität (Gold, Devisen und SZR) nicht nennenswert geändert. Der Dollarkurs auf

---

44 Die Wachstumsraten des Sozialprodukts sollten von 1962 -1972 durchschnittlich ca. 3% betragen. Aus den o.a. Daten ergibt sich für die Geldmenge eine durchschnittliche Wachstumsrate von 50%. Die Preissteigerungsrate war allerdings höher als diejenige des Sozialproduktes, blieb aber erheblich unter der Wachstumsrate des Geldvolumens. Dies ist zum einen mit dem geringen Monetarisierungsgrad der Wirtschaft zu erklären, und zum anderen wurde die angestiegene Geldmenge größtenteils zur Aufstockung der Kassenbestände (Zunahme der Liquidität) der Haushalte und Unternehmungen verwendet

45 Zu Beginn des ersten Plans betrug der Kurs des Dollar im Basar 41,6 Afgh. Er stieg 1972 auf ca. 81 Afgh. Für die Entwicklung der Kurse ab 1937/38 bis 1964, vgl. Rhein/Ghaussy; a.a.O., S. 116

dem Markt - soweit es einen solchen gab - blieb konstant und verschlechterte sich erst in den Jahren 1990 -1992 (ca. 73 Afgh. 1991 statt ca. 55 Afgh. im Jahre 1984).

Die Summe der Sicht-, Termin- und Spareinlagen (M3) in Banken sowie ihre Kredite an private und öffentliche Unternehmen versiebenfachten sich zwar zwischen 1978 und 1991. Diese Steigerung war allerdings bedingt durch eine Verzehnfachung der gesamten Geldmenge (sie stieg von 23,3 Mrd. Afgh. 1977 auf 351 Mrd. Ende 1991). Die Vervielfachung der Geldmenge resultierte wiederum nicht aus der Zunahme der Aktivität des privaten Sektors, sondern ausschließlich aus der Verschuldung des Staates bei der staatlichen Zentralbank, d.h. durch Ausgabe von Banknoten, die parallel zur Geldmenge von 12,8 Mrd. im Jahre 1978 auf 473,5 Mrd. 1991 stieg<sup>46</sup>

Am Vorabend des sowjetischen Abzugs aus Afghanistan war nicht nur das Geld- und Kredit-system, sondern die gesamte Wirtschaft Afghanistans nahezu völlig zusammengebrochen.

### **Perspektiven für das afghanische Banken- und Kreditssystem unter islamistischer Ideologie**

Die Machtübergabe des Nadjibullah-Regimes an die „unheilige“ Allianz der Mudjahedin-gruppen im April 1992 änderte im Geld- und Kreditwesen des Landes nur wenig. Durch den Ausbruch des Bürgerkrieges wurden die noch verbleibenden Reste, die einen Wiederaufbau hätten rechtfertigen können, abermals weitgehend zerstört. Nur in den befriedeten Zonen des Westens und des Nordens begann der Wiederaufbau sehr zaghaf. Angesichts des nunmehr 3 Jahre währenden Bürgerkrieges, dessen Ende noch nicht in Sicht ist, ist es sehr schwierig, eine Prognose über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung des Landes sowie über die Entwicklung eines neuen Banken- und Kreditystems zu stellen. Sie wird vielmehr von den Optionen abhängen, die im Zusammenhang mit einer dauerhaft etablierten Zentralregierung stehen werden. Bekanntlich ist weder eine solche dauerhafte Lösung in Sicht, noch kann irgend etwas Konkretes über ihre Gestaltung gesagt werden. Hiervon würde aber das gesamte Rechtssystem des Landes und damit auch die zukünftige Gestaltung des Banken- und Kreditsektors abhängen. Dennoch lassen sich die Konturen unterschiedlicher Optionen in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Die Quellen für das gegenwärtige Rechtssystem sind nach der Machtergreifung der Mudjahedin-Gruppen diejenigen, die auch in der Zeit der Monarchie gültig waren. Sie basierten nicht nur auf den Quellen fanatisch fundamentalistischer Ideologien, sondern auch auf dem säkularisierten, staatlich gesetzten Recht sowie auf dem Gewohnheitsrecht. Für die Entwicklung des Wirtschaftsrechts sind dabei das säkularisierte, staatlich gesetzte Recht, vor allem aber die Bestimmungen des Afghanischen Handelsgesetzbuches relevant, das mit dem Reformwerk Ammanullahs in Afghanistan eingeführt wurde. Allerdings darf dieser Rechtszustand nicht überbewertet werden, denn hier wird dem staatlichen Gesetz Vorrang gegenüber dem Scharia-Recht eingeräumt, sofern das staatliche Gesetz nicht gegen die Grundprinzipien des Islam verstößt. Weder in Kabul, wo z.Zt. die islamistische Koalition unter Rabbani herrscht, noch im Westen unter Gouverneur Ismail Khan oder im Süden, wo die Taliban-Fundamentalisten die Macht ausüben,

---

46 Vgl. IMF, a.a.,O., Washington, D.C. 1980, S. 54 und 1994, S. 76

werden vermutlich Neigungen vorherrschen, bei einer eventuellen Machtkonsolidierung den Vorrang der staatlichen Gesetze vor der Scharia aufrechtzuerhalten. Ausgenommen wäre möglicherweise eine Situation, in der die Macht der Zentralregierung einer unabhängigen Kommission übertragen würde, wie dies der UN-Plan vorsieht. In diesem Fall wird möglicherweise zumindest das Wirtschaftsrecht ohne nennenswerte Änderung beibehalten werden können, was für die Entwicklung eines neuen Banken- und Kredit-systems positiv zu beurteilen wäre. Denn das afghanische Handelsrecht ist nach dem türkischen Handelsrecht entstanden, welches wiederum schweizerische, belgische und deutsche Vorbilder hat und damit den Anspruch erheben kann, modernistischen Kriterien des geschlossenen Wirtschafts- und Handelsrechts zu entsprechen, wie sie auch in den islamischen Reformstaaten üblich sind (Türkei). Neben dem Handelsgesetzbuch werden auch andere staatliche Gesetze wirksam bleiben, die für die Entwicklung der Wirtschaft und den Aufbau eines neuen Banken- und Kredit-systems größte Bedeutung haben, wie z.B. das Einkommenssteuergesetz, das Niederlassungsgesetz für Ausländer, das erst 1967 verabschiedete Gesetz zur Förderung in- und ausländischer Investitionen sowie das Arbeitsgesetz. Unter dieser Option werden vermutlich auch die die Wirtschaftsordnung bestimmenden Grundelemente, wie die Sicherung des Privateigentums, die Gewerbefreiheit, Koalitions- und Niederlassungsfreiheit unangetastet bleiben, was dem Aufbau und der Entwicklung eines Banken- und Kredit-sektors zuträglich wäre.

2. Kommt es jedoch zu einer Stabilisierung, Ausweitung oder Neuformierung der islamistischen Koalition, z.B. unter Beteiligung noch radikalerer Islamisten (z.B. Taliban) an der Macht, so kann das Scharia-System möglicherweise in Bereiche vordringen, die bislang modernisiert, säkularisiert und reformiert waren. Hierzu gehören auch das Wirtschafts- und das Handelsrecht. Man braucht keinen Hehl daraus zu machen, daß fast alle Gruppen, die gegenwärtig im Namen des Islam in Afghanistan um die Macht kämpfen, direkt oder indirekt vom Ausland, insbesondere von Pakistan, Iran und Saudi-Arabien abhängen. In allen drei Staaten sind fundamentalistische Grundvorstellungen über die Islamisierung der Wirtschaft vorherrschend. Sie zielen auf eine Transformation des afghanischen Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nach ihren eigenen islamistischen Vorstellungen und Ideologien ab. Dies zeigt die politische Entwicklung in Afghanistan in den letzten drei Jahren deutlich. Im Bereich der Wirtschaft und der weiteren Perspektiven für das Banken- und Kredit-system stellt sich nun die Frage, wie innerhalb einer islamischen Wirtschaft das Banken- und Kredit-system aussehen könnte. Dabei zeichnen sich folgende Alternativen ab:
  - Geht man vom iranischen und pakistanischen Modell aus, so müßten alle Banken islamisiert werden. Sie werden dabei nicht nur verstaatlicht, sondern auch in ihren Aktiv- und Passivgeschäften dem Prinzip der Zinslosigkeit unterstellt, da nach Sure 2, Vers 275, 279 - 280; Sure 3, Vers 130 sowie Sure 30, Vers 39 die Forderung eines Zinses, der als zusätzlicher Betrag über den Nominalbetrag des Darlehens hinaus im voraus festgelegt wird, verboten ist. Ein solches Verbot schränkt in einem modernen Kredit-system nicht nur den Einsatz zentralbankpolitischer Instrumente, wie Diskont-, Offenmarkt- und Kreditpolitik ein, sondern beschränkt den Rahmen der Geschäftsbanken für ihre gesamten Aktiv- und Passivgeschäfte. Auch die Ausgabe von staatlichen Obligationen und Anleihen fallen unter dieses Verbot, weil sie als marktfähige Papiere verzinst sein müssen. Hierdurch bleibt u.a. die Finanzierung wichtiger gemeinnütziger Projekte aus.

Bei den islamisierten iranischen und pakistanischen Banken werden vom Staat bestimmte Finanzierungsarten<sup>47</sup> für ausgesuchte ökonomische Aktivitäten auf ausgesuchten Märkten vorgeschrieben. Insgesamt sind es 14 bzw. 12 Finanzierungsarten, die als islamisch anerkannt gelten, wovon sowohl im Iran als auch in Pakistan die Murabaha-, Mudaraba- (persisch: Musaraba) und Muscharaka-Geschäfte den weitaus überwiegenden Teil der Geschäfte (im Jahr 1988 im Iran: 65,3%) ausmachen. Die Mudaraba- und Muscharaka-Geschäfte gehen von einer Erfolgsbeteiligung aus, die der islamischen Praxis der Moamelat nahekommt, jedoch aufgrund ihrer Risiken ökonomisch nicht selten als fraglich erscheint. Hierbei können nämlich die Kunden den Erfolg ihrer Operationen künstlich beschönigen, um zu den gewünschten Krediten zu kommen. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde werden seitens der Banken die kurzfristigeren Murabaha-Geschäfte bevorzugt. Hierbei werden im Vertrag Kauf- und Verkaufspreise mit Abschlägen bzw. Aufschlägen zwischen der Bank und ihrem Kunden für den Kredit z.B. in Form eines Wertpapiers festgelegt. Diese Form der Kreditgewährung bindet vor allen Dingen bei kurzfristigen Handelsgeschäften und stellt ein relativ risikofreieres Geschäft dar.

- Das Modell der arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabiens, geht von ähnlichen Zinsumgehungsgeschäften aus. Nur sind die Banken hier wesentlich pragmatischer. Sie tätigen nicht nur die bereits erwähnten Mudaraba-, Muscharaba- und Murabaha-Geschäfte etc., sondern stellen bei den reinen Bankkrediten statt Zinsen „Bearbeitungsgebühren“ (service charges) in Rechnung, die häufig sogar proportional zur Kredithöhe ansteigen. Diese Form der Kreditgewährung der Banken stellt dabei den Hauptteil der Geschäfte zwischen der Bank und den Kunden dar. Damit umgeht man zwar die Zinsen, läßt aber Zweifel am islamischen Charakter dieser Art von Zinsumgehung aufkommen. Mit der Wahl dieser Methode durch die erste Bank Afghanistans, konnte übrigens die ablehnende Haltung der Geistlichkeit im ersten Kabinett Nadir Schahs gegen die Erhebung von Bankzinsen beseitigt werden. Sollzinsen wurden dabei nicht als „Zins“, sondern schlichtweg als Stempelgebühren (Ticket-Puli) deklariert, welche nicht als antiislamisch galt und in der langjährigen Geschäftspraxis dem Begriff „Zins“ gleichgestellt waren.

Die Verwirklichung beider Modelle würde den zukünftigen Aufbau und die Entwicklung des Banken- und Kreditsektors in Afghanistan schwer hemmen. Die Erfahrungen islamischer Banken in den arabischen Staaten zeigen, daß sie als parallel zu den bereits bestehenden - mit einem größeren Erfahrungsschatz ausgerüsteten und deshalb erfolgreicher operierenden - Geschäftsbanken bestimmte positive Entwicklungsfunktionen übernehmen können, dort jedoch, wo sie kraft Gesetz die klassischen Geschäftsbanken ersetzen, erweisen sie den jeweiligen Ländern nur noch Bärendienste. Untersuchungen über die islamischen Banken in einigen Ländern zeigen<sup>48</sup>, daß die Finanzierungslaufzeiten islamischer Banken kurzfristiger waren als diejenigen konventioneller Banken, daß sie die kleineren und mittleren Kunden diskriminierten, daß sie ihre Kreditzusagen teilweise aufgrund religiöser Verbindungen trafen, daß sie die bäuerlichen Finanzierungen vernachlässigten, daß sie kaum langfristiges Sparkapital mobili-

---

47 Diese sind: Murabaha, Mudaraba, Muscharaka (Madani und Hoquqi), Musara a, Musaqt, Ratenkauf und -verkauf, Salam, Salaf, Joala und Qarsi Hassana.

48 Vgl. Chr. Staab: Die Bedeutung islamischer Banken für die wirtschaftliche Entwicklung im Sudan, Offenbach 1989.

sieren konnten und daß sie schließlich Metropolen und Ballungszentren bevorzugten. Diese diskriminierende Geschäftspolitik, die zwar auch den konventionellen Banken angelastet wurde, wurde viel stärker noch von den islamischen Banken praktiziert. Auch die im Westen gegründeten islamischen Banken, die vornehmlich mit Petrodollars der arabischen Staaten z.B. in Genf, Kopenhagen und London in den 70er und 80er Jahren gegründet wurden, waren wenig erfolgreich und mußten in einfache Finanzierungsgesellschaften umfunktioniert werden. Die Nutznießer dieser islamischen Banken waren zumeist westliche „Manager“, die arabischen Scheichs die Funktionsfähigkeit und Vorteile islamischer Banken schmackhaft machten, ohne allerdings ihre Erfolge sichern zu können. In einem vom Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Land wie Afghanistan, in dem ein Großteil des Kapitals vernichtet und deshalb äußerst knapp ist, sollten beim Aufbau der finanziellen Infrastruktur sowohl Kriterien der wirtschaftlichen Effizienz dieser Institutionen berücksichtigt werden als auch ihre entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit.





### **3.2 Leistungen der Wirtschaftsfakultät der Universität Kabul für die Modernisierung der afghanischen Wirtschaft und der Staatsverwaltung**

Said Sharif **Sharaf**

Wenn man zu der obigen Überschrift etwas sagen soll, ist man als ehemaliges Mitglied der Wirtschaftsfakultät leicht versucht, die Chance zu nutzen, die Leistungen der Fakultät herauszuputzen, seine eigenen nicht zu unterschlagen, sich feierlich zu geben und auch zu feiern. Man hat ja auch gute Gründe dazu. - Es wäre das Tüpfelchen auf dem „i“, wenn ich aufzählen würde, was nun - nach der gewaltsamen Beendigung der Partnerschaft - alles zu beklagen ist.

Die Universität Kabul hatte keine altehrwürdige Tradition, an die sie anknüpfen konnte. Nicht ein Volksbegehren hat sie ertrotzt. Die „hausväterliche“ Gesinnung eines absoluten Monarchen hat sie erst ermöglicht. Sie ist auch nicht aus einem Guß entstanden, sondern hat sich sukzessiv entwickelt. Der eigentlichen Gründung der Universität im Jahr 1946 gingen gleichsam Probestarts für ausgewählte Fakultäten voraus. Die Auswahl der Fakultäten erfolgte nach dem Muster der Abbasidenkhalifen am Hof von Bagdad, die ja bekanntlich die erste Universität überhaupt ins Leben riefen. Es begann auch in Afghanistan mit der Medizinischen Fakultät, die Nadir Shah 1932 - ein Jahr vor seiner Ermordung - hatte einrichten lassen. Partnerschaftliche Beziehungen zur Universität Lyon wurden angebahnt.

Nicht nur in Bagdad, sondern überall, wo Monarchen regierten, folgte dann die Einrichtung einer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, die eher eine beratende als ausbildende Funktion zu übernehmen hatte. Das geschah in Kabul 1938. Es galt, die Legitimation des Herrscherhauses herauszustellen, seine Stellung gegenüber Adel und Großgrundbesitzern abzugrenzen. Gerade in Afghanistan war die Stabilität des Herrscherhauses von der Loyalität der Feudalherren abhängig.

Wegen der in französisch abgefaßten Noten im internationalen Schriftverkehr (Französisch ist die Sprache der Diplomaten) wurde dann auch 1956 - 10 Jahre nach der Gründung der Universität - die Partnerschaft zu Lyon und zur Sorbonne gesucht und gefunden.

Die Gründung einer naturwissenschaftlichen und literarischen Fakultät wurde 1938 bzw. 1942 angestrebt und angenommen, was nicht selbstverständlich war. Daß die Mehrheit der Mullahs nicht gegen die Einrichtungen einer naturwissenschaftlichen und literarischen Fakultät, den Standbeinen für empirische und Geisteswissenschaften schlechthin, mobil machte, ist ein eindrucksvoller Gegenbeweis für die Annahme, alle Mullahs seien pauschal als Bremsen des Fortschritts anzusehen. Sie ist ein Zeugnis kritischer Reflexion gegenüber jeglicher staatlicher Übermacht - der eines absoluten Monarchen ebenso, wie der imperialer Mächte. Afghanistan mußte auf naturwissenschaftlichem Gebiet unbedingt wieder Anschluß an die internationale Entwicklung finden.

Die Akzeptanz einer Fakultät für Literatur fiel ebenfalls nicht schwer, konnte sie doch an die Tradition der großen persischsprachigen (darisprachigen) Dichter anknüpfen, von denen einige in Afghanistan gelebt und gewirkt hatten.

1946 war es soweit: Mohammed Sahir Schah von Afghanistan hatte mit seiner Unterschrift unter die Gründungsurkunde der Universität Kabul das Land für einen freizügigen Gedankenaustausch mit den Wissenschaftlern in aller Welt geöffnet. Diese Entscheidung war von größerer Reichweite, als man sie in den Ministerien anfangs beabsichtigte: Sie führte schließlich zum Aus- und Aufbau internationaler Vertretungen und Kontakte bis hin zur Belebung des Tourismus. Afghanistan, ein Land, das kaum jemand in Europa kannte würde dann zum begehrten Reiseziel werden, schon wegen der Gastfreundschaft seiner Bewohner. Eine solche Entwicklung wurde in Afghanistan mit gemischten Gefühlen antizipiert, war man doch von Nachbarn umgeben, deren Übergriffe man immer befürchten mußte.

Da gab es im Norden die ca. 1.700 km lange Grenze zur Sowjetunion, die zwar unbesiegt aber schwer angeschlagen den 2. Weltkrieg überstanden hatte, und im Osten und Süden das Britische Empire, das offensichtlich in den letzten Zügen lag.

Im Westen, im Iran, hatte Mohammed Riza Shah Pahlevi seit vier Jahren die Zügel in der Hand, aber alle Hände voll zu tun, die Russen loszuwerden, die nach dem iranischen Teil von Aserbaidschan schielten; Stalin war im 68. Lebensjahr.

Es gab also keinen geeigneteren Zeitpunkt für die Gründung der Universität, was gleichbedeutend war mit der Öffnung des Landes. Dr. Abdul Majid wurde als erster Rektor der Universität Kabul ernannt.

Optimismus war ansteckend. Bis zur Gründung der Wirtschaftsfakultät 1957 wurde eine eigene separate medizinische Fakultät für Frauen eröffnet, eine theologische Fakultät einschl. islamischem Recht eingerichtet. Beinahe zeitgleich mit uns - also den Ökonomen - begannen die Maschinenbauer und die Landwirte. Die Apotheker kamen 1959, die Pädagogen 1962 zum Zuge.

Dann endlich kam der ersehnte Tag, an dem wir alle in das von den Amerikanern großzügig gestiftete und von Hochtief solide erstellte Gebäude umziehen konnten. Es war ein Tag im Jahre 1966, den man nicht vergißt. Zum ersten Mal waren Lehrende und Lernende unter einem Dach vereint und bildeten in des Wortes Sinne eine echte Universität (Gesamtheit der Lehrenden und Lernenden), ein Campus mit einer Zentralbibliothek, Sporthallen und Heimen für unsere Studenten.

Im Gegensatz zu der Good-will-Aktion der Amerikaner brachten die Russen gleichsam als trojanisches Pferd 1967 das Polytechnische Institut ein. Konnte man es zurückweisen? Sicherlich nicht! Man hätte die Russen offen verprellt. Den Warnungen des von den Geschenke bringenden Danaern steht die Spruchweisheit vom geschenkten Gaul entgegen. Im übrigen konnte man diese Einrichtung aufs Beste nutzen.

Die Zeit des kalten Krieges war eine gute Zeit für Afghanistan, wie überhaupt für die Länder der dritten Welt, abgesehen von Korea und Vietnam, das sich zum Dauerbrenner entwickelt hatte. Stalin war 1954 gestorben, Nikita Chruschow warb mit der Politik der friedlichen Koexistenz, Mao bereitete sich auf die große Kulturrevolution (1965) vor nachdem die Soziale Erziehungskampagne gescheitert war, das Empire war eingegangen, Pakistan war wegen Kaschmir auf Indien fixiert, und der Iran hatte mit seiner „weißen Reform“ (Boden, Bildung) mit sich selbst zu schaffen. Man muß den politischen Hintergrund erwähnen, um zu zeigen, daß sich Afghanistan in einer für das Land einzigartigen Situation befand. Amerika und Rußland wetteiferten um seine Gunst. Die Aufbauhilfen erstreckten sich nicht nur auf die Hilfestellung

bei der Durchführung von konkreten Projekten (Hilmend-Valley, Nangahar), sondern bezogen sich auf die kurz-, mittel- und langfristige Planung der Volkswirtschaft. Amerikaner und Russen friedlich geeint beim Round-Table-Gespräch in Afghanistan! Wenn es nicht so gewesen wäre, wäre es kaum zu glauben. Der erste Fünfjahresplan für die Zeitspanne 1956-1961 wurde gemeinsam erarbeitet und 1956 in Kraft gesetzt.

Man kann sich in die Personalnöte des neugegründeten Planungministeriums hineinversetzen. Die wirtschaftlich vorgebildeten Absolventen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät reichten nicht aus, um dem langfristigen Bedarf zu genügen. Eine Fakultät mußte her. Sie mußte förmlich aus dem Boden gestampft werden. 119 Studenten konnten wir zusammenschleppen. Wir: Das waren Abdul Wahed Sarabi, Mohammed Aref Ghaussy, N. Amerkhehl und ich. Auch einige französische Professoren aus der Rechts- u. Staatswissenschaftlichen Fakultät leisteten erste Hilfe. Mit von der Partie war der Wirtschaftsgeograph Helmut Hahn aus Bonn. Manchmal packt mich im Halbschlaf die Erinnerung an die Vorlesungen, die man aus dem Ärmel schütteln mußte. Jeder, der mal eine Vorlesung zu halten hatte, wird mir zustimmen, daß es kein kritischeres Publikum gibt als Studenten. Aber lassen wir das lieber. Der Erwartungsdruck, der auf uns lastete, kam natürlich von den Ministerien. 1958 konnten wir stolz 23 Lizensiaten entlassen, die vier Semester bei den Juristen und vier Semester bei uns studiert hatten. Wir haben ihren Werdegang verfolgt, und ich kann berichten, daß aus ihnen etwas geworden ist. Um den Ansprüchen gerecht zu werden, bedurften wir dringend der Unterstützung aus dem Ausland.

Ziel der Königlich-Afghanischen Regierung war es, akademische Beziehungen zur Anhebung des wissenschaftlichen Niveaus der jungen Fakultäten mit international anerkannten Partnern zu pflegen. Damit konnte sie zugleich ihre nicht-paktgebundene außenpolitische Haltung zum Ausdruck bringen. So kamen die Partnerschaften unserer Maschinenbauer und die Zusammenarbeit mit neun amerikanischen Universitäten zustande, ebenso die Partnerschaft unserer Landwirtschaftsfakultät mit der Universität of Wyoming und die der Pädagogischen Fakultät mit dem Teachers College of Columbia sowie die bereits erwähnten Partnerschaften der Mediziner und Pharmazeuten mit der Universität Lyon und der juristischen Fakultät mit der Sorbonne.

Damit wären wir bei unseren Partnerschaften angelangt. Einige von Ihnen wissen davon oder haben gar dazu beigetragen, daß sie zustandekamen: Zuerst mit Köln, dann später mit Bonn und Bochum. 1962 bzw. 1966 wurden die Verträge mit einem Staatsakt besiegelt, 1978 wegen eines Staatsstreiches beendet.

Aber persönliche Beziehungen haben sich erhalten oder sind erweitert worden, freundschaftliche Bande fester geworden.

Ich will mich nicht an der Beantwortung der Frage nach dem Beitrag der Wirtschaftsfakultät zur Modernisierung der Wirtschaft und der Staatsverwaltung vorbeischieben. Ich will es mir auch nicht leicht machen und den Spieß umdrehen, indem ich die Frage an Sie zurückgebe. Also, wie bewertet man die Leistung einer Universität bzw. einer Fakultät? Welchen Maßstab verwendet man hier?

Ich erlaube mir dazu die Hilfsannahme, die Universität bzw. die Fakultät sei eine Produktionsstätte von Fachleuten. Das hat den Vorteil, daß ich in diesem Rechenschaftsbericht Sie auf einige Bilanzpositionen aufmerksam machen kann, die sich auch mit Zahlen belegen lassen.

Da wären zunächst die vermarktbareren Produkte. Der Output in Personen (Lizensiaten) betrug in der Zeit (1957-1978) 1952 Männer bzw. Frauen, die alle hauptsächlich vom Staat bzw. staatlichen Betrieben übernommen wurden. Zu einer Modernisierung fehlte seinerzeit das Geld, zu einer Rationalisierung - also einer Senkung der Kosten - konnte man sich aus sozialen Erwägungen nicht entschließen. Große private Unternehmungen gab es nicht - mit Ausnahme der Bank-e-Milli.

1962 verfügte die Fakultät über zwei promovierte Dozenten, 1978 waren es 18. Der Vorlesungsbetrieb wurde 1962 zu 79% von deutschen Dozenten mit Dolmetschern bewältigt, 1978 geschah dies zu über 90% durch afghanischen Kollegen.

Ca. 30% der Lizensiaten haben an Weiterbildungsangeboten teilgenommen. An die 100% afghanische Dozenten und Assistenten haben die Stipendien der Partnerstaaten wahrgenommen.

Innerbetriebliche Leistungen nennen die Betriebswirte den Teil des Outputs eine Produktionsstätte, der im Unternehmen verbleibt und zur Erzeugung vermarktbarer Produkte eingesetzt werden soll. Unter dieser Position ist bei einer Universität bzw. Fakultät die Anfertigung von Studienbegleitmaterial i.w.S. zu verstehen. Zu Beginn der Partnerschaft existierte kein in Dari gedrucktes Lehrbuch. In der Zeit der Partnerschaft sind an die 30 Titel ins Dari übersetzt worden. Sie machen sich keine Vorstellungen, welche Schwierigkeiten damit verbunden waren. Geben Sie zum Versuch verschiedenen Leuten einen Text zur Übersetzung, werden Sie im schlimmsten Fall so viele Versionen erhalten wie Sie Übersetzer gesucht haben. Die Fakultät hat die wirtschaftswissenschaftliche Terminologie - so gut es ging - ins Dari übertragen. Diese Leistung kann man nicht hoch genug würdigen.

So glaube ich, daß die 12 Millionen DM auf der Input-Seite nicht in den Sand gesetzt worden sind. Der Widerstand in Afghanistan - geheim oder offen - hat das bewiesen.

### 3.3 Nahrungsmittelhilfe als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit

Sami Noor

#### Einleitung

Nahrungsmittelhilfe ist ein Teilbereich der Entwicklungszusammenarbeit. In vielen Geberländern ist sie finanziell sehr bedeutend. Das hat zwei Gründe. Erstens gibt es viele Länder, in denen Nahrungsmittel zeitweise - infolge von natürlichen oder menschengemachten Katastrophen - oder auch dauerhaft - aufgrund unzureichender landwirtschaftlicher Produktion - knapp sind. Aus humanitären, aber auch aus politischen Gründen werden in diese Länder kurzfristig oder auch längerfristig kostenlos Nahrungsmittel geliefert, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die humanitären Gründe hierfür sind leicht einsehbar. Die politischen Gründe sind vielschichtiger: Zunächst dient es der politischen Stabilität in den Empfängerländern, wenn zumindest die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert ist. Darüber hinaus können durch die Sicherstellung der Versorgung auch die Folgen der in vielen Ländern nach Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds durchgeführten Strukturanpassungsprogramme, die meist die Ärmsten am stärksten treffen, abgemildert werden.

Dann dient die Nahrungsmittelhilfe aber auch den Geberländern, die hohe Nahrungsmittelüberschüsse produzieren. Die „Entsorgung“ dieser Überschüsse in Form von Nahrungsmittelhilfe für „arme“ Länder spart Lager- oder Vernichtungskosten und wird von der eigenen Bevölkerung akzeptiert, wenn nicht sogar begrüßt.

Grundsätzlich kann man die Nahrungsmittelhilfe in drei Kategorien einteilen. Die *Katastrophenhilfe* beinhaltet die kostenlose oder stark vergünstigte Lieferung von Nahrungsmitteln in Gebiete mit akuter Nahrungsmittelknappheit. Bei der *programmbezogenen Hilfe* werden Programme entwickelt, die nicht nur kurzfristige Engpässe beseitigen, sondern für längerfristige Veränderungen der Ernährungssituation sorgen sollen. Hierzu kann z.B. auch gehören, daß kostenlos gelieferte Nahrungsmittel auf dem einheimischen Markt verkauft werden. Die dabei anfallenden Nettoverkaufserlöse werden in einem sog. Gegenwertmittelfonds gesammelt und für Programme eingesetzt, die der Ernährungssicherung dienen. Zur dritten Kategorie gehören die *Food-for-Work-Projekte* (FFW-Projekte), auf die wir weiter unten noch im Detail zu sprechen kommen werden.

Nahrungsmittelhilfe als entwicklungspolitisches Instrument war und ist ständiger Kritik ausgesetzt. Diese Kritik richtet sich vor allem darauf, daß grundsätzlich die Gefahr besteht, daß die Lieferung von Nahrungsmitteln in einem Gebiet mit Nahrungsmittelknappheit die lokalen Preise drückt. Zwar kommt das zunächst den Armen zugute, die Nahrungsmittel billiger beschaffen können. Aber niedrigere Preise führen zu sinkenden Einkommen für die lokalen Produzenten, und das kann aufgrund des fehlenden Preisanreizes zu einer Verringerung der Produktion führen, was wiederum die Knappheitssituation verschärft. Selbst wenn dieser Extremfall nicht eintritt, wird der technologische Fortschritt in der Landwirtschaft verlangsamt, weil kein Anreiz zur Produktivitätssteigerung besteht. Wenn aber die landwirtschaftliche Produk-

tion stagniert, wird es immer wieder akute Notsituationen geben, die massive Nahrungsmittelhilfe erfordern, und es entsteht ein Kreislauf, der keine positive Entwicklung ermöglicht. Das Problem der negativen Markt- und Produktionsbeeinflussung durch Nahrungsmittelhilfe (sog. disincentives) kann vermindert werden, wenn die Nahrungsmittel tatsächlich direkt den Ärmsten zugute kommen, deren Nachfrage ohnehin so gering ist, daß sie den Markt nicht beeinflußt. Dann wird auch vermieden, daß eine Abhängigkeit der Empfänger entsteht. Statt dessen werden sie in die Lage versetzt, sich einfacher und effektiver selbst zu helfen. An genau diesem Punkt setzen die FFW-Projekte an.

Ein weiteres Problem der Nahrungsmittelhilfe liegt ferner darin, daß es in vielen Gemeinschaften, u.a. bei Nomaden, traditionelle Mechanismen gibt, mit vorübergehender Nahrungsmittelknappheit fertigzuwerden. Diese können durch Nahrungsmittelhilfe zerstört werden. Schließlich wird kritisch angemerkt, daß es nicht das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sein kann, die Probleme der europäischen Agrarpolitik in die Ländern des Südens zu exportieren, indem sie ihre Überschüsse dorthin entsorgen.

Insgesamt ergibt sich, daß Nahrungsmittelhilfe nur dann ein sinnvolles entwicklungspolitisches Instrument ist, wenn sie in eine Strategie der Ernährungssicherung eingebettet ist und die zu erwartenden Wirkungen hinreichend geprüft sind. Sie muß verknüpft werden mit anderen Förderungsmaßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sowie der gesamten Entwicklung des ländlichen Raumes. Dies ist auch die Auffassung der GTZ, die u.a. diese Form der technischen Zusammenarbeit für die deutsche Bundesregierung durchführt.

## **Food-for-Work-Projekte als spezielle Form der Nahrungsmittelhilfe**

### *Die Grundlagen von Food-for-Work-Projekten*

Food-for-Work-Projekte sind eine spezielle Ausformung der Projekthilfe im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe. Sie gehören zur Kategorie der Ernährungssicherungsprogramme. Ihr grundlegendes Merkmal ist, daß den Menschen, die an einem Projekt arbeiten, der Lohn ganz oder teilweise in Form von Nahrungsmitteln ausgezahlt wird. Das heißt, die Nahrungsmittel werden hierbei weder ohne Gegenleistung verteilt noch dem Markt zur Verfügung gestellt, sondern einer bestimmten Gruppe als Naturalentlohnung zugeteilt.

Die FFW-Projekte entwickelten sich, nachdem die Schwierigkeiten der traditionellen Nahrungsmittelhilfe offenbar wurden und man nach Möglichkeiten suchte, die unerwünschten Folgen der Hilfe zu vermeiden. Zumal die traditionelle Projekthilfe, also die direkte Verteilung von Nahrungsmitteln, schnell an administrative und logistische Grenzen stößt.

Das oben beschriebene Problem der Nahrungsmittelhilfe, bei dem es darauf ankommt, die Hilfe wirklich nur den Bedürftigen zukommen zu lassen, damit keine unerwünschten Einflüsse auftreten, ist bei FFW-Projekten relativ gut gelöst: Man vermeidet das Problem, beurteilen zu müssen, ob der Empfänger wirklich bedürftig ist, indem man Arbeit unter Bedingungen anbietet, die nur für die Bedürftigsten attraktiv sind, und das auch nur so lange, wie die Bedürftigkeit besteht.

Der erste Grundgedanke war, daß es Menschen demoralisiert, wenn sie Hilfe empfangen, ohne etwas dafür leisten zu können. Macht man die Menschen zu Bettlern, schwächt man ihren Selbsthilfewillen und ihre Selbsthilfekraft und enthebt sie der Verantwortung für das eigene

Leben. FFW-Projekte werden als Lösung dieses Abhängigkeitsproblems betrachtet. Hinzu kam die Erkenntnis, daß FFW-Projekte oft eine der wenigen Möglichkeiten sind, die ländlichen Armen überhaupt mit entwicklungspolitischen Programmen zu erreichen. So ergab sich bei den FFW-Projekten ein klarer Schwerpunkt im ländlichen Bereich, obwohl sinnvolle Projekte auch im städtischen Umfeld denkbar sind.

Zunächst hatten die Projekte mehr den Charakter von Beschäftigungstherapien. Es ging lediglich darum, die reine Verteilung von Nahrungsmitteln zu vermeiden. Dann erkannte man, daß diese Form von Projekten noch ganz andere Möglichkeiten in sich barg. Durch die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln wurden diese ja nicht nur am Leben erhalten, sondern es wurde zugleich ihre Arbeitsproduktivität gesteigert. Nahrungsmittelhilfe ist also nicht nur eine humanitäre Maßnahme, sondern stellt auch eine Investition dar. Während es bei der traditionellen Nahrungsmittelhilfe um die Beseitigung von Ernährungsdefiziten geht, sind FFW-Projekte an der Beseitigung der Ursachen für diese Defizite orientiert.

Heute werden mit FFW-Projekten ganz verschiedene Ziele verfolgt. Im Einzelfall ist gar nicht genau definiert, welche Ziele vorrangig verfolgt werden sollen, welche nachrangig und welche gar nicht. Folgende Zielsetzungen kommen vor:

*Not- und Katastrophenhilfe.-* In Zeiten akuter Nahrungsknappheit werden die davon besonders betroffenen Menschen in FFW-Projekten beschäftigt, um sie vorübergehend mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

*Schaffen von Beschäftigung.-* Da in ländlichen Regionen häufig Unterbeschäftigung vorherrscht, wird angestrebt, mit FFW-Projekten Arbeitsplätze zu schaffen, um die Einkommen zu erhöhen. Neben der kurzfristigen Bereitstellung von Arbeit sollen durch die durchgeführten Maßnahmen auch langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden.

*Schaffen von kommunalen Einrichtungen und Infrastruktur.-* Da man annimmt, daß in ländlichen Gebieten Surplus Labor vorhanden ist, erscheint es sinnvoll, diese zum Aufbau von fehlenden kommunalen Einrichtungen und von Infrastruktur einzusetzen. So werden die materiellen Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Dies kann durch die Nahrungsmittelhilfe finanziert werden und schon so die finanziellen Ressourcen des Staates.

*Konservierung und Management von Ressourcen.-* In vielen Regionen sind die landwirtschaftlichen Produktionsflächen knapp und darüber hinaus durch ökologische Zerstörung bedroht. Im Rahmen von FFW-Projekten können Maßnahmen durchgeführt werden, wie z.B. Erosionsschutzmaßnahmen, das Anlegen von Bewässerungssystemen u.ä., die künftige Katastrophen verhindern oder lindern können. Noch nicht erschlossene Produktionsflächen können in solchen Projekten nutzbar gemacht werden.

*Unterstützung von Ernährungssicherung.-* Im Gegensatz zur Katastrophenhilfe haben FFW-Beiträge die längerfristige Sicherung der Ernährung gefährdeter Gruppen zum Ziel.

*Ausgleich der Änderungen von Rahmenbedingungen.-* Wenn durch geänderte Rahmenbedingungen besondere Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen entstehen, z.B. durch steigende Nahrungsmittelpreise infolge von Strukturanpassungsmaßnahmen, können diese Härten durch FFW-Projekte ausgeglichen werden.

*Förderung landwirtschaftlicher Entwicklung.-* Neben dem Aspekt, den arbeitenden Menschen Nahrungsmittel zukommen zu lassen, ist ein weiteres Motiv für Food-for-Work-Projekte, daß



sie die lokale Nahrungsmittelproduktion direkt erhöhen können, indem solche Arbeiten durchgeführt werden, die die ländlichen Produktionsbedingungen verbessern.

*Friedenssicherung und politische Mobilisierung, vor allem in den Städten.*- Gesicherte Nahrungsmittelversorgung trägt zur Verhinderung von sozialer und politischer Unruhe bei. FFW-Projekte, in denen Menschen beschäftigt und mit Nahrungsmitteln versorgt werden und zugleich etwas schaffen, das ihnen nützt, können darüber hinaus die betroffenen Gruppen bei politischen Entscheidungen beeinflussen.

*Schaffung von kommunalen Organisationen.*- Um die Entwicklung in ländlichen Regionen aus eigener Kraft und unter maßgeblicher Beteiligung der Bevölkerung voranzutreiben, ist es erforderlich, die Menschen in Selbsthilfegruppen zu organisieren. Dies kann durch FFW-Projekte unterstützt werden, indem sie in Zusammenarbeit mit solchen Gruppen durchgeführt werden und die Schaffung von Einrichtungen zum Ziel haben, die diesen Gruppen unmittelbar zugutekommen. Wir werden weiter unten noch genauer darauf eingehen.

Die ersten drei der genannten Ziele sind die häufigsten Hauptziele von FFW-Projekten. Viele Projekte beginnen als Katastrophenhilfe, und die Ziele werden dann später verändert und erweitert.

Aufgrund der vielfältigen Erfahrungen mit FFW-Projekten wurde das Instrumentarium inzwischen erweitert. So gibt es auch „Food/Cash-for-Work-Projekte“, „Inputs-for-Work-Projekte“, „Equipment-for-Work-Projekte“ und „Food-for-Training-Projekte“. Die Ergänzung der Naturalentlohnung durch eine Barentlohnung wird befürwortet. Zu den Gründen wird unten noch etwas gesagt werden. Wichtig ist, daß die Entlohnung - auch wenn sie in Naturalien erfolgt - dem üblichen Mindestlohn entspricht, es sei denn, der Nutzen der Arbeit kommt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unmittelbar zugute. Neben Nahrungsmitteln und Geld können auch Werkzeuge und landwirtschaftliche Inputs komplementär eingesetzt werden. Häufig gibt es auch Kombinationen von Nahrungsmitteln, Geld und zubereitetem Essen. Letzteres ist häufig wegen der geographischen Lage der Bauvorhaben sinnvoll und notwendig. Die Entlohnung in Sachgütern hat in Knappheitssituationen den Vorteil, daß sie den Haushalten Nahrungsmittel verschafft und zugleich das lokale Nahrungsmittelangebot ergänzt.

Ob FFW-Projekte tatsächlich die einheimische Produktion von Nahrungsmitteln steigern - das wichtigste langfristige Ziel vieler Programme - hängt entscheidend von der Projektkonzeption und -durchführung ab. Je stärker die Projekte in ein umfassendes Konzept zur Ernährungssicherung eingebunden sind und mit komplementären Maßnahmen wie z.B. Beratung, Fortbildung und Krediten verknüpft werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer positiven Produktionswirkung.

### **Spezielle Ausprägungen von Food-for-Work-Projekten**

*Public Works.*- Bei FFW-Projekten im Zusammenhang mit Public Works macht man sich den Umstand zunutze, daß in vielen Regionen hohe Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung herrscht und zugleich Infrastruktureinrichtungen fehlen. Eingebettet in die regionalen staatlichen Entwicklungspläne werden diese Einrichtungen dann im Rahmen von FFW-Projekten erstellt. Meist leisten die Regierungen bei diesen Programmen auch einen finanziellen Beitrag.

Besonders geeignet für solche FFW-Projekte sind arbeitsintensive Vorhaben, wie der Bau oder die Instandsetzung von Bewässerungskanälen oder der Straßenbau. Diese Arbeiten werden ohne den Einsatz von Maschinen durchgeführt, so daß enorme Arbeitsleistungen erforderlich sind und geringe zusätzliche Kosten neben den Nahrungsmitteln anfallen.

In solchen Vorhaben können sinnvollerweise auch die Menschen beschäftigt werden, die sonst kaum eine Chance auf Beschäftigung haben, wie z.B. alte Menschen, Behinderte und Frauen.

*Community Development-Vorhaben.*- Häufig werden FFW-Projekte im Zusammenhang mit Programmen durchgeführt, die der Entwicklung der lokalen Gemeinschaft dienen. Hier wird der Umstand ausgenutzt, daß es oft viele Menschen gibt, die nicht ausreichend ernährt sind und auf der anderen Seite viele lokale Vorhaben warten, für die Arbeitskräfte benötigt werden, die aber nicht bezahlt werden können. Die Nahrungsmittelhilfe kann hier einspringen und Projekte zum Nutzen der Bevölkerung durchführen. Aufgrund des lokalen Charakters sind diese Projekte eher klein.

Bedingungen für das Gelingen solcher FFW-Projekte sind eine sehr frühe Einbindung der Zielgruppe in das Vorhaben, die Einforderung von Eigenleistung (Ressourcen und Arbeit) und die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß das Vorhaben auch nach Beendigung der Nahrungsmittellieferungen fortgesetzt wird. Die Einbindung der Zielgruppe sollte möglichst so weit gehen, daß sie selbst verantwortlich ist für Organisation und Kontrolle.

Bereits vorhandene intakte traditionelle Formen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe bieten hier eine gute Grundlage für FFW-Projekte.

Im Idealfall gelingt durch ein FFW-Projekt in Zusammenarbeit mit einer Selbsthilfeorganisation eine Starthilfe, durch die die Menschen erkennen, daß sie eine Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu bestimmen und ihre Lebensverhältnisse zu verändern

*Rückführungs- und Wiederansiedlungsprogramme.*- Besondere Probleme im Hinblick auf Beschäftigungs- und Ernährungssicherung entstehen bei der Um- oder Wiederansiedlung von Menschen oder der Rückführung von Flüchtlingen in ländlichen Gebieten.

In vielen Ländern finden umfangreiche Umsiedlungen statt, um den Bevölkerungsdruck in überbesiedelten Gebieten zu mildern und auch, um neue landwirtschaftliche Produktionsflächen zu erschließen.

Die umgesiedelten Menschen haben in der ersten Zeit häufig mit Nahrungsmittelknappheit zu kämpfen, bevor ihre neuen Felder vorbereitet und bestellt sind und die ersten Erträge abwerfen. Gleiches gilt für zurückkehrende Flüchtlinge. Selbst wenn sie in ihre Heimatgebiete zurückkommen, benötigt die landwirtschaftliche Produktion eine gewisse Vorlaufzeit. Um einen dauerhaften Erfolg der Umsiedlung oder Rückführung zu gewährleisten, muß den Menschen geholfen werden, sich eine Lebensgrundlage zu sichern.

In diesem Zusammenhang sind FFW-Projekte eine sinnvolle Maßnahme. Sie sorgen zum einen für ein ausreichendes Nahrungsmittelangebot und für Beschäftigung für die neu angesiedelten Menschen. Außerdem können mit diesen Vorhaben notwendige Infrastruktureinrichtungen, wie Bewässerungskanäle, Schulen, Krankenhäuser usw., errichtet werden.

Zugleich können die Projekte dem inneren Zusammenhalt der neu entstehenden dörflichen Gemeinschaft dienen, der fortdauern und die Basis für eine selbstbestimmte Zukunft und für weitere Gemeinschaftsarbeiten - auch ohne Nahrungsmittelhilfe - schaffen kann.

## **Probleme bei Food-for-Work-Projekten**

### *Allgemeine Probleme bei Food-for-Work-Projekten*

Wie bei allen entwicklungspolitischen Vorhaben gibt es auch bei FFW-Projekten Fallstricke, die es zu vermeiden gilt, wenn das Vorhaben die angestrebten Ziele erreichen soll.

Generell gilt, daß die Ergebnisse von FFW-Projekten sehr schwer faßbar sind, wenn man sich nicht auf die quantitativen Ergebnisse, wie z.B. die erbauten Kilometer Bewässerungskanäle oder Straßen oder die Anzahl verteilter Nahrungsmittelrationen, beschränkt. Aussagen über die darüber hinausgehenden Ergebnisse bleiben meist vage. Wahrscheinlich gerade aufgrund dieser schwierigen Bewertungssituation besteht eine Dominanz der physischen Ziele (Infrastruktur) gegenüber den sozialen Zielen (Beschäftigung, Organisation der Bevölkerung, Partizipation usw.). Da jedoch das Vorhandensein von Infrastruktur eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für wirtschaftliches Wachstum ist und die FFW-Projekte Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit sind, müssen sie auf ihren Entwicklungsbeitrag hin überprüft werden.

Auch für FFW-Projekte gilt, daß eine Institutionalisierung der Hilfe vermieden werden muß, um die Selbsthilfe der Zielgruppe nicht zu ersticken. Wenn aber, wie z.B. in Bangladesch, Millionen Menschen - 1979 waren 7,2 Mio. Menschen, inkl. der von ihnen abhängigen Familienmitglieder - über lange Zeit in FFW-Projekten beschäftigt wurden, muß man annehmen, daß bereits eine starke Institutionalisierung stattgefunden hat.

Das ist nicht nur deshalb gefährlich, weil auf diese Weise keine Selbsthilfe initiiert wird, sondern auch, weil so eine grundlegende Lösung der Probleme vermieden wird. Statt dessen werden die Symptome - der Nahrungsmittel- und Beschäftigungsmangel - bekämpft, anstatt die zugrundeliegenden strukturellen Probleme anzugehen.

Neben der Frage des Zielbeitrags der Projekte birgt auch die Durchführung der Vorhaben einige Schwierigkeiten. Das beginnt mit der Auswahl der Begünstigten. Da man für die Auswahl in der Regel der Hilfe Ortskundiger, z.B. Verwaltungsbeamter oder informeller lokaler Führer, bedarf, besteht die Gefahr, daß nicht die wirklich Bedürftigen ausgewählt werden, sondern diejenigen, die zu dem Auswählenden in einem besonderen Verhältnis stehen. Da in vielen Ländern des Südens Familien- und Clanbande und die Verpflichtung zur Versorgung dieser Menschen sehr stark sind, stellt Patronage ein echtes Hindernis für Projekte dar. Bei der Abwicklung des Projektes ergibt sich daraus ein Korruptionsproblem. Aus der Untersuchung von FFW-Projekten in verschiedenen Ländern weiß man, daß die Korruption enorme Ausmaße annehmen kann, auch wenn man meinen sollte, daß es schwieriger ist, deutlich sichtbare Nahrungsmittelrationen verschwinden zu lassen als finanzielle Mittel innerhalb eines Verwaltungsapparates!

Ein weiteres Problem liegt in der angemessenen Entlohnung der Arbeit. Die Arbeitskräfte sollen einer Zielgruppe angehören, die sonst kaum Einkommensalternativen hat, denn diese sind vor allem von der Nahrungsmittelknappheit betroffen. Deshalb wird die Höhe der Löhne niedrig angesetzt, damit sie für andere, die einer Beschäftigung nachgehen, nicht attraktiv sind. Da es sich aber bei den FFW-Projekten oft um schwere und wenig geachtete Arbeit handelt,

kann es passieren, daß es selbst in der angestrebten Zielgruppe nicht genug Interessenten für die Arbeit gibt. Die Lohnhöhe ist dann entsprechend zu verändern.

Schwierigkeiten bereitet auch die korrekte Einschätzung der wirklichen Bedürftigkeit der eingesetzten Arbeiter; denn FFW-Projekte basieren ja auf der Annahme, daß die dort zu beschäftigenden Menschen sonst keine produktive Arbeit leisten würden. Diese Annahme ist häufig falsch. So können die Projekte dazu führen, daß die Menschen durch die Beschäftigung im FFW-Projekt Arbeiten vernachlässigen, die langfristig der Sicherung ihres Einkommens oder sogar ihres Überlebens dienen. Oft sind es eher die wohlhabenderen Haushalte, die überhaupt überschüssige Arbeitskraft einzusetzen haben.

Für die Arbeitskräfte kann die Entlohnung in Nahrungsmitteln zu einem Problem werden, wenn die Nahrungsmittel einen zu hohen Anteil am gesamten Haushaltseinkommen ausmachen. Die Familien sind dann gezwungen, einen Teil der Nahrungsmittel weiterzuverkaufen, um ihre sonstigen Bedürfnisse befriedigen zu können. Das verursacht hohe Transaktionskosten für die Familien und reduziert den realen Wert des Lohns. Aus diesem Grund wird in den FFW-Projekten häufig nicht nur in Naturalien, sondern zum Teil auch in Bargeld entlohnt.

Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, wegen des Interesses der Geber an Überschußverwertung aber nicht immer beachtet wird, ist, daß die ausgegebenen Nahrungsmittel natürlich für die lokale Bevölkerung akzeptabel sein müssen und nicht z.B. in Regionen mit traditionellem Reiskonsum Weizen ausgegeben wird. Die Auswirkungen auf die lokale Produktion und ihren Absatz sind dann besonders gravierend.

Auch von der Projektseite her wirft die Gestaltung der FFW-Projekte als Nahrungsmittelhilfe Probleme auf. Denn um die geplanten Vorhaben durchführen zu können, werden ja auch Werkzeuge, Materialien und Transportleistungen benötigt. Wo man darauf festgelegt ist, nur Nahrungsmittel gegen Arbeit auszugeben, aber von den Gebern keine Barmittel zur Verfügung gestellt werden, ist das Projekt sehr inflexibel. Man hat mehr Möglichkeiten, wenn man es zuläßt, einen Teil der Nahrungsmittel zur Beschaffung komplementärer Güter zu monetarisieren. Das bedeutet, daß Nahrungsmittel auf dem freien Markt verkauft werden, um das benötigte Material finanzieren zu können und Transporte zu bezahlen. Auf die Gefahren eines zusätzlichen Nahrungsmittelangebotes auf dem Freien Markt wurde oben bereits eingegangen. Aber nicht nur der Weiterverkauf bringt die Gefahr der Produktionsbeeinflussung mit sich, sondern auch die Substitution von Nahrungsmitteln, die auch ohne FFW konsumiert worden wären, kann die Absatzmöglichkeiten lokaler Produzenten beeinträchtigen. Hier ist also Vorsicht geboten.

Eine weitere Gefahr besteht bei FFW-Projekten darin, daß diese nur schleppend durchgeführt und nicht in der vorgesehenen Zeit vollendet werden, um zu erreichen, daß noch für eine weitere Periode Mittel zugeteilt werden und so Arbeit und Einkommen über den ursprünglich vorgesehenen Projektzeitraum hinaus gesichert sind.

Schließlich und endlich stellt das Handling der oft riesigen Nahrungsmittelmengen in diesen Projekten ein logistisches Problem dar, zumal ja auch auf eine zeitgerechte Lieferung geachtet werden muß. Das ist aufwendig und teuer. Geht es bei einem Projekt lediglich um die Verbesserung der Ernährungssituation, könnte eine direkte Verteilung von Nahrungsmitteln - also ohne Koppelung mit einem FFW-Projekt - aus logistischen Gründen und aus Effizienzgründen sinnvoller sein.

Alle geschilderten Probleme lassen sich dadurch vermeiden oder vermindern, daß bei Planung und Konzeption der FFW-Projekte die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in der Zielregion ermittelt werden und der Zielgruppe während des ganzen Prozesses Partizipation ermöglicht wird. Nur dann kann das konkrete ökonomische und soziale Umfeld angemessen berücksichtigt werden. Und diese Berücksichtigung wiederum, die sinnvolle Einordnung des Projektes in den ökonomischen Zusammenhang, erleichtert die Zielerreichung. Kommt dann noch ein qualifiziertes Management hinzu, können viele Fehler vermieden und einige der Ziele des Projektes erreicht werden.

Ob FFW-Projekte einen angemessenen Beitrag im Hinblick auf die Zielerreichung leisten, darüber kann nur im Einzelfall nach eingehender Untersuchung befunden werden. Oft ist es jedoch so, daß der Zielkatalog an sich zu anspruchsvoll ist. Es dürfte sehr selten sein, daß Projekte gleichermaßen erfolgreich sind in den Bereichen der Beschäftigung, Einkommenssicherung, Verteilungsgerechtigkeit und der langfristigen Vermögensbildung. Besonders bei der Arbeitsplatzbeschaffung besteht die Gefahr, daß nur kurzfristige und dann auch noch unterbezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden.

### *Spezielle Probleme bei Public Works*

Bei der Beurteilung von FFW-Projekten, die zur Errichtung öffentlicher Bauten (Public Works) konzipiert sind, sind vier Fragenkomplexe von Interesse. Erstens stellt sich die Frage nach der Produktivität der geleisteten Arbeit. Zum Zweiten muß untersucht werden, wie nach Beendigung der reinen Bauarbeiten die Instandhaltung dieser öffentlichen Einrichtungen gesichert werden kann. Drittens ist zu beurteilen, wieviele dauerhafte Arbeitsplätze durch das Vorhaben geschaffen wurden, und schließlich ist zu ermitteln, ob die Maßnahmen tatsächlich langfristig den Interessen der Ärmsten dienen, für die sie konzipiert waren.

*Produktivität der geleisteten Arbeit.* - Untersuchungen von FFW-Projekten haben ergeben, daß die Arbeitsproduktivität in den Projekten meist sehr gering ist. In Lesotho z.B. ermittelte man eine um das Vier- bis Achtfache geringere Produktivität als bei normal bezahlten Tätigkeiten. Die Gründe hierfür sind leicht einsehbar: Erstens leidet die Motivation der Beschäftigten häufig darunter, daß sie einer künstlich geschaffenen Tätigkeit nachgehen und sich dessen auch bewußt sind. Man kann von jemandem, der mit kostenloser Nahrungsmittelhilfe bezahlt wird, kaum Höchstleistungen erwarten. Zweitens werden in den Projekten im Public-Works-Bereich oft Menschen beschäftigt, die in normal bezahlten Jobs nicht eingestellt würden (Alte und Behinderte), wodurch die Produktivität weiter sinkt. Schließlich ist auch die Kontrolle bei diesen Projekten - z.B. durch Verwaltungsbeamte - sehr viel weniger strikt als durch private Arbeitgeber.

*Instandhaltung.* - Es besteht die Gefahr, daß nach Beendigung des Projekts keine Strukturen vorhanden sind, die eine Instandhaltung der erbauten Einrichtungen gewährleisten. Die staatliche Verwaltung ist in der Regel weder personell noch finanziell dazu in der Lage. Denn die durch die FFW-Projekte geschaffenen öffentlichen Einrichtungen wurden ja nur deshalb gebaut, weil sie durch weitgehend kostenlose Nahrungsmittelhilfe finanziert werden konnten. Aufgrund der massiven Hilfe von Geber-Institutionen ist der Bau unter Erbringung eines Eigenanteils gerade noch möglich, nicht aber eine dauerhafte Instandhaltung. Da die Maßnahmen meist nicht mit einem institution-building (z.B. Bildung von Bewässerungskoopertiven o.ä.)

einhergehen, sondern reine Baumaßnahmen sind, ist auch von dieser Seite her keine Lösung in Sicht. Oft sind die Verantwortlichkeiten überhaupt nicht klar geregelt. Wenn die Einrichtungen jedoch nach kürzester Zeit wieder verfallen, kann von einem Entwicklungsbeitrag wohl kaum gesprochen werden. Hier kommt wieder das oben schon erwähnte Problem zum Tragen, daß die Vorhaben nicht in der Bevölkerung verankert sind und diese deshalb auch keine Verantwortung für das Geschaffene übernimmt.

*Schaffung dauerhafter Beschäftigung.*- Menge und Art der durch ein FFW-Projekt geschaffenen Beschäftigung hängt sehr vom individuellen Vorhaben ab. Straßenbauprojekte erfordern viele Arbeitskräfte während der Bauphase, danach nur noch wenige. Bei Bewässerungskanälen ist auch nach Fertigstellung eine Bewirtschaftung erforderlich, die einige Arbeitsplätze schafft; Schulen und Krankenhäuser schaffen zwar Dauerarbeitsplätze, aber kaum für die ärmsten Bevölkerungsgruppen, usw.

Generell kann man sagen, daß der Beitrag von FFW-Projekten im Public-Works- Bereich zur Schaffung dauerhafter Beschäftigung eher gering ist. Der Schwerpunkt liegt auf kurzfristiger Beschäftigung und somit auf der Überbrückung von Engpässen. Es erscheint auch nicht unbedingt sinnvoll, hier Dauerarbeitsplätze zu schaffen, die ja zwangsläufig aus staatlichen Mitteln finanziert werden müßten.

FFW-Projekte können sogar eine Gefahr für die Beschäftigungssituation darstellen. Das ist dann der Fall, wenn FFW-Projekte gerade in den Zeiten im Jahr durchgeführt werden, in denen auch andere Beschäftigungsmöglichkeiten, beispielsweise in der Landwirtschaft vorhanden sind. Dann können diese Projekte die landwirtschaftliche Produktion sogar verringern, wenn die Bauern es vorziehen, gegen Bezahlung (Naturalien) zu arbeiten, anstatt ihre eigenen Felder zu bestellen. Da es im Extremfall bei den FFW-Projekten eher auf Anwesenheit als auf harte Arbeit ankommt - ganz im Gegensatz zur Arbeit auf den eigenen Feldern - ist der Lohn hier leicht verdient.

*Berücksichtigung der langfristigen Interessen der Armen.*- Tatsächlich haben Untersuchungen ergeben, daß Projekte im Public-Works Bereich dazu tendieren, bestehende ungerechte Landbesitzverhältnisse zu zementieren. Dies ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die Projekte meist die ländliche Infrastruktur verbessern, von der natürlich diejenigen profitieren, die sie nutzen, nämlich die Landbesitzer. Besonders gilt das für Projekte zur Herstellung oder Instandsetzung von Bewässerungskanälen oder bei Maßnahmen zum Schutz vor Überflutungen. Noch mehr gilt es für Projekte, in denen es um die konkrete Verbesserung der Böden geht (z.B. Einebnung) und die Bezahlung in Nahrungsmitteln in Abhängigkeit von der Bearbeitung der Fläche erfolgt. Hier werden direkt die Besitzer der größten Flächen auch am meisten profitieren. Landlose, im Regelfall die Ärmsten der Region, können überhaupt nicht von derart konzipierten Projekten profitieren. Es könnte höchstens zu einem Trickle-down-Effekt kommen, da die verbesserten Böden produktiver sind und somit mehr Arbeitskräfte benötigt werden. Wie ganz allgemein bei Trickle-down-Effekten dürfte der Nutzen allerdings gering sein.

Man kann hier von einem klassischen Zielkonflikt sprechen. Zum einen soll den Ärmsten geholfen werden, d.h. kurzfristig ihre Ernährung gesichert und langfristig ihre Beschäftigungs- und Einkommenssituation gesichert werden. Auf der anderen Seite aber soll die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden, was nur geschehen kann, wenn die Bedingungen für die Produzierenden verbessert werden. Das nützt aber den Ärmsten wiederum nur wenig. Es

ist also ganz wichtig, die Zielsetzung eines Projektes klar zu definieren und nicht zu versuchen, mit einem Projekt widersprüchliche Ziele erreichen zu wollen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß als Ergebnissen von FFW-Projekten im Bereich der öffentlichen Einrichtungen oft lediglich der Welfare-Aspekt übrig bleibt, unter dem Menschen beschäftigt werden, die sonst keine Arbeit finden würden. Dieses Ergebnis kann durchaus wünschenswert sein, ein Entwicklungsimpuls geht hiervon jedoch nicht aus.

### *Spezielle Probleme bei Community Development Vorhaben*

Wie in den vorangegangenen Abschnitten erläutert, entstehen viele Probleme bei FFW-Projekten dadurch, daß der Bevölkerung keine ausreichenden Möglichkeiten zur Partizipation gegeben werden. Dieses Problem kann durch die Anbindung der FFW-Projekte an Community Development-Vorhaben gelöst werden, da ja das entscheidende Merkmal des Community Development eine starke Beteiligung der ländlichen Bevölkerung aus Erkenntnis und Eigeninteresse heraus ist. Aber sicherlich ist das so einfach nicht möglich und birgt auch Gefahren.

Oft sind in den Zielgebieten keine tragfähigen lokalen Selbsthilfestrukturen vorhanden. Es müssen also erst Organisationen gebildet oder bestehende Organisationen erweitert werden, z.B. Dorfräte, Bewässerungskoopertiven o.ä.. Werden diese Organisationen jedoch eigens für die Durchführung von FFW-Projekten gebildet oder wieder zum Leben erweckt, neigen sie dazu, sich nach Auslaufen der Hilfe wieder aufzulösen. Somit besteht die Gefahr, daß der Nutzen der Projekte nicht voll zum Tragen kommt.

Darüber hinaus besteht - wie bei anderen Formen der FFW-Projekte - die Gefahr, daß Arbeit künstlich erzeugt oder verlängert wird (make-work), um die Nahrungsmittelhilfe möglichst zu verlängern. Es geschieht dann leicht, daß die Arbeit nur „erfunden“ wird, um zu verschleiern, daß es eigentlich nur um die Ausgabe von kostenlosen Nahrungsmitteln geht. Der Nutzer solcher Projekte verschwindet dann rasch wieder und es können langfristig zwei sehr negative Folgen auftreten: Erstens werden die Menschen ständig an das Scheitern eines Selbsthilfeversuchs erinnert, da das Community Development-Vorhaben ja ein solcher Versuch an sich ist. Zweitens kann die Bereitschaft, sich ohne Entlohnung an Gemeinschaftsvorhaben zu beteiligen, ganz oder vollständig untergraben werden. In vielen Gemeinschaften besteht ja eine moralische, traditionell gewachsene Verpflichtung, sich an Gemeinschaftsvorhaben zu beteiligen, ohne dafür entlohnt zu werden. Die Zerstörung solcher Strukturen verhindert Entwicklung.

Eine weitere Gefahr liegt darin, daß traditionelle Selbsthilfegruppen, die ohnehin vom Zerfall ländlicher Strukturen und Werte bedroht sind, durch das Angebot von FFW-Projekten und damit verbundener Nahrungsmittelhilfe in Streit geraten und sich auflösen. Die Aussicht, Zugang zu Vorteilen zu bekommen, führt sehr schnell zu Auseinandersetzungen. Außerdem sind die Gruppen dann mehr damit beschäftigt, die Nahrungsmittelhilfe und ihre Verteilung zu organisieren, als damit, ihre Zukunft aus eigener Kraft zu gestalten. Die Suche nach ökonomischen Alternativen unterbleibt, da es ja die Nahrungsmittelhilfe gibt. In diesem Zusammenhang sind FFW-Projekte kontraproduktiv.

Bestehen jedoch bereits funktionierende, stabile Selbsthilfestrukturen, können FFW-Projekte deren Bemühungen unterstützen, indem z.B. die Nahrungsmittelhilfe den besonders gefährde-

ten Gruppen zugute kommt und die vorhandenen Aktivitäten nur ergänzt statt ersetzt werden. Dann können solche Projekte eine positive Entwicklung durchaus nachhaltig fördern.

### *Spezielle Probleme bei Rückführungs- und Wiederansiedlungsprojekten*

Auch bei diesen Projekten können selbstverständlich die allgemeinen Probleme von FFW-Projekten auftreten, die Chance für einen dauerhaften Erfolg sind jedoch größer.

Voraussetzung für einen solchen Erfolg ist dabei, daß die Menschen freiwillig umgesiedelt wurden und an der Entscheidungsfindung für die Programme beteiligt waren. Außerdem ist darauf zu achten, daß die Arbeiten nicht zu den Zeiten stattfinden, in denen die Feldarbeit getan werden muß. Denn sonst verzögert sich die Eigenversorgung der Neusiedler. Und die frühestmögliche Erreichung der Selbstversorgung der Zielgruppe ist bei Rückführungs- oder Wiederansiedlungsprogrammen von zentraler Bedeutung, damit die Hoffnungen und Erwartungen der Neusiedler nicht enttäuscht werden und es zu einer Institutionalisierung der Nahrungsmittelhilfe kommt. Eine klare zeitliche Befristung der Projekte, die sowohl der Regierung als auch der Bevölkerung deutlich vor Augen geführt wird, kann dabei helfen.

### **Das Food-for-Work-Projekt der Deutschen Afghanistan Stiftung in Südwest-Afghanistan**

Das BMZ bewilligte am 25. Juni 1993 für Food for Work Maßnahmen, und freie Nahrungsmittel- und Saatgutverteilung in den Provinzen Herat, Farah und Nimroz DM 2.760.780

Weizen konnte wegen der Vereinbarungen mit dem Roten Halbmond und anderen iranischen Behörden entgegen der sonst geltenden Einkaufs- und Ausfuhrbeschränkungen im Iran eingekauft und nach Herat transportiert werden.

Insgesamt wurden Maßnahmen in 48 Ortschaften und 17 Gemeinden durchgeführt, wobei jene Menschen die sich am Wiederaufbau beteiligten, statt in Geld mit 10 kg Weizen pro Person und Tag entlohnt wurden.

Folgende Maßnahmen wurden im Rahmen von Food-for-Work durchgeführt:

- Bau eines Bürogebäudes im Rahmen von Food-for-Work,
- Bau einer Getreidelagerhalle der Deutschen Afghanistan Stiftung in Herat
- Bau einer Traktorenreparaturwerkstatt mit Bürogebäude
- Bau von vier Brücken, ur Schaffung besserer Verbindungswege zwischen mehreren Dörfern
- Bau von 96 Wohnhäusern für Flüchtlingsfamilien ohne Grundstück in Herat
- Bau von 13 Wohnhäusern für Familien mit Grundstück in Herat
- Bau von 108 Wohnhäusern in der Provinz Farah
- Bau von 42 Wohnhäusern in der Provinz Nimroz
- Aushebung und Reinigung von Bewässerungskanälen in der Stadt Herat und in Zaranj (Nimroz)
- Bau von zwei Brücken im Dorf Jalalabad und einer Brücke in Dogabad und Begradigung und Befestigung einer Hauptstraße (Provinz Herat)
- Baubeginn für eine Oberschule in Jalalabad (Provinz Herat)



- Beginn der Reparatur und z.T. Neuaufbau des Mädchengymnasiums in Zarenj (Provinz Nimroz)
- Ausführung kleinerer Reparaturen am Krankenhaus der Stadt Herat

Neben den Food-for-Work-Maßnahmen wurden auch noch Weizenrationen an bedürftige Familien verteilt. Kommissionen mit Vertretern der Stiftung, der Provinzregierung und der jeweiligen Gemeinden erstellten Listen mit den bedürftigsten Familien. Diese erhielten Coupons, mit denen sie sich ihre Ration bei den Verteilerstellen abholen konnten.

Insgesamt erhielten 4.912 Familien in den Provinzen Herat und Nimroz je 160 kg Weizen. Dies waren sowohl aus dem Iran zurückgekehrte Flüchtlinge als auch verarmte Familien, die im Land geblieben waren.

Der dritter Bestandteil des Programms war die Verteilung von Weizensaatgut an Bauern. Diese Bauern mußten nachweislich Land besitzen und in der Lage sein, dies zu bestellen.

Insgesamt wurden 445 mt Weizensaatgut verteilt, 195 mt in der Provinz Herat und je 125 mt in den Provinzen Farah und Nimroz. 872 Bauern profitierten von diesem Programm.

## **Die Autoren**

- Breckle** Siegmar-W., Prof. Dr., Universität Bielefeld, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan seit 1991, Bielefeld
- Bucherer-Dietschi** Paul, Leiter der Stiftung Bibliotheca Afghanica, Liestal, Schweiz
- Ghaussy** A. Ghanie, Prof. Dr., Universität der Bundeswehr, Hamburg, ehem. Präsident der Bank-e-milli-Afghan
- Kraus** Willy, Prof. em. Dr. Dr. hc. mult., Gründungsdirektor des IEE, Ruhr-Universität Bochum
- Noor** Sami, Dr. ehem. Dozent der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul, Bochum
- Sarabi** Abdul, Wahed, Dr., ehem. Planungsminister in Afghanistan, Rostock
- Schetter** Conrad, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Universität Bonn
- Schlagintweit** Reinhard, Geschäftsführender stellvertretender Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Sharaf** Said Sharif, Prof. Dr., ehem. Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kabul, Bochum